

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

192 · Oktober 2006

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 867

Essay

HELMUT BOCK
Altpreußens Götterdämmerung.
Tragikomische Impressionen 869

Hannah Arendt 100

HANNAH ARENDT
Rosa Luxemburg, 1871-1919 880

TANJA STORLØKKEN
Frauen in finsternen Zeiten.
Rosa Luxemburg und Hannah Arendt 897

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

JOACHIM TESCH
Soziale Aspekte des Stadtumbaus 910

DDR historisch

RONALD LÖTZSCH
Die SED-beherrschte DDR.
Ein Arbeiter-und-Bauern-Staat, frei von Ausbeutung? 921

Standorte

ISABEL ERDEM
Anti-deutsche Linke oder anti-linke Deutsche?
Eine sachliche Betrachtung 926

PETER GÄRTNER
Menschenrechte, Kuba und linke Politik 940

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 950

Bücher & Zeitschriften

Andreas Diers:
Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat.
Wolfgang Abendroth. Leben und Werk 1906-1948
(MARCEL BOIS) 952

Andrea Griesebner:
Feministische Geschichtswissenschaft. Eine Einführung
(BERND HÜTTNER) 953

Werner Rätz, Dagmar Paternoga, Werner Steinbach:
Grundeinkommen: bedingungslos
(ARNDT HOPFMANN) 954

Andrès Solimano (Hrsg.):
Vanishing Growth in Latin America.
The Late Twentieth Century Experience
(JÖRG ROESLER) 955

Summaries 958

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 960

VorSatz

Am 3. Oktober steht der »Tag der deutschen Einheit« ins Haus. Es hat den Anschein, als glaube die Regierungskoalition, das Ostdeutschland-Problem werde sich schon lösen, wenn man nur genügend lange wegschaut. Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag, gestellt mit dem Ziel, ein genaueres Bild von den Verhältnissen zu gewinnen, antwortete sie: »Die Bundesregierung prognostiziert die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nur für den Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland. Differenzierte Prognosen nach alten und neuen Bundesländern werden aufgrund fehlender Primärstatistiken nicht durchgeführt.« Die »fehlenden Primärstatistiken« betreffen Daten wie: Einwohnerinnen und Einwohner unter 25 Jahre, Wanderungssaldo, Umsatz des verarbeitenden Gewerbes, Patentanmeldungen, Forschungs- und Entwicklungspersonal in Prozent der Erwerbstätigen, Unternehmensgründungen, Unternehmensliquidationen, überschuldete private Haushalte, Nettovermögen nach sozialen Gruppen. Zu all dem will es die Bundesregierung also gar nicht so genau wissen! Obgleich der Abstand zwischen Ost und West nicht kleiner, sondern größer wird.

Wie es um die Einheit bestellt ist, hat der Gesprächskreis »Kurskorrektur des Aufbau Ost« im Jahre 2004 so beschrieben: Die Wertschöpfung der neuen Länder stagniert bei 60 Prozent der des Westens, dem Osten fehlen rechnerisch im Vergleich zum Westen allein im verarbeitenden Gewerbe etwa 3 000 mittelständische Unternehmen und etwa 600 000 Beschäftigte. In der Zeitschrift »Wirtschaft & Markt« vom September 2006 ist zu lesen: Die Einkommen der Ostdeutschen liegen bei 71 Prozent des westdeutschen Niveaus, obwohl die wöchentliche Arbeitszeit im Osten im Durchschnitt zwei Stunden länger ist. Zugleich kommt aus dem Institut für Wirtschaftsforschung in Halle die Nachricht, dass das Wirtschaftswachstum in Deutschland insgesamt im II. Quartal 2006 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres 2 Prozent betrug, in Ostdeutschland aber nur 1,2 Prozent. Und weil das kein Ausrutscher ist, sondern Trend, sah sich der Kommentator der »Berliner Zeitung« vom 5. September zur unmissverständlichen Diagnose »Der Osten fällt zurück« veranlasst.

Nun werden die Spitzenverbände der großen Industrie und etliche Wirtschaftsinstitute nicht müde zu predigen, dass der Aufschwung schon käme, wenn es denn nur genügend Sonderkonditionen – sprich: niedrige Löhne und deregulierte Arbeitsbedingungen – gäbe. Aber siehe: Die gibt es längst – und trotzdem wird der Abstand zwischen Ost und West nicht kleiner, sondern größer. 2004 lagen – so

noch einmal »Wirtschaft & Markt« – die Arbeitskosten im verarbeitenden Gewerbe im Westen bei 32,61 €, im Osten bei 19,41 €. Hat sich das Kapital, dieses »scheue Reh«, daraufhin dem Osten zugewandt? Mitnichten.

Und hat die Bundesregierung der CDU/CSU-SPD-Koalition unter der aus dem Osten stammenden Kanzlerin Angela Merkel (CDU) eine neue Initiative entfacht, um diesem Zustand endlich ein Ende zu bereiten? Ebenfalls mitnichten. Noch nie hat der Osten in einer Haushaltsdebatte des Bundestages eine so marginale Rolle gespielt wie in der des September 2006. Längst hat die SPD vergessen, dass sie am Beginn ihres 1998 begonnenen Regierungsdaseins eine »Chef-sache Ost« proklamiert hatte; und wo ist all die Aufregung geblieben, mit der sie im Jahre 2001 auf die These ihres Mitgliedes und damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse vom »Osten auf der Kippe« reagiert hatte? Längst weg ist diese Aufregung – und längst weg von der Kippe ist auch der Osten. Aber nicht in Richtung der sicheren Seite, sondern des weiteren Abrutschens.

Wenn – wie das geplant ist – die Linkspartei.PDS und die WASG im Jahre 2007 zur Gründung einer Neuen Linken schreiten, wird diese Neue Linke um eine klare Haltung zur Vertretung der Ost-Interessen als eines wesentlichen Bestandteils des Erbes der PDS nicht herumkommen. Überlegungen wie die, dass man mit Östlichem im Westen nicht Furore machen könne, mögen hier und da ganz gut klingen – zumal, wenn man betont, dass man die Teilung ja schließlich nicht noch zementieren wolle –, aber hilfreich oder gar vorwärtsweisend sind sie nicht. Das Problem der tiefen Kluft zwischen Ost und West besteht unabhängig davon, was die einzelnen Parteien darüber sagen, weiter, und wenn nun auch noch die letzte der großen Parteien es nicht mehr zur Kenntnis nähme – nun, dann würden die von ihm Betroffenen nach anderen Möglichkeiten des politischen Ausdrucks ihrer Interessen suchen.

Das Netzwerk Ostdeutschlandforschung und der – an der TU Berlin angesiedelte – Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung legen dieser Tage ihren Bericht »Zur Lage in Ostdeutschland« vor, der von Ulrich Busch und Rainer Land zusammengestellt worden ist (in Nr. 5/2006 der »Berliner Debatte Initial«). Das Plädoyer der Bericht-erstatte r heißt »Ostdeutschland braucht einen neuen Anlauf!« Die Linke ist auf Gedeih und Verderb herausgefordert, bei diesem neuen Anlauf mitzuwirken.

WOLFRAM ADOLPHI

P. S.

Die Redaktion von »UTOPIE kreativ« gratuliert zwei Autoren der Zeitschrift:

Der Sprachwissenschaftler Ronald Löttsch, Professor für Sorabistik, langjähriger Teilnehmer an der Redaktionsarbeit, wird am 1. Oktober 75 Jahre alt.

Der Ökonom und Theologe Franz J. Hinkelammert, Professor in Costa Rica, wurde im Juli mit seinem Buch »Das Subjekt und das Gesetz. Die Rückkehr des unterdrückten Subjekts« erster Preisträger des von der Regierung Venezuelas gestifteten Preises »Befreier des kritischen Denkens«.

HELMUT BOCK

Altpreußens Götterdämmerung

Tragikomische Impressionen

Herbst 1806

Seit vier Wochen schon manövriert Preußens Armee mit 132 000 Mann zwischen Saalefluss und Thüringer Bergen. In Schritt und Trab reiten die Schwadronen. Gegliedert in Bataillonen und Regimentern marschiert das ächzende Fußvolk. Dazwischen und hinterdrein raseln Artilleriegespanne, karren und trotten 3 134 Versorgungswagen, 33 440 Lastpferde und 11 995 Troßknechte.

Noch ist Napoleon nur ein Ultimatum gestellt, der Krieg gegen Frankreich nicht erklärt. Die Angriffsfront aber ist aufgebaut. »Methodisch exakt, auf wissenschaftlicher Grundlage« – versichern die Generalstäbler, die in den Kabinettskriegen des 18. Jahrhunderts geschult sind, den Feldzug als Manövrierkunst begreifen, Strategie und Taktik in geometrischen Linien gestalten und sich auf die Siege Friedrichs II. im Siebenjährigen Krieg berufen. So steht nun die Armee – Preußen und verbündete Sachsen – in der Form eines riesigen stumpfen Winkels da, geöffnet nach Südwesten. Scheitelpunkt ist die Hauptmacht im Raum zwischen Erfurt und Gotha; den rechten Flügel bilden Truppen bis Eisenach und zur Werra; der linke Flügel erstreckt sich über Blankenhain bis zum Oberlauf der Saale. Aus dieser Stellung heraus soll der strategische Überfall erfolgen. Falls Napoleon nicht bereit ist, das Ultimatum anzunehmen, so soll am 8. Oktober, dem Tag der preußischen Kriegserklärung, die ganze Masse der Armee plötzlich über den Thüringer Wald stürmen, um die Vereinigung der französischen Korps in den Maingebenden zu verhindern und sie einzeln zu schlagen.

»Wir werden Mainz erobern«, antwortet Fürst Hohenlohe auf die Frage, was man vom Krieg erwarten dürfe. Generalquartiermeister Massenbach hat einen Operationsplan entworfen, der allen Ernstes dem König empfohlen ist: »Die Armee sucht den Feind auf, er stehe, wo er wolle. [...] Sie schlägt, was vor ihr steht, unbekümmert um das, was ihr der Feind in die Flanken geworfen haben kann, wir haben keine Flanken und keinen Rücken, da wir leben, wo wir stehen. Wie ein reißender Strom wirft sie alle Dämme, die der Feind ihr in der Front entgegengesetzt, nieder, die Flankenmanöver des Feindes werden bald wie ein Nebel zerrieben.« Ein Oberst, dem es überflüssig scheint, dass »die tapferen Preußen Gewehr und Säbel tragen, wo Knüppel ausreichen, die Hunde-Franzosen in ihr Land zurückzujagen«, treibt die optimistische Exaltation auf die Spitze.

Dennoch hat das adlige Offizierskorps seit vier Jahrzehnten keinen einzigen wirklichen Sieg an Preußens Fahnen geheftet, vielmehr das

Helmut Bock – Jg. 1928; Prof. em. Dr. phil. habil., Historiker, Mitglied der Leibniz-Sozietät. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Vom Elend historischer Selbstkritik, Heft 180 (Oktober 2005) sowie Nobels Friedenspreis für Bertha von Suttner. Das Aktuelle in der Geschichte, Heft 182 (Dezember 2005). Jüngste Monografie: Heinrich Heine: Verlor'ner Posten in dem Freiheitskriege, Karl Dietz Verlag Berlin 2006.

1 Christian Freiherr von und zu Massenbach: Betrachtungen und Aufschlüsse über die Ereignisse der Jahre 1805 und 1806, Frankfurt – Leipzig 1808.

Dasein in Garnisonstädten und provinziellen Standquartieren als Quelle der Bereicherung missbraucht. Der Jüngste von sieben Infanteriegeneralen im 59. Jahr, von 281 Majoren zwei Drittel über 50 und 60, sehen sich viele seit Feldzugsbeginn um ihre Ruhe und Garniseinkünfte gebracht. Sie hoffen auf den Erhalt des Friedens oder auf einen leichten, kurzen Krieg

Es sei noch dahingestellt, wie der Geist der Truppe ist, die zu einem Drittel aus geworbenen Ausländern besteht: armen Schluckern und Abenteurern, die ihre Haut dem Meistbietenden zu Markte tragen – indes sich der größte Teil aus Landeskindern rekrutiert: erbutertägigen Bauernsöhnen und rechtlosen Plebejern, zu 20-jähriger Militärpflicht gepresst. Sie alle sind das splitternde Knüppelholz, auf dem Fürsten und Heerführer üblicherweise ins Pantheon der Geschichte steigen. An Kasernenhofdrill und Manöverzucht gewöhnt, mag der Soldat als alltäglich finden, wenn sein Offizier nun auch dem Feind mit Korporalstock und Knüppel droht. Regiert doch der Stock die preußische Armee. Schimpfreden, Fußtritte, Stockhiebe, Spießbruten, Gassenlaufen sind das militärpädagogische ABC einer Tradition, in der das Wort des großen Friedrich überliefert ist: »Mehr als die Kugeln des Feindes soll der Soldat den Stock seines Offiziers fürchten.«

Das sind Zuchtmittel einer Armee, die jetzt gegen einen Feind zieht, der die Privilegien des Adels und des Klerus in Frankreich gestürzt hat und sich anschickt, seine bürgerliche Vorherrschaft mit samt den liberalistischen Gesetzbüchern nach Deutschland zu exportieren. Und von dem man nach wenigen Tagen weiß: er hat die Winkelformation der Armee im Süden umgangen, um die Preußen und Sachsen von ihren Residenzen Berlin und Dresden abzuschneiden und sie von Osten her, also im Rücken, anzugreifen.

I.

Am 13. Oktober 1806 sind die preußischen Kalkulationen zunichte gemacht. Die geschockten Manövrierkünstler haben ihre Armee in zwei große Heerhaufen geteilt, deren Front nun nach Osten, zur Saale gekehrt ist. Die Hauptarmee unter dem Oberbefehl des Herzogs von Braunschweig und mit Friedrich Wilhelm III. steht bei Apolda. Südlich davon befindet sich das preußisch-sächsisches Armeekorps unter dem Kommando des Fürsten von Hohenlohe. Der oberste Heerführer hat befohlen: Die Hauptarmee mit dem König ziehe sich nach Norden über die Unstrut zurück, während das Korps Hohenlohes bei Jena den Rückzug decken und schließlich nachfolgen soll.

Das Stabsquartier Hohenlohes ist in Kapellendorf, halbwegs und nahe der Landstraße, die von Jena her durch das Mühlthal die steilen Randberge hinaufsteigt und dann über die hügelige Hochfläche nach Weimar führt. In diesem Gelände kann der General seine Truppen leicht und sicher manövrieren lassen, und an den Berglehnen, die ins Saaletal abfallen, kann er durch kluge Verteidigung auch stärkerem Gegner widerstehen. Unter den Beispielen der Geschichte ist kaum eine ähnlich vorteilhafte Lage für die Verteidigung einer Armee zu finden, schreibt Clausewitz.²

Allerdings ist Hohenlohe – württembergischer Fürst, doch seit vier Jahrzehnten in preußischem Militärdienst – ein Charakter, von dem

2 Carl von Clausewitz: Nachrichten über Preußen in seiner großen Katastrophe, in: Kriegsgeschichtliche Einzelschriften, hrsg. vom Großen Generalstab, Abt. für Kriegsgeschichte, Heft 10, Berlin 1888 (im folgenden: Nachrichten); ebenfalls in: Ausgewählte militärische Schriften, hrsg. von Gerhard Förster und Dorothea Schmidt, Berlin/DDR 1980.

sein Adjutant und späterer Biograph lakonisch mitteilt: »Er wurde niemals fertig.«³ Wenn der Fürst jemandem Befehle diktiert und ein zweiter Mann tritt hinzu, so muss dieser das Ganze noch einmal anhören. Überbringt ein dritter eine Meldung, die mit etwas Bekanntem beginnt, so unterbricht er und spricht zu jenem: »Mein Freund, ich werde Ihnen sagen, was ich davon schon weiß!« Er erzählt alles umständlich und genau und schickt den Mann weg, ohne ihn ganz gehört zu haben. Tritt gar ein Stallmeister hinzu, dann folgen Bestimmungen für alle 24 Pferde. So aber kommt der General mit vielem nicht zum Ende.

Auch fühlt sich Hohenlohe als Konkurrent des Höchstkommmandierenden. Der Sechzigjährige sucht die Ideen des 71-jährigen Braunschweigers abzubiegen, indem er dessen Befehlen seine eigene Meinung unterschiebt. Kräftig unterstützt wird er dabei von Oberst Massenbach, seinem Stabschef, dem er höchste Einsichten zutraut – beinahe buchstäblich: denn des Fürsten Kurzsichtigkeit ist so stark, dass er kaum zwanzig Schritt weit sehen kann, indes ihn sein Eigensinn hindert, eine Brille oder ein Fernglas zu benutzen. Der Anweisung des Herzogs, die Feindbewegungen durch Offizierspatrouillen erkunden zu lassen, ist Hohenlohe nicht pünktlich gefolgt. Den dringenden Vorpostendienst, der im preußischen Ausbildungsprogramm ohnehin nicht vorgesehen ist, hat auch er nicht angeordnet. Und General Grawerts gesamte Division hat er vergessen, als er Befehl zum Sammeln auf dem Plateau bei Kapellendorf gab.

Jetzt wird seine Konzentration, die dem Feind gelten müsste, ganz und gar gestört. Am Morgen meutert die sächsische Generalität, deren 18000 Soldaten seit vier Tagen ohne Verpflegung sind: Sie sei entschlossen, am folgenden Tag nach Dresden abzurücken, wenn nicht die Truppe bis zum Mittag Brot erhalte und ihr leitender General von Zezschwitz in die militärischen Pläne der Preußen eingeweiht werde. Hohenlohe gelobt Besserung und erhandelt einen 24-stündigen Aufschub der angedrohten Trennung. Dann besichtigt er sein Armeekorps. Er verspricht den Hungernden Essen und Trinken, lässt sich hochleben und hofiert die preußischen Grenadiere: Sie würden die schwerste und ehrenvollste Arbeit erledigen, den Feind mit dem Bajonett davonjagen dürfen. Auf seine Frage, wie viele Franzosen denn jeder wohl auf sich nehme, versichern einige treuherzig: »Drei!«, während die Lustigsten ihre Zahl bis zu acht und neun steigern. Andere, zumal die Sachsen, starren ihn missmutig an, als verstünden sie nichts.

Weil französische Vorhuten bereits Jena und Naumburg erreicht haben, macht Hohenlohe, wozu eine Patrouille ausreichen würde: Er selbst reitet mit kampfstarker Mannschaft zur Erkundung nach Dornburg – was sich als Luftstoß erweist. Der Ort an der Saale ist vom Feind nicht besetzt. Der General rückt sodann wieder ab, ohne den wichtigen Flussübergang militärisch zu sichern, verirrt sich bei einbrechender Dunkelheit und findet erst nach neun Uhr abends in sein Hauptquartier zurück. Während der langen Abwesenheit ist keiner der Offiziere als sein Stellvertreter eingesetzt. Die einzig lebende Beute dieser Kundschafterei ist ein Franzose, der sich als Kapitän Montesquieu, Ordonnanzoffizier Napoleons, legitimiert und Briefe an den König von Preußen überreicht. Ohne Trompeter, wie die

3 Friedrich Ludwig August von der Marwitz: Jena 1806. Aus gleichzeitigen Tagebuchaufzeichnungen, Berlin 1937 (im folgenden: Tagebuchaufzeichnungen).

Kriegssitte für Parlamentäre verlangt, schien auch er bei Dornburg zu kundschaften, denn er hat dem Husaren, der ihn gefangen nahm, Lösegeld angeboten. Jetzt steht die fragwürdige Person im Mittelpunkt des Interesses. Aber Hohenlohes Versuch, ihn während des Abendessens auszuhorchen, bleibt nutzlos.

Endlich geht der Fürst zu Bett. Vielleicht schläft er mit dem ruhigen Gewissen, den Tag in redlicher Anstrengung verbracht zu haben; jedenfalls ist kein quälender Gedanke von ihm überliefert, dass wertvolle Zeit vertan worden sei. Hohenlohe ist blind für die Folgen der autokratischen Rangordnung, die nächst dem König im Kommandierenden General einen Gott sehen lässt, der alles weiß und alles entscheidet, ohne dessen Disposition und Befehl die Untergebenen nichts machen können. Dass General Tauentzien die Stadt Jena kampfflos geräumt und die Saalebrücken nicht zerstört hat, dass er jetzt den Feind die Höhen herauf lässt, statt ihn mit Gewehr und Artillerie hinunterzuwerfen, dass er sogar den Landgrafenberg preisgibt und sich auf die Hochfläche zurückzieht – dies alles scheint gut erklärbar. Die Geschütze des Gegners werden die steilen Berghänge nicht hinaufkommen, ein ernsthafter Angriff ist schwerlich zu fürchten. Überhaupt teilt Hohenlohe mit Tauentzien die militärische Überzeugung, es sei richtig, die unbequemen Talränder den Franzosen zu überlassen, sich selbst aber im geräumigen Gelände aufzustellen: Ist doch seit Friedrichs Zeiten oft genug gelehrt und praktiziert worden, dass der Angriff im freien Raum großen Erfolg verspricht, ein Angriff in gegliederten Linienbataillonen mit Salvenfeuer und Bajonett aber die geläuterte preußische Gefechtstaktik ist.

So sind Hohenlohes Truppen zur Nachtruhe auf zwölf Dörfer verteilt. In der Annahme, feindliche Artillerie könne nur über die Fahrstraße des Mühltales anrücken, ist die Frontlinie des Zentrums nicht nach Osten, sondern nach Süden zur Weimarer Landstraße gerichtet. Fürst Hohenlohe mag ruhig schlafen: Napoleon und seine Hauptmacht sind weit, sie werden bei Naumburg und Kösen sein, um dem Herzog von Braunschweig den Weg zu sperren.

Nur Rittmeister von der Marwitz, der den gefangenen Montesquieu auf seinem Zimmer bewachen soll, sich aber auch zur Ruhe legt, hört den Franzosen fragen: »Was? Sie wollen schlafen gehen?«

»Warum nicht? Hier im Hauptquartier?«

»Ach, das werden Sie nicht tun!«

Marwitz staunt: »Und warum nicht?«

»Sie kennen den Kaiser nicht. Er ist nicht weit entfernt von hier und wird über Ihnen sein, ehe Sie's denken.«

Doch Marwitz rekelte sich. »Nun gut! Es sind genug von uns, die Wache halten.«⁴

4 Marwitz: Tagebuchaufzeichnungen.

II.

Die sonnigen Oktobertage wechseln mit frostigen Nächten. In der Frühdämmerung sind die Nebel so dicht und feucht, dass die Soldaten eng zusammenkauern. Auch am Dienstag, dem 14. Oktober 1806, ist der grauende Morgen von Schwaden verhängt, die kaum hundert Schritt weit blicken lassen. Es ist fünf Uhr, als Fürst Hohenlohe, im Bett liegend, einen Boten des Generals Zezschwitz empfängt: Sächsische Vorposten hätten des Nachts das Geräusch vieler Fuhrwerke

gehört, und starke französische Kolonnen, auch Artillerie, seien auf dem Landgrafenberg westlich von Jena aufgestellt. Hohenlohe lässt zurückmelden: Er glaube nicht an einen ernsthaften Angriff des Gegners; man solle im Lager bleiben, durch Posten und Patrouillen weiterhin beobachten. Im Übrigen wünsche er, die erschöpften und hungrigen Truppen so wenig wie möglich zu beanspruchen.

Um sechs Uhr weckt Geschützdonner das Hauptquartier in Kapellendorf, und wenig später ist durch den Nebel sogar das Krachen von Gewehrsalven zu hören. Der Fürst schreibt beflissen einen Bericht über den Vortag und schickt ihn als Meldung zum König nach Auerstedt, wo die Hauptarmee genächtigt hat. Es folgt das Frühstück und – es ist sieben – endlich der Ausritt.

Mit großem Verdruss sieht Hohenlohe die Truppen des Generals Grawert zu Gefechtsformationen aufziehen. Er stoppt deren Marsch, muss sich aber ernste Vorhaltungen des herbeieilenden Kommandeurs gefallen lassen und eine Truppenbewegung gegen das Dorf Vierzehnheiligen genehmigen. Schließlich – es ist acht – begreift er endlich, dass der Lärm, der im Nebel längst tobt, unweigerlich eine Schlacht bedeutet.⁵ Er diktiert dem Meldereiter eine Nachricht an Generalleutnant von Rüchel, dessen Korps bei Weimar steht: »Ich werde soeben heftig angegriffen und habe die preußischen Divisionen links abmarschieren lassen. Ew. Excellenz bitte ich, mir von preußischen Truppen zu schicken, was sie missen können.«

Gegen zehn Uhr strahlt die Sonne hell und warm. Der Preuße Rüchel, der den Schwaben Hohenlohe nicht leiden mag, hat dessen Schreiben schon vor einer Stunde erhalten und beginnt nun den Marsch nach Kapellendorf. General und Stabsoffiziere reiten weit voran. Neben der Landstraße, die für Fuhrwerke frei bleiben soll, gehen die Truppen über Äcker, Wiesen und Brachland: eine doppelte Kolonne, in kurzem Schritt, die einzelnen Züge mit peinlichem Abstand, in großer Langsamkeit. Ein marionettenhafter Schneckenzug von 12 000 Mann, der gegen das Gewühl auf der Straße merkwürdig absticht. Dort nämlich führt der Strom von Wagen und Artillerie, Reitern und Fußgängern nicht mehr befehlsgemäß in Richtung Jena; irgendwo scheint die Menge gestaut zu sein und ergießt sich, einer rückläufigen Flut vergleichbar, wieder nach Weimar. Argwöhnisch spähen Röchels Kolonnen hinüber, hören Flüche und Satzfitzen, aus denen sich böse Nachricht zusammenfügt: Die Schlacht sei so gut wie verloren, die Kavallerie habe die Infanterie im Stich gelassen, sei fliehend über sie weggeritten, und man habe im Nebel gegen unsichtbare Geschützbatterien vorgehen müssen.

Um die Aufmerksamkeit der Kolonnen von der Straße abzulenken, wird endlich die Marschdisziplin verschärft. Neben Geschimpfe und Stockprügel finden die Junkeroffiziere auch feinere Formen der Agitation, reden von Pflicht und Ehre, Treue und Heldenmut, und natürlich ist Gesang das erhabenste Mittel, Frohstimmung zu erzeugen. Wieder und wieder ertönt Schillers Reiterlied: »Wohlauf, Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd! / Ins Feld, in die Freiheit gezogen [...]«. In den historischen Quellen ist nicht überliefert, dass sich die Fußtruppe nun im Galoppschritt beeilte.

Zur Mittagsstunde hört man aus Osten und Nordosten, aus zwei Richtungen also, Artilleriefeuer dröhnen: In die hell tönende Kano-

5 Rühle von Lilienstern: Bericht eines Augenzeugen von dem Feldzuge der 1806 unter Fürst Hohenlohe gestandenen Truppen, Tübingen 1807.

nade vor Jena mischt sich ferner und dunkler eine Kanonade bei Auerstedt. Ein Adjutant Röchels reitet die Kolonnen entlang und verliest laut einen Zettel, den der Fürst Hohenlohe geschrieben habe: »Eilen Sie, General Röchel, den schon halb errungenen Sieg mit mir zu teilen; ich schlage den Feind auf allen Punkten.« Das frisch den Geist der Truppe auf und ist nicht ganz aus der Luft gegriffen. Hohenlohes tatsächliche Botschaft lautet so ähnlich: »Bis jetzt geht es gut, ich schlage den Feind an allen Orten, die Kavallerie hat Kanonen genommen. Was Ew. Exzellenz gegen Vierzehnheiligen vorbringen können, wird mir sehr angenehm sein. Sie sind ein braver Mann und rechtschaffener Freund.« Wohl sind die »genommenen Kanonen« preußische gewesen, die schon in der Hand der Franzosen waren. Aber die Stimmung der Truppe hebt sich, kräftiger tönt das Reiterlied. Der pedantische Marsch wird beschleunigt.

Von Röchels Lagerplatz, dem Webicht bei Weimar, führen etwa acht Kilometer, höchstens zwei Stunden, bis Kapellendorf. Aber das Korps erscheint erst um ein Uhr, vier Stunden nach Erhalt von Hohenlohes frühem Bescheid, auf der Höhe westlich des Ortes. Dort reitet ein Bote des Königs heran: Der General möge schleunigst nach Auerstedt kommen. – Röchel ist vor die Wahl gestellt, Hohenlohe sofort, den König viel später, vielleicht gar zu spät erreichen zu können. Deshalb entscheidet er für Hohenlohe. Er trifft bald auf dessen Stabschef Massenbach und muss erfahren: Die Schlacht sei nahezu verloren. Auf die Frage, wo dem Fürsten noch zu helfen sei, hört Röchel den Oberst unsicher antworten: »Jetzt nur durch Kapellendorf!«, wobei dessen Hand hinunter in den Werlitzgrund und weiter auf die östlichen Höhen weist.

Im Dorf sind Gassen und Wege von Wagen, Geschützen, gestürzten Pferden, sogar von Verwundeten verstopft. Kaum haben sich Röchels erste Bataillone hindurch gewunden, rücken sie hastig, zuletzt im Laufschrift den steilen Hang hinauf. Dann stehen sie keuchend auf dem hohen Rand der Sperlingsberge – vor sich das Schlachtfeld, das nach Osten hin ansteigt. Sie sehen die Reste des Korps Hohenlohe und in der Ferne, wie dunkel drohende Nebelschwaden, die Kolonnen des Feindes. Schon platzen Geschosse französischer Kartätschen in ihren Reihen.

Sechs Bataillone, ein jedes mit 600 Mann, bilden das vordere Treffen, rücken ein wenig vor, um auch den Nachkommenden Raum für eine geordnete Linienaufstellung zu geben. Noch müssen sie verweilen, in ungedeckter Haltung. Leutnant von Borcke vom Regiment Alt-Larisch aus Berlin wird hernach schildern, wie furchtbar das Warten unter Beschuss an den Nerven zerrt. »Es erreichten uns, aus einer sehr großen Entfernung, schon die Kugeln der feindlichen Tirailleure, die in dem vorliegenden Feldgestrüpp und hinter einzelnen Deckungen, ohne dass wir sie sahen, so vortrefflich aufgestellt waren, dass uns Unkundigen die Kugeln aus der Luft zu kommen schienen. So beschossen zu werden, ohne den Feind zu sehen, machte auf unsere Soldaten einen üblen Eindruck, denn unbekannt mit dieser Art des Gefechts, verloren sie zu ihren Gewehren das Vertrauen und fühlten die Überlegenheit des Feindes sofort. Sie büßten daher in dieser ohnehin schon bedenklichen Lage schnell an Mut, Ausdauer und Ruhe ein und konnten die Zeit nicht abwarten, bis sie selbst zum Schießen kamen [...].«⁶

6 Johann von Borcke: Kriegerleben 1806 – 1815, bearb. von Leszczyński, Berlin 1888.

General Rüchel bemerkt die Ungeduld seiner Truppen. Soeben hat er Hohenlohe, dem Ranghöheren, das Kommando angeboten, der indes ablehnt: weil er geschlagen sei und Rüchel den Ruhm lassen wolle, die »Sache vielleicht noch wiederherzustellen«. Zu spät und in maßloser Blindheit denken beide Heerführer: Angriff! Statt den Rückzug aller durch eine Stellung auf den Höhen westlich des Werlitzgrunds zu decken, die Flüchtenden zu sammeln und geordnet in Sicherheit zu führen, hat sich Rüchel mit dem Rücken vor das Tal gestellt, und Hohenlohe bestätigt ihn darin. Napoleon mag sich nichts Besseres wünschen – für ihn erfüllt sich die sprichwörtliche Strategie der Entscheidungsschlacht. Er hat am frühen Morgen 50 600 Franzosen gegen 53 015 Preußen und Sachsen geführt; nur 8 450 Reiter gegen 10 500, nur 108 Geschütze gegen 175 sind ihm überhaupt verfügbar. Aber nirgends haben die Verbündeten das ganze Gewicht ihrer Masse in die Waagschale des Kampfes geworfen. Schlag auf Schlag hat Napoleon sie einzeln vernichten können: Tautenzien, Holtzendorff, Hohenlohe. Jetzt kommt Rüchel mit seinem Korps als Vierter. Jetzt, da die Truppen, die der Kaiser nach Jena gerufen, mit 95 000 Mann zur Stelle sind, zu viele, um persönlichen Ruhm in dieser Schlacht noch erringen zu können.

III.

Dem General Rüchel aber erscheint die Gegenoffensive nicht als ein Wagnis. Urbild des friderizianischen Epigontums, ist sein Charakter – wie Clausewitz, sinngemäß auch Hermann von Boyen sagt – eine »aus lauter Preußentum gezogene konzentrierte Säure«. ⁷ Die preußische Armee verfüge über mehr als einen General, in dem das Genie Napoleons wohne, so hat er auf der Wachtparade in Potsdam geschworen. Mit Herablassung auf die Kolonnen- und Tirailleurtaktik der Franzosen blickend, hat er die traditionelle Linienaufstellung seiner Bataillone von drei auf zwei Glieder vermindert: »Wenn die Infanterie gegen feindliche Infanterie ruhig und ernsthaft feuert, die Ladung gut ansetzt, im Anschlag gut liegen bleibt, so denkt der Franzose nie an das Bajonett [...]. In der Nähe Halt! das Bataillonsfeuer richtig angebracht, bis der Feind wackelt, was er tun wird, weil unsere Truppen viel schneller feuern, ungleich besser laden und durchaus braver sind, wenn man sie bei einer ruhigen Kontenance erhält, die der Franzose durchaus nicht erträgt [...]. Wir haben es mit einem Feinde zu tun, welcher zwar glücklich gewesen ist gegen Kriegsheere, die entweder übel geführt oder doch mit einer preußischen Armee in keine Vergleichung zu stellen sind.« So lautet der Kommentar zur Rationalisierung der Lineartaktik.

Hier, auf dem Schlachtfeld, ist Rüchel Soldat genug, um die Nervosität seiner Truppen nachzuempfinden. Aber er ist nicht in der Lage, »ruhige Kontenance« zu erzwingen. Die Bataillone wollen sich nicht wie Schießscheiben durchlöchern lassen, wollen an den versteckten Feind heran, ihn mit Gewehr und Bajonett berennen. Also gibt der General das Zeichen zum Angriff schon ehe sein Korps – es ist halb drei Uhr Nachmittags – ganz in Bereitschaft ist.

Unter dem Lärm französischer Kartätschen hämmern Potsdamer Marschrhythmen plötzlich Geschwindschritt. Die zweigliedrigen Bataillone, ihre Linien mit hundert Schritt Abstand nach hinten und

⁷ Clausewitz: Nachrichten; ebenfalls in: Ausgewählte militärische Schriften, S. 97 f.; Hermann von Boyen: Erinnerungen aus dem Leben, hrsg. von Dorothea Schmidt, Berlin 1990, S. 109.

an den Seiten, setzen sich wie gleitende Lineale in Bewegung. In der Mitte das Berliner Regiment, auf dem rechten Flügel auch restliche Truppen Hohenlohes. Wohl fallen erste Soldaten. Aber die Ordnung ist musterhaft – als ginge es zur Wachtparade. Dem Marschtempo können die Regimentsgeschütze auf dem lockeren Acker nicht folgen, sie bleiben in ihren Stellungen zurück. Die Fahnen wehen, schwarz glänzen die preußischen Adler. »Vorwärts! Vorwärts!« schreien Tausende den Schlachtruf, der in vielen Manövern geübt, das individuelle Denken und Bedenken überdeckt, die Marschierenden als unpersönliche Masse voranreißt. Näher und näher kommen sie an den Feind: nur rufend und stampfend im Gleichschritt. Noch fällt kein einziger Schuss aus ihren Reihen.

Es ist eine gespenstische Masse bezopfter Marionetten, die drohend über die leicht gewölbte Hochfläche zieht. Hier und da stürzen weitere Menschen und Pferde. Über sie hinweg steigen die Bataillone. »Vorwärts! Vorwärts!« so geht es fünfhundert Schritt weit. Rüchel will mehr nach rechts, um dem Feind in die Flanke zu stoßen. Er befiehlt »Linke Schulter vor!«, wiederholt seinen Ruf, weil nicht alle Bataillone einheitlich hören und schwenken. Die Wiederholung aber wird missverstanden: Einige Bataillone ändern die Marschrichtung einmal, andere, die zu Anfang schon schwenkten, tun es zum zweiten Mal. So verschiebt sich die mächtige Front, gehen Linien und Parallelen verloren, reißen Lücken auf, wird teilweise schräg gegen den Feind marschiert. Die Stabsoffiziere reiten dazwischen, um die Bataillone wieder zu ordnen. Rüchel wird in die Brust geschossen, bedeckt die Wunde mit dem Schnupftuch und bleibt im Sattel. Mörderisch hageln die Kugeln auf die immer noch rhythmisch Marschierenden.

Französische Kavallerie will die Unordnung ausnutzen, reitet gegen die vorderen Linien, die einen Wall von Bajonetten vorstrecken und die Reiter zur Umkehr zwingen. Selbst Tirailleure weichen zurück. Nur noch zweihundert Schritt sind die feindlichen Batterien entfernt, die ihr Feuer einstellen und schleunigst abfahren. Die Preußen überschreiten den höchsten Punkt des riesigen Feldes. Ist das der Sieg? Eine Batterie preußischer Sechspfänder jagt Schuss auf Schuss auf das nahe liegende Dorf Groß-Romstedt, wo der Gegner sich festsetzt. Oberst Massenbach rät, den Ort mit Bajonettangriff zu stürmen.

Jetzt aber wird Rüchel gemeldet, dass er an beiden Flanken, im abfallenden Gelände, umgangen ist. Enthusiasmus und Ehrgeiz halten ihn aufrecht: »Ich sehe nicht rechts, ich sehe nicht links! Ich gehe geradeaus und schlage den Feind!« Die Verluste aber sind ungeheuerlich. Von drei Seiten her werden die Preußen umklammert, durch Kugelgewitter verheert. Der Kommandeur des Berliner Regiments stürzt tot vom Pferd. Die meisten Offiziere sind verwundet, erschossen. In den Linien klaffen große Lücken. Plötzlich und ohne Kommando eröffnen die Soldaten ein zielloses Plackerfeuer, das sich nervös und schwach in der ganzen Linie fortsetzt. Das ist kein bewusstes »Halt«, kein geschlossenes »Bataillonsfeuer«, keine »ruhige Kontenance«, wovon Rüchel gefaselt hat. Hier schießen die einen aus Wut und Verzweiflung, die anderen nur noch in panischer Angst.

Das »Vorwärts! Vorwärts!« erstirbt. Die Soldaten der vorderen Linie stocken, wanken, werfen sich truppweise zurück, geraten dabei in die Schussbahn der hinteren. Es ist die Hölle: unter den Kugeln von Freund und Feind. Die Kartätschen mähen am schlimmsten. Durch die Flucht der Berliner sind die benachbarten Linien ungedeckt; sie gehen, weil der Feind einzubrechen droht, gleichfalls zurück. Die nachfolgenden Bataillone können die Fliehenden nicht halten, werden in die Panik hineingerissen, lösen sich ebenfalls auf. General Rüchel verzichtet auf jeden weiteren Befehl.

Französische Kavallerie – Napoleons taktische Reserve, Waffe der Verfolgung – prescht wieder heran. Johlend, mit gewalttätigem Ungestüm reitet und säbelt sie Verwundete, Flüchtige, Standhafte nieder, wobei sie, betrunken von Wein und Schnaps, die Pferde kaum halten kann. Wo einzelne Reiter zu weit zwischen die Preußen geraten, fallen fünf, acht, zehn zugleich über sie her, hauen sie buchstäblich in Stücke. Aber das ändert die Lage nicht. Die Front wird nirgends gehalten. Französische Kavalleriesäbel machen blutige Ernte. Um nur ein einziges Beispiel zu nennen: Das Regiment Winning verliert 17 Offiziere und 764 Soldaten, d. h. jeden zweiten Mann.

Um drei Uhr – nach einer halben Stunde bereits – stauen sich die flüchtigen Massen im Tal von Kapellendorf. Sie wollen jetzt nur noch die Landstraße nach Weimar gewinnen.

IV.

Tausende fragen vergeblich nach dem Sammelplatz. Auch Generale und Stabsoffiziere, die es doch wissen müssten, sind der Sturzflut des Rückzugs willenlos preisgegeben, nur auf ihre persönliche Rettung bedacht. Niemand wagt anzuhalten. Der hastige Zug wird zur heillosen Flucht, sobald zu beiden Seiten der Straße napoleonische Reiter auftauchen.

Ein Augenzeuge berichtet: »So trieb der Drang der nacheilenden Flüchtlingswogen alles gewaltsam vor sich her, was nicht von der eigenen Kavallerie niedergeritten, von Geschützen und Wagen gerädert sein wollte. Eine große Zahl Verwundeter und Ermüdeten, die sich nicht mehr fortschleppen konnte, fiel dieser Verwirrung zum Opfer. Solche, die auf Geschützen und Fuhrwerken Fortkommen und Schutz gesucht, wurden mit diesen durch den gewaltigen Druck in die Gräben der Chaussee geschleudert oder, wenn ihre Fahrzeuge umstürzten, aufs Grässlichste zertreten und überfahren. Blut bezeichnete jeden Schritt, mit jedem mehrten sich die Szenen des Jammers, die Luft ertönte von dem Wehklagen der um Hilfe Flehenden und der Sterbenden, von dem wilden Geschrei der von Furcht und Schreck gepeinigten Menge. Niederträchtige schossen ihre Gewehre ab, um Schreck und Eile zu vergrößern, oder sie warfen ihre Waffen fort, damit sie leichter ihr elendes Leben retteten. Knechte durchschnitten die Stränge an Kanonen und Wagen, Führer der Packpferde die Sattelgurte; umgestürzte Wagen, zerschlagene Koffer und Kisten, besonders solche, die Lebensmittel und Getränke enthielten, wurden im Vorbeieilen geplündert.« Da wagt kein Offizier, das Kommando an sich zu reißen, und niemand von ihnen besinnt sich gar auf das preußische Prügel-ABC. Nicht nur der Feind ist Gefahr:

So manch ein Soldat könnte für seine betresten Schinder noch eine Rachekugel im Lauf haben.

Vor dem Webicht bei Weimar, dem Waldstück zwischen Ilmtal und Landstraße, versammeln sich einige Truppen: Reserven und Flüchtlinge. Darunter der Fürst Hohenlohe, schwer gezeichnet von Strapazen und Niederlage. Wie groß auch die Selbstgefälligkeit war, mit der er nach dem Siegeslorbeer gegriffen, so tief ist nun sein Empfinden der Ohnmacht. Der Gram, geschlagen zu sein, raubt ihm die Besinnung auf sein hohes Amt und die Pflicht, den Rückzug zu organisieren. Er hat das ärgste Getümmel der Schlacht gesucht und ist doch, einen Streifschuss am Arm nicht gerechnet, unversehrt geblieben. Noch immer ist sein Gedanke: das Unglück nicht überleben. Indes debattieren seine Stabsoffiziere, wohin die Flucht zu gehen habe. Die einen wollen nach Erfurt, in die Festung, die anderen zur Hauptarmee. Als der Fürst sich für letzteres entscheidet und die Truppen abmarschieren wollen, rennen zwei große französische Kavalleriekolonnen gegen die Versammelten an. Während einige kämpfen, flieht die Mehrheit mit dem Schrei: »Rettet Euch, Kameraden!« nach Weimar hinunter. Andauernd erschallt der Ruf: »Die Franzosen kommen!« Erste Granaten krachen in die Häuser. Bürger und Soldaten eilen Schutz suchend in die Keller.

Jenseits der Stadt trifft Hohenlohes Reitertrupp einen Feldpostmeister des Königs. Dieser meldet aus Auerstedt, dass die Hauptarmee gleichfalls geschlagen, der Herzog von Braunschweig tödlich verwundet, was noch lebt, auf der Flucht sei. Mit nur 27 000 Soldaten hat Marschall Davout einen noch größeren Sieg erfochten als sein Kaiser bei Jena. Letzte Hoffnungen brechen zusammen. Die Hiobsbotschaft treibt alle auseinander, die meisten versuchen die Flucht auf eigene Faust.

Im Gefolge des Fürsten reitet ein verwundeter Hauptmann in die Schrecken der einbrechenden Nacht. Die Finsternis um ihn her erfüllt auch sein Inneres: Ist es Erschöpfung? Preußens Katastrophe? Sein Gemüt drückt ihn tief herab: »Tausendmal lieber sterben, als dies wieder erleben!«⁸ Aber der stärkere Lebenswille zieht ihn voran. Schloss Vippach, Sangerhausen, Nordhausen sind erste Stationen eines Rückzugs, der nur wenigen gelingt. Er aber wird Königsberg erreichen und Preußens Tragödie eine rücksichtslos kritische Denkschrift widmen, aus der wir nur auszugsweise zitieren. Ganz frisch weht uns der Atem bitterer Erfahrung an.

»Der Geist unserer Armee ist verschlechtert, die Unfähigkeit mehrerer Generale manifestiert. Kein Zutrauen von unten, keine Willenskraft und keine Fähigkeiten von oben. Die noch helfen können, haben nicht mehr die Mittel dazu. Kleinmut herrscht beinahe überall, und das Zeitalter ist so kraftlos, dass die Idee, mit Anstand zu fallen, für eine poetische Exaltation gilt. Ob eine neue Dynastie über die Baltischen Länder herrschen soll, ist nicht dem Pöbel allein, nein, auch Männern in hohen Ämtern gleichgültig. Jeder will nur sich und seine Genüsse retten, und dem Ehrliebenden bleibt nichts übrig, als diejenigen zu beneiden, die auf dem Schlachtfelde blieben. Wohl kann unter gewissen Voraussetzungen die Monarchie noch gerettet werden, allein die Schande der Armee, die in Folge verschuldeter Unfälle zu einem Nichts dahinschmolz, bleibt unvertilgbar.«⁹ So ur-

8 Gneisenau an Frau von Trützschler, 31. März 1807, in Neithardt von Gneisenau: Schriften von und über Gneisenau, hrsg. von Fritz Lange, Berlin/DDR 1954, S. 91 f.; vgl. Gneisenau. Ein Leben in Briefen, hrsg. von Karl Griewank, 2., erw. Aufl., Leipzig 1939.

9 Derselbe: Über den Krieg von 1806, in: Ausgewählte militärische Schriften, hrsg. von Gerhard Förster u. Christa Gudzent, Berlin/DDR 1984, S. 59.

teilt Neithardt von Gneisenau. Er wird aus Preußens Katastrophe hoch aufsteigen: künftiger Militärreformer und Generalstäbler, wird er als ein hellwacher Beobachter der militärischen Schachzüge Napoleons in den Kriegsjahren 1813 bis 1815 dessen strategischer Überwinder sein.

V.

Der 14. Oktober 1806 war Altpreußens Schicksalstag. In der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt erlitten Armee und Staat ihren unwiderrufflichen Zusammenbruch – ein Vorgang, der in der Historie als tragikomisches Schauspiel erscheint. So schrieb Clausewitz von der Armee: Ein eitles Vertrauen auf militärisch-politische Formen habe ganz übersehen lassen, dass der Geist aus ihnen entwichen – man habe die Maschine noch klappern hören und nicht gefragt, ob sie auch ihre Dienste noch leiste.¹⁰

Gneisenau hingegen erstreckte sein Urteil auch auf den Sieger. »Ein Grund hat Frankreich besonders auf diese Stufe von Größe gehoben: Die Revolution hat alle Kräfte geweckt und jeder Kraft einen ihr angemessenen Wirkungskreis gegeben. Dadurch kamen an die Spitzen der Armeen Helden, an die ersten Stellen der Verwaltung Staatsmänner und endlich an die Spitze eines großen Volkes der größte Mensch aus seiner Mitte.«¹¹

10 Clausewitz:
Nachrichten.

11 Gneisenau: Niederschrift vom Juli 1807 über die Französische Revolution, in: Ausgewählte militärische Schriften, S. 75.

I. Quellenwerke und Memoiren

Galerie preußischer Charaktere (Germanien) 1808.

Lichtstrahlen. Beiträge zur Geschichte der Jahre 1805, 1806 und 1807. Eine Zeitschrift in freien Heften, von einer Gesellschaft wahrheitsliebender Militärpersonen, Civilbeamten und Gelehrten, 3 Bde., Hamburg-Leipzig 1807.

Müffling, Friedrich Carl Ferdinand Freiherr von: Aus meinem Leben. Berlin 1851.

Napoleons Krieg in Thüringen 1806 in Selbstzeugnissen, hrsg. von B. Hellmann, Weimar – Jena 2005.

Preußen und Frankreich von 1795 bis 1807. Diplomatische Correspondenzen, 2 Bde., hrsg. von P. Baillet, Leipzig 1881 – 1887.

II. Darstellungen

Bock, Helmut: Zwischen Thron und Vaterland. Gneisenau im preußischen Krieg 1806/07, Berlin/DDR 1966.

Delbrück, Hans: Das Leben des Feldmarschalls Grafen Neidhardt von Gneisenau, 2 Bde., 3. durchges. u. verb. Aufl., Berlin 1908.

Eylert, R. Fr.: Charakterzüge und historische Fragmente aus dem Leben des Königs von Preußen Friedrich Wilhelm III., Teil 3, Abt. 1, Magdeburg 1846.

Fesser, Gerd; Reinhard Jonscher (Hrsg.): Umbruch im Schatten Napoleons. Die Schlachten von Jena und Auerstedt und ihre Folgen, Jena 1998.

Fesser, Gerd: 1806. Die Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt, Jena – Quedlinburg 2006.

Häusser, Ludwig: Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes, 4. unveränd. Aufl., Bde. 2 – 3, Berlin 1869.

Höpfner, Eduard von: Der Krieg von 1806 und 1807. Ein Beitrag zur Geschichte der Preußischen Armee, 4 Bde., Berlin 1850/51.

Lettow-Vorbeck, Oskar von: Der Krieg von 1806 und 1807, 4 Bde., Berlin 1890/93.

Mehring, Franz: Jena und Tilsit. Ein Kapitel ostelbischer Junkergeschichte, Leipzig 1906.

Nowak, Holger; Birgitt Hellmann u. a.: Lexikon zur Schlacht bei Jena und Auerstedt 1806. Personen, Ereignisse, Begriffe, Jena 1996.

Schreckenbach, Paul: Der Zusammenbruch Preußens im Jahre 1806, Jena 1906.

Trueningfeld, Bruno von: Auerstedt und Jena, 2 Bde., Hannover 1893.

HANNAH ARENDT
Rosa Luxemburg
1871-1919

Hannah Arendt,
14. 10. 1906, Hannover –
4. 12. 1975, New York.
Studierte Philosophie,
Theologie. Promotion 1928
bei Karl Jaspers. 1933 Emi-
gration nach Paris, ab 1941
New York.

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

aus urheberrechtlichen Gründen nur in der Print-Ausgabe

TANJA STORLØKKEN

Frauen in finsternen Zeiten

Rosa Luxemburg und Hannah Arendt

»Finstere Zeiten sind (...) nicht nur nichts Neues in der Geschichte, sondern auch nichts Seltenes (...). Die Überzeugung, daß wir selbst dann, wenn die Zeiten am dunkelsten sind, das Recht haben, auf etwas Erhellung zu hoffen, und daß solche Erhellung weniger von Theorien und Begriffen als von jenem unsicheren, flackernden und oft schwachen Licht ausgehen könnte, welches einige Männer und Frauen unter beinahe allen Umständen in ihrem Leben und ihren Werken anzünden und über der ihnen auf der Erde gegebenen Lebenszeit leuchten lassen – diese Überzeugung bildet den unausgesprochenen Hintergrund für die hier vorgelegten Persönlichkeitsprofile.«¹

Rosa Luxemburg und die deutsch-jüdische politische Theoretikerin Hannah Arendt (1906-1975) lebten beide in Bertolt Brechts finsternen Zeiten, die für Hannah Arendts Essaysammlung *Menschen in finsternen Zeiten* von 1968 titelgebend waren. Sowohl Luxemburg als auch Arendt haben Licht in ihre finstere Zeit gebracht und sie bringen noch immer Licht und ermutigen den Einzelnen, totalitäre, barbarische und autoritäre Tendenzen herauszufordern. Seit einigen Jahren erfährt die anti-totalitäre Denkerin Hannah Arendt eine bemerkenswerte und wohlverdiente Renaissance. Doch taucht die Frage auf, ob nicht ein Teil dieser Renaissance auch Rosa Luxemburg zufallen sollte, weil Arendt in großer und indiskutabler Schuld zu ihr steht. Trotz Arendts Kritik des Marxismus verband sie eine sehr enge gedankliche Gemeinschaft mit der Marxistin Rosa Luxemburg.

Arendt ist wohl vor allem für ihre Analyse von Nazismus und Stalinismus in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951) bekannt – ein Buch, das ihren Durchbruch bedeutete –, sowie für den von ihr in *Eichmann in Jerusalem* (1963) geprägten Begriff der »Banalität des Bösen«. Viel ist auch über Arendts enge private wie philosophische Beziehung zu ihrem Lehrer Martin Heidegger geschrieben worden. Weniger Gewicht hingegen wird dem revolutionären Engagement Arendts beigemessen, das insbesondere in ihrem Buch *Über die Revolution* (1963) zum Ausdruck kommt. Dort argumentiert sie für eine politische Revolution, die hoffentlich in der Lage sein werde, totalitäre Tendenzen abzuwehren. Ihre enge gedankliche Gemeinschaft mit Rosa Luxemburg ist heutzutage auch wenig bekannt und diskutiert.

Einige finden den Gedanken, dass Arendt in einer intellektuellen Schuld zu Rosa Luxemburg steht, immer noch provozierend. So

Tanja Storløyken – Jg. 1962, Politikwissenschaftlerin und freischaffende Forscherin, lebt in Norwegen. Arbeitet gegenwärtig an einer Monographie »Rosa Luxemburg. Revolution durch Versuch und Irrtum.«

Vorabdruck aus einem Band mit Texten, hervorgegangen aus einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz über Rosa Luxemburg in Guangzhou am 21. und 22. November 2004. Das Buch erscheint im März 2007 im Karl Dietz Verlag Berlin.

Die Autorin bedankt sich ganz herzlich bei Petra Biesalski und Evelin Wittich sowie der Redaktion des erwähnten Buches für die sprachliche Hilfe.

1 Hannah Arendt: Menschen in finsternen Zeiten, München 1968, S. 9-10.

2 Walter Laqueur: The Arendt Cult. Hannah Arendt as a Political Commentator, in: Journal of Contemporary History, Bd. 33, Nr. 4, 1998, S. 485.

3 Arendt an Jaspers, 29. Januar 1946, in: Hannah Arendt, Karl Jaspers: Briefwechsel 1926-1969, München 1985, S. 67.

4 Arendt an Blumenfeld, 31. Juli 1956, in: Hannah Arendt, Kurt Blumenfeld: »... in keinem Besitz verwurzelt«, Hamburg 1995, S. 151-52. Vgl. Blumenfeld an Arendt, 6. August 1956, in: ebenda, S. 155, und Blumenfeld an Arendt, 1. Februar 1957, in: ebenda, S. 177. Vgl. auch Arendt an Blücher, Anfang Juli 1958, in: Hannah Arendt, Heinrich Blücher: Briefe 1936-1968, München 1996, S. 485.

5 John Peter Nettl: Rosa Luxemburg. Band 1 und 2, Oxford 1966. Die deutsche Ausgabe ist einbändig: John Peter Nettl: Rosa Luxemburg, Köln und Berlin 1967.

6 Hannah Arendt: A Heroine of Revolution, in: The New York Review of Books, 6. Oktober 1966, Jg. 7, Nr. 5, S. 21-27. Ich zitiere aus der deutschen Ausgabe des Textes. Hannah Arendt: Rosa Luxemburg 1871-1919, in: Hannah Arendt: Menschen in finsternen Zeiten, a. a. O.,

schrrieb der Historiker Walter Laqueur 1998 folgende barsche Worte: »Trotz ihrer Sympathie für die Revolution und für Revolutionäre hat Arendt auch Verehrer unter Konservativen. Diese Sympathien waren immer eher emotional und romantisch, als rational und philosophisch. Das beste Beispiel war vielleicht ihre Leidenschaft (bei Laqueur: love affair) für Rosa Luxemburg, die heute vor allem wegen ihrer Beschreibung der Schwalben vor ihren Gefängnisfenstern in Erinnerung geblieben ist sowie wegen ihrer Distanz zu ihrer jüdischen Herkunft (...) und ihrer prophetischen Worte über die Zukunft der russischen Revolution. (...) Und deshalb haben die Konservativen in ihrer endgültigen Analyse wahrscheinlich Recht, wenn sie Arendts revolutionären Enthusiasmus nicht allzu ernst nehmen – sie war eigentlich nicht von Luxemburgs Theorien beeindruckt, sondern von ihrem Mut und ihrem Stil.«²

Laqueur begeht einen schwerwiegenden Fehler, wenn er versucht, Arendts revolutionäres Engagement dadurch kleiner zu machen, dass er gleichzeitig Luxemburgs Beitrag zum politischen Denken herabmindert. Er untermauert seine Behauptungen nicht mit Quellenmaterial, weder in Bezug auf Arendt noch auf Luxemburg. Mein unmittelbarer und vorläufiger Kommentar ist, dass Laqueurs Behauptungen schlecht begründet bzw. unbegründet sind. Hannah Arendt hatte ein genuines Interesse an der Revolution und kann sogar als Revolutionärin bezeichnet werden, und sie war durch das Denken Rosa Luxemburgs beeinflusst.

»Die Rosa ist wiedergekommen«

Schon als junges Mädchen wurde Hannah Arendt im Januar 1919 während der deutschen Revolution von ihrer Mutter zu einem sozialdemokratischen Treffen in ihrer Heimatstadt Königsberg mitgenommen. Aber erst in den dreißiger Jahren begann sie sich unter dem Eindruck des erstarkenden Nazismus ernsthaft für Politik zu interessieren. Und der Mann, der sie, nach eigener Darstellung, vor allem politisch zu denken lehrte, war ihr zweiter Ehemann Heinrich Blücher,³ der selbst ein großer Verehrer von Rosa Luxemburg war, mit der zusammen er während der deutschen Revolution in Berlin gekämpft hatte. Arendt hielt es nicht verborgen, dass es ihr sehr gefiel, mit Rosa Luxemburg verglichen zu werden. In einem Brief vom Sommer 1956 an ihren Freund Kurt Blumenfeld schrieb Arendt stolz: »In Berkeley, wo ich den Namen der Rosa Luxemburg nie erwähnte (schon weil ich annahm, daß ihn niemand kennt), haben mir die Studenten auf einer besoffenen Party erzählt, daß sie unter sich gesagt hätten: Die Rosa ist wiedergekommen.«⁴

Aber nicht nur der Mut und der Stil Rosa Luxemburgs begeisterten Arendt. Ihren Essay über Luxemburg *Eine Heldin der Revolution*, der eine Rezension von John Peter Nettls zweibändiger Biographie über Rosa Luxemburg von 1966⁵ war, beendet sie mit diesen Worten: »Man möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß mit großer Verspätung doch noch erkannt wird, wer Rosa Luxemburg war und was sie geleistet hat – ebenso wie man weiter hoffen möchte, daß sie endlich ihren Platz im Pensum der Politologen der westlichen Welt finden möge. Denn Nettl sagt mit Recht: *Wo immer ernsthaft die Geschichte der politischen Ideen gelehrt wird, da müssen auch ihre Ideen genannt werden.*«⁶

Zweifellos hatte Arendt nicht sämtliche Schriften von Rosa Luxemburg gelesen, jedoch einige ihrer wichtigsten Publikationen, wie *Die sozialistische Krise in Frankreich* (1901), *Die Akkumulation des Kapitals* (1913) und *Zur russischen Revolution* (1918), vielleicht auch *Sozialreform oder Revolution?* (1899), *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* (1906) und *Die Krise der Sozialdemokratie* (1916).⁷ An Sekundärliteratur kannte sie Paul Frölichs *Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat* (1939) und John Peter Nettls *Rosa Luxemburg* (1966).⁸

Hannah Arendts gedankliche Nähe zu Rosa Luxemburg ist ein Thema, das sowohl in der Arendt- als auch in der Luxemburg-Forschung wenig diskutiert wird. Die dazu dennoch existierenden schriftlichen Arbeiten zeigen sich über Arendt wesentlich besser informiert als über Luxemburg. Das Ergebnis ist oft eine ausgeprägt arendtianische Interpretation von Luxemburg. Beispiele arendtianischer Interpretationen der letzten dreißig Jahre sind Ernst Vollraths Artikel in *Social Research* von 1973: *Rosa Luxemburg's Theory of Revolution*,⁹ Elisabeth Young-Bruchls *Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit* von 1982, die beste und gründlichste Arendt-Biographie,¹⁰ Ingeborg Nordmanns Artikel in *Die Neue Gesellschaft* von 1993: *Erfahrungsfähigkeit und Differenz. Rosa Luxemburg und Hannah Arendt über das politische Handeln*¹¹ und schließlich Einar Øverengets *Hannah Arendt* von 2001¹². Es überrascht nicht, dass der Anstoß zu arendtianischen Interpretationen des Denkens Rosa Luxemburgs von Hannah Arendt selbst kam, und zwar in ihrem Essay über Rosa Luxemburg *Eine Heldin der Revolution*.

Luxemburg – keine Marxistin?

Dieser Essay ist besonders anregend und interessant, weil er der einzige spezifische Text aus der Hand Arendts ist, der uns ein klareres Bild ihres Verständnisses und ihrer Interpretation des Lebens und Denkens von Rosa Luxemburg zu geben vermag. Ich werde nicht alle Einzelheiten dieser Rezension diskutieren. Mich interessiert an Arendts Essay besonders, was wir durch ihn über ihre Interpretation von Rosa Luxemburgs Vorstellung von Revolution herausfinden können.

Arendts Zweifel, ob Luxemburg wirklich Marxistin war, kommen überraschend: »Kurz gesagt, wenn für sie ›die Revolution ebenso nah und wirklich war wie für Lenin‹, so galt sie ihr doch genauso wenig als Glaubensartikel, wie der Marxismus. (...) Damit gibt man natürlich zu, daß sie keine orthodoxe Marxistin war, ja, so wenig orthodox, daß sich bezweifeln läßt, ob sie überhaupt Marxistin war. Nettel stellt mit Recht fest, daß Marx in ihren Augen nichts anderes war als ›der beste Ausdeuter der Wirklichkeit‹ (...) Worauf es ihrer Meinung nach am meisten ankam, mehr noch als auf die Revolution, war die Wirklichkeit in allen ihren erschütternden Aspekten.«¹³

Arendt erwähnt nicht, dass sie die Meinung des Luxemburg-Biographen John Peter Nettel nicht teilt, wenn er unterstreicht, dass Luxemburg sich uneingeschränkt zum Marxismus bekannte, jedoch »ihre Ideen über seinen Rahmen hinaus Gültigkeit« behielten.¹⁴ Arendt behauptet, dass die Realität für Luxemburg wichtiger war als die Revolution. Dies ist insofern bemerkenswert, als Realität und

S. 68. Siehe auch den Abdruck dieses Textes in diesem Heft, S. 880 ff.

7 Arendts Bücher enthalten Hinweise auf diese Schriften, siehe: Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1951/2003, Fußnote 39, S. 235 (Die sozialistische Krise in Frankreich, 1901) und Fußnote 40 und 41, S. 334 (Die Akkumulation des Kapitals, 1913); Hannah Arendt: Über die Revolution, München 1963/2000, S. 340 (Zitat aus: Zur russischen Revolution, 1918). Vgl. Elisabeth Young-Bruehl: Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit, Frankfurt am Main 1986, S. 407. Die englische Ausgabe von *Rosa Luxemburg 1871-1919* in: Hannah Arendt: Men in Dark Times, New York 1968, Fußnote 16, 54 enthält auch Hinweise zu englischen Übersetzungen von: Sozialreform oder Revolution? (1899), Massenstreik, Partei und Gewerkschaften (1906) und Die Krise der Sozialdemokratie (1916).

8 Arendt bezieht sich auf Paul Frölich in ihrem Buch: Über die Revolution, München 1963/2000, S. 340, und Fußnote 90, S. 403. Die 1. Ausgabe von Paul Frölichs Rosa-Luxemburg-Biographie erschien auf Deutsch 1939 in Paris, dem Zufluchtsort des aus Nazi-Deutschland emigrierten Paul Frölich, die 2. Ausgabe 1940 in englischer Übersetzung in London. Siehe: Paul Frölich: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, mit einem Nachwort von Iring Fetscher, Frankfurt am Main 1967, S. 5 (Vorwort zur zweiten Auflage).

9 Ernst Vollrath: Rosa Luxemburg's Theory of

Revolution, in: *Social Research*, Bd. 40, Frühjahr 1973, S. 83-109.

10 Elisabeth Young-Bruhl: Hannah Arendt. *Leben, Werk und Zeit*, Frankfurt am Main 1986. (Die amerikanische Originalausgabe erschien 1982).

11 Ingeborg Nordmann: Erfahrungsfähigkeit und Differenz. Rosa Luxemburg und Hannah Arendt über das politische Handeln, in: *Die Neue Gesellschaft*, Jg. 40, Heft 5, 1993, S. 459-464. Siehe auch Kullas Interpretation in: Ralf Kulla: *Revolutionärer Geist und republikanische Freiheit. Über die verdrängte Nähe von Hannah Arendt zu Rosa Luxemburg*, Hannover 1999, S. 16: »Ingeborg Nordmann zeigt, daß in Rosa Luxemburgs Denken öffentliche Erfahrung einen ebenso zentralen Stellenwert hat wie bei Hannah Arendt. Sie liest aber Rosa Luxemburg mit den Augen von Hannah Arendt, wenn sie das Festhalten am Ziel der sozialen Revolution als marxistischen Ballast bewertet, ohne zu fragen, ob hier nicht Rosa Luxemburgs Positionen auf eine Schwäche Hannah Arendts verweisen.«

12 Einar Øverenget: Hannah Arendt, Oslo 2001. Zur Diskussion von Øverengets arendtianischer Luxemburg-Interpretation siehe Tanja Storløkken: *Revolutionär und konservativ*, in: *Kvinneforskning*, Nr. 3, 2004, S. 123-124.

13 Hannah Arendt: *Rosa Luxemburg 1871-1919*, a. a. O., S. 48-49. Vgl. Hannah Arendts Absicht, ihre Schrift *Die Ungarische Revolution und der totalitäre*

Revolution im Denken von Rosa Luxemburg in engem Zusammenhang standen. Ja, es scheint mir, dass Luxemburg sie »in der Realität« fast als Eines sah. Darauf deutet nicht zuletzt eines ihrer Lieblingszitate hin: »Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer das laut zu sagen, was ist.«¹⁵ Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche revolutionäre Entwicklung war es eben, die Realitäten der Welt begreifen zu können. Weil Luxemburg Barbarei als mögliche Alternative zu Sozialismus und Revolution sah,¹⁶ was auch Resultat ihres realistischen Denkens war, kann nicht gesagt werden, dass die Realität für sie mehr als die Revolution bedeutete oder dass die Revolution »ihr doch genauso wenig als Glaubensartikel wie der Marxismus galt«¹⁷. Eine sozialistische Revolution, die nicht stattfindet oder eine erfolglose Revolution wird auch die Realität, wie wir sie kennen, durch Barbarei und Chaos untergraben.

Arendts Zweifel an Luxemburg als Marxistin ist in höchstem Grade von ihrer eigenen Marxismus-Interpretation beeinflusst. Ihre Kritik an Karl Marx stand in engem Verhältnis zu ihrer eigenen Analyse der *vita activa* als dreier menschlicher Grundtätigkeiten: Arbeiten, Herstellen und Handeln. Arendt wünschte eine Rehabilitierung der *vita activa* im Vergleich zur *vita contemplativa* (Denken), so dass es keine hierarchische Beziehung zwischen ihnen gibt. In ihrem Buch *Vita activa* von 1958 unterscheidet sie zwischen der Notwendigkeit des Arbeitens, dem Ziel-Mittel-Denken des Herstellens und der Fähigkeit des Handelns, etwas Neues und Spontanes zu beginnen, das wegen der Pluralität der Menschen unvorhersagbare Konsequenzen hat.

Arbeit ist eine notwendige Aktivität, um das Leben selbst aufrecht zu erhalten. Arbeit gibt uns Essen und andere notwendige Dinge, die wir brauchen, um zu überleben und die Menschheit zu reproduzieren. Aber Arbeit schafft nichts Dauerhaftes. Das, was Arbeit schafft, wird verbraucht und bekommt keine dauernde Existenz. Herstellen andererseits schafft Dinge von Dauer, die uns als eine dauernde Welt der Dinge umgeben. Der Handwerker stellt zum Beispiel Stühle und Tische her, während der Künstler Kunstwerke schafft. Die Dauerhaftigkeit der hergestellten Dinge ist unterschiedlich, aber ihnen allen ist gemein, dass sie in den Ziel-Mittel-Kategorien hergestellt worden sind.

Handeln und Sprechen enthüllen die Einzigartigkeit der Menschen. Der Einzelne entfaltet sich wirklich und drückt seine Individualität durch Handeln und Sprechen erst in Gesellschaft mit anderen Menschen aus. Aber diese Aktivitäten sind nicht durch die Notwendigkeit der Arbeit oder die Ziel-Mittel-Kategorien des Herstellens charakterisiert. Die Freiheit der Menschen ist mit ihrem Handeln verknüpft. Handeln, auch politisches Handeln, ist unvorhersagbar und abhängig von der Pluralität der Menschen. »Die Grundbedingung, die ihr (die Tätigkeit des Handelns) entspricht, ist das Faktum der Pluralität, nämlich die Tatsache, dass nicht ein Mensch, sondern viele Menschen auf der Erde leben und die Welt bevölkern.«¹⁸

Die Tatsache, dass wir in der Lage sind zu handeln, bedeutet, dass wir etwas Neues und Spontanes beginnen können, aber die Konsequenzen unseres Handelns sind im Augenblick des Handelns unwiderrufflich und unübersichtlich. Die Resultate des Handelns sind ab-

hängig vom Handeln und Sprechen vieler Menschen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und deshalb unvorhersagbar. Zwei Faktoren geben in der Unvorhersagbarkeit dennoch einen gewissen Trost: die Fähigkeit zu verzeihen und das Einhalten von Versprechen. Die Bedingungen des Handelns halten große und ungeahnte Möglichkeiten zu handeln bereit, aber gleichzeitig ist das Handeln immer potenziell gefährlich und katastrophenträchtig wegen seiner unvorhersagbaren Konsequenzen.

Um totalitäre Versuche zur Erstickung der Unvorhersagbarkeit der Menschen, ihrer Spontaneität und ihrer Fähigkeit zum Neubeginn verhindern zu können, ist es von besonderer Bedeutung, dass man politische Arenen errichtet und erhält, wo die Menschen in die Lage versetzt werden, unter den Bedingungen des Handelns politisch zu handeln. Nur wenn politische Aktivität aus den Bedingungen des Handelns hervorgeht und ohne dass diese durch die Bedingungen des Arbeitens und Herstellens korrumpiert wird, können die Menschen darauf hoffen, die Gefahren totalitärer Tendenzen abwehren zu können.

Arendt lobte Karl Marx wegen seines Aufruhrversuches gegen traditionelles politisches Denken; ihrer Meinung nach war er aber leider nicht radikal genug! Obwohl er zum Beispiel durch seine Aufwertung der Arbeit mit der Tradition gebrochen hatte, blieb er nach Arendt immer noch zu sehr in traditionellen Kategorien verhaftet. Ihr war sein Bruch mit der Tradition nicht radikal genug. Diese Halbherzigkeit habe sich u. a. als Nährboden für totalitäre Elemente des Marxismus erwiesen.¹⁹

Arendt kritisierte Marx,²⁰ weil er die Einzigartigkeit des Menschen als *animal laborans* und nicht als handelnder Mensch gesehen habe. Auf diese Weise öffnete er »der Abdankung der Freiheit vor dem Diktat der Notwendigkeit« den Weg.²¹ Sie warf Marx vor, die Geschichte als einen Prozess gesehen zu haben, als einen Arbeitsprozess, weshalb er die Geschichte einseitig an den Lebensprozess, an die biologische Denkweise und Notwendigkeit angeknüpft habe. Darüber hinaus habe er nicht zwischen Arbeit und Herstellung unterschieden, sondern beides als Herstellung gesehen. Durch seine Vermischung und Reduktion politischen Handelns auf Arbeit und Herstellung sei er einen gefährlichen Weg gegangen. Marx sei nicht der erste gewesen, der Politik als Herstellen interpretiert habe, also als Herstellen von handwerklichen Dingen. Dieses Missverständnis von Politik sei in der westlichen Tradition der politischen Philosophie eher die Regel als die Ausnahme. Als Handwerk interpretierte Politik führe einen Glauben daran mit sich, dass Geschichte gemacht werden könne wie man handwerkliche Dinge macht, durch Verwendung der richtigen Mittel zur Erreichung des Ziels.

Arendt sah im Denken von Marx eine doppelte totalitäre Gefahr. Einerseits spreche er von einem unabwendbaren, von Notwendigkeit und Determinismus gekennzeichneten Geschichtsprozess, andererseits argumentiere er, dass Geschichte gemacht werden könne durch Vermischung von politischem Handeln und von Herstellen. Dies wiederum könne zur Hybris und dem Glauben führen, dass »alles möglich ist«. Marxismus und Totalitarismus sind selbstverständlich nicht synonym, aber nach Arendt war genau diese Kombination von

Imperialismus (1958) Rosa Luxemburg zu widmen, und ihr Schreiben an Klaus Piper und Hans Rössner vom 9. September 1958, als sie diese Widmung streichen musste: »Die Widmung ist unformulierbar, weil man erklären müßte, daß die Luxemburg weder Sozialistin noch Kommunistin wirklich war, sondern »nur« für Gerechtigkeit und Freiheit und die Revolution als die einzige Möglichkeit einer neuen Gesellschafts- und Staatsform.« Zitiert nach: Hannah Arendt: In der Gegenwart. Übungen im politischen Denken II, München 2000, S. 424.

14 John Peter Nettl: Rosa Luxemburg, a. a. O., S. 30.

15 Rosa Luxemburg: In revolutionärer Stunde: Was weiter? (1906), in: GW 2, S. 36.

16 Siehe besonders: Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie (1916) und: Was will der Spartakusbund? (1918), in: GW 4, S. 62 und 441. Vgl. Norman Geras: Rosa Luxemburg. Vorkämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus, Köln 1996, S. 15-40, und: Virve Manninen: Sozialismus oder Barbarei? Suomen Historiallinen Seura, Helsinki 1996.

17 Hannah Arendt: Rosa Luxemburg 1871-1919, a. a. O., S. 48.

18 Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben, München 1958/2002, S. 17.

19 Siehe besonders: Hannah Arendt: Tradition und die Neuzeit, in: Hannah Arendt: Zwischen Vergangenheit und Zukunft, München 1968/2000, S. 23-53.

20 Die Validität von Arendts Marx-Kritik werde ich hier nicht diskutieren. Siehe zum Beispiel Bikhu Parekh: Hannah Arendt's critique of Marx, in: Melvyn A. Hill (Ed.): Hannah Arendt: The Recovery of the Public World, New York 1979, S. 67-100, und: Gert Schäfer: H. Arendt und der Marxismus, in: Gert Schäfer: Macht und öffentliche Freiheit, Hannover 1993, S. 31-74.

21 Hannah Arendt: Über die Revolution, a. a. O., S. 76.

22 Hannah Arendt: Rosa Luxemburg 1871-1919, a. a. O., S. 63-64.

Determinismus – also von unabwendbaren automatischen Prozessen – und von Hybris – der Idee, dass alles möglich ist – Hauptcharakteristikum des Totalitarismus. Und in der marxischen Vermischung von Geschichte und Politik mit der Notwendigkeit der Arbeit und den Ziel-Mittel-Kategorien des Herstellens sah sie eben einen Ansatz zu einer ähnlichen totalitären Kombination. Der Ziel-Mittel-Gedankengang sei anwendbar, wenn man Dinge aus totem Material herstellen wollte, aber nicht für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft, wo die Menschen selbst das Material sind, aus dem die neue Gesellschaft geschaffen werden soll. Das Modell des Herstellens könne zu einer gewalttätigen Einstellung gegenüber dem menschlichen Material führen. Die Wirklichkeit und der einzelne Mensch könnten schnell zum bloßen Mittel verwandelt und dem sozialistischen Ziel oder einer anderen theoretischen Konstruktion untergeordnet werden.

Rosa Luxemburgs Begriff des politischen Handelns und ihre Auffassung von Revolution als langwierig und erfahrungsbasiert brechen mit dieser arendtianischen Interpretation von Marx. Deshalb ist es nicht so erstaunlich, dass Arendt bezweifelt, dass Luxemburg wirklich Marxistin war. Luxemburgs Revolutionsvorstellung enthält einen Begriff des politischen Handelns, der Handeln nicht nur aus einer Mittel-Ziel-Perspektive heraus versteht, sondern auch dem Spontanen und Unvorhersagbaren Raum lässt, und demzufolge man aus den Erfahrungen, die aus politischen Aktionen des revolutionären Prozesses erwachsen, lernen soll. Aber Luxemburg hat sich in dem Sinne nicht völlig frei vom marxischen historischen Prozess gemacht, dass die ökonomischen Bedingungen ihre Bedeutung für den revolutionären Prozess vollständig verlieren würden. Rosa Luxemburgs Ziel besteht immer noch im Sozialismus und nicht primär in Arendts Republikanismus. Luxemburg will mehr als Arendt, eine Tatsache, die Arendt in ihrer Interpretation der luxemburgischen Revolutionsvorstellung zu übersehen scheint.

Luxemburg = Arendt?

Ihren Höhepunkt erreicht die arendtianische Interpretation der luxemburgischen Revolutionsvorstellung in folgender Behauptung: »Ihre Beschäftigung mit der Revolution war in erster Linie eine moralische Angelegenheit, und das bedeutete, daß sie weiterhin leidenschaftlich am öffentlichen Leben Anteil nahm und die Gesicke der Welt im Auge behielt. (...) In Wahrheit trennte die republikanische Frage sie noch entscheidender von allen anderen als die nationale Frage. In dieser Hinsicht stand sie vollständig allein, wenn auch weniger prononciert, wie in ihrer Betonung, daß Freiheit, nicht nur Gedankenfreiheit, sondern politische Freiheit, unter allen Umständen garantiert werden müsse.«²² In dieser Hauptinterpretation von Luxemburgs Revolutionsvorstellung gibt es viele Hinweise darauf, dass Arendt Luxemburg vollständig vom Marxismus losgelöst hat. Laut Arendt war die Verpflichtung Luxemburgs zur Revolution vor allem moralisch, d. h. ein Sich-Engagieren im öffentlichen Leben und für die Gesicke der Welt. Ihr Republikanismus und ihre Betonung von individueller und öffentlicher Freiheit unterscheiden Luxemburg von anderen. John Peter Netti versucht, eine andere Be-

trachtungsweise zu verteidigen: »Rosa Luxemburgs beherrschende Idee war nicht Demokratie, individuelle Freiheit oder Spontaneität, sondern Teilnahme – Reibung, die revolutionäre Energie erzeugt, die ihrerseits das Klassenbewußtsein reifen läßt und zur Revolution führt.«²³

Arendt stimmt Nettl insofern zu, als dass sie unterstreicht, dass Luxemburgs »Einblick in die Natur politischen Handelns« ihr wichtigster Beitrag zur politischen Theorie war.²⁴ Gemäß ihrer eigenen Auffassung des politischen Handelns porträtiert Arendt Luxemburgs Form des politischen Handelns als der Organisation vorausgehend und als spontan. Aber Luxemburgs Begriff scheint viel zielorientierter zu sein, als Arendt einzuräumen bereit ist. In ihrer Darstellung dessen, was Luxemburg in der russischen Revolution 1905/06 hätte lernen müssen, legt Arendt einseitig Gewicht auf Perspektiven von unten und sagt nichts darüber, was Luxemburg über das Verhältnis zwischen Partei und Proletariat oder das enge Verhältnis zwischen politischen und ökonomischen Kämpfen und Sphären schrieb.²⁵ Doch Arendt unterstreicht mit Recht, dass Luxemburg an keine Revolution glaubte, an der die Mehrheit der Menschen keinen Anteil hätte und »daß sie eine deformierte Revolution weit mehr als eine erfolglose fürchtete.«²⁶

Nach meinem Verständnis hat Arendt Luxemburg auf eine ganz besondere Weise interpretiert: Dadurch, dass sie sie vom Marxismus loslöste, löste sie sie auch vom sozialistischen Ziel. Genau diese Interpretation aber hatte Luxemburg befürchtet und ausdrücklich vor einer solchen Denkweise als einer tödlichen Bedrohung der sozialistischen Bewegung gewarnt. Entfernt man aus ihrer Revolutionsvorstellung das sozialistische Ziel, reduziert man sie auf das, was sie im Kampf gegen Eduard Bernstein befürchtete, nämlich auf eine kleinbürgerliche Interpretation der Welt, die, wie andere Interpretationen der Welt, den Kapitalismus eben nicht überwindet.²⁷ Die Arendt-Biographin Elisabeth Young-Bruehl behauptet, Arendts Republikanismus sei eine Vision jenseits von Kapitalismus und Sozialismus.²⁸ Mir fällt dagegen die Vorstellung schwer, dass Luxemburgs Revolutionsvorstellung als erste Artikulation einer solchen darüber hinausgehenden Vision zu verstehen sei.

Young-Bruehl behauptet: »Arendts Rezension von Nettls Biographie war ein Nachwort zu *Über die Revolution*.«²⁹ Ich stimme Young-Bruehl darin zu, dass Arendts Rezension in mehrfacher Hinsicht wirklich dieses Nachwort ist. Hier bekommen wir endlich eine Kostprobe der Inspiration und des Einflusses, den Rosa Luxemburg auf Arendt während deren Arbeit am Buch *Über die Revolution* ausgeübt haben muss. So etwas hatte ich in dem Buch selbst vermisst, besonders weil Young-Bruehl unterstreicht, dass das Projekt *Über die Revolution* faktisch »in Berkeley Arendt eingefallen war, als sie Luxemburgs *Die russische Revolution* las«³⁰, und dass »Rosa Luxemburgs Begriff der »spontanen Revolution« (...) in Arendts Gedanken schon mehrere Jahre herumgespukt (hatte), bevor ihn die ungarische Revolution auf verwirrende Weise einlöste.«³¹

Aber diese Rezension ist auch ein Nachwort zu *Über die Revolution* in dem Sinne, dass Arendt Luxemburgs Auffassung der Revolution im Lichte ihrer eigenen Revolutionsauffassung zu interpretieren

23 John Peter Nettl: Rosa Luxemburg, a. a. O., S. 30. Nettl schafft es leider nicht, seiner Hauptinterpretation theoretisch oder empirisch Substanz zu geben, sondern er endet in mehreren Widersprüchen. Siehe zum Beispiel seine Interpretation von Luxemburgs Pamphlet: Zur russischen Revolution (1918), S. 664-671.

24 Hannah Arendt: Rosa Luxemburg 1871-1919, a. a. O., S. 65.

25 Ebenda, S. 65.

26 Ebenda, S. 66.

27 Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? (1899), in: GW 1/1, S. 440-445.

28 Elisabeth Young-Bruehl: Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit, a. a. O., S. 548.

29 Ebenda, S. 549.

30 Ebenda, S. 408.

31 Ebenda, S. 406. Ich finde Young-Bruehls Charakterisierung von Luxemburgs Revolution als spontan irreführend und direkt falsch. Vgl. auch Arendts eigene Charakterisierung. Sie schreibt über »Rosa Luxemburgs spontane Revolution« in: Die Ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus (1958), in: Hannah Arendt: In der Gegenwart, a. a. O., S. 77. Obwohl Spontaneität in Luxemburgs Revolutionsvorstellung eine geringere Rolle spielt, ist sie definitiv kein entscheidender Faktor.

32 Vgl. auch Hannah Arendt: *Die Ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus*, a. a. O.

33 Ernst Vollrath: *Rosa Luxemburg's Theory of Revolution*, a. a. O., S. 83-109.

34 Ralf Kulla: *Revolutionärer Geist und republikanische Freiheit. Dieser Fakt verhindert nicht, dass Kulla die Schlussfolgerung zieht, dass Rosa Luxemburg während der deutschen Revolution 1918-1919 undemokratisch wurde. Er stützt sich besonders auf die Argumentation in: Manfred Scharer: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1985, ohne eigene Untersuchungen zum Thema zu machen. Hier soll dieses Thema in seiner vollen Breite nicht diskutiert werden. Meines Erachtens sind diese Behauptungen von Kulla und andere über Rosa Luxemburgs undemokratische Tendenzen schlecht begründet. Sie dürften nach dem Studium der Artikel und Reden von Luxemburg aus der Zeit der deutschen Revolution auch schwer zu begründen sein. Siehe: Rosa Luxemburg, in: *GW 4*, S. 397-536. Vgl. auch: Otto Kar Luban: *Demokratische Sozialistin oder 'blutige Rosa'? Rosa Luxemburg und die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz*, 35, 1999, Heft 2, S. 176-207, wo Luban im direkten Gegensatz zu Scharer argumentiert. Siehe auch Manfred Scharer: *ROSA LUXEMBURG – Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*,*

scheint. Es steht außer Zweifel, dass Luxemburgs Vorstellung hier als fast identisch mit Arendts eigener Auffassung der Revolution dargestellt wird. Genauer gesagt handelt es sich hierbei wahrscheinlich um eine Konsequenz der Wechselwirkung, die mit Arendts Interpretation von *Zur russischen Revolution* und deren Einfluss auf die Entwicklung der Revolutionsauffassung bei Arendt in *Über die Revolution* ihren Anfang nahm.³² Arendts Revolutionsauffassung scheint in ihrer nächsten Begegnung mit Luxemburg die Oberhand gewonnen zu haben. Arendts Interpretation in *Eine Heldin der Revolution* lässt sich eher als Echo auf ihre eigene Revolutionsauffassung erklären, wie sie sie in *Über die Revolution* entwirft, denn als die Auffassung von Luxemburg, wie sie sie in ihren Publikationen seit den 1890er Jahren bis zu ihrem Tod im Jahre 1919 entwickelt hat.

Politik und Philosophie

Hannah Arendt ging in ihrer Loslösung Rosa Luxemburgs vom Marxismus sehr weit. Ernst Vollrath geht noch weiter. Er lässt keinen Zweifel daran, in welche Richtung die Revolution von Rosa Luxemburg uns führt, nämlich direkt in eine repräsentative Demokratie und arendtsche Freiheit.³³ Luxemburgs marxistische Vision und die von ihr konstatierte Notwendigkeit einer langwierigen und erfahrungsbasierten Revolution zur Vermeidung von Barbarei – und damit auch der Hauptinhalt der luxemburgschen Revolutionsauffassung – gehen sowohl bei Arendt als auch bei Vollrath verloren. Die Tatsache, dass diese der von Hannah Arendt nicht so nahe stand, wie Arendt und Vollrath offenbar zu glauben scheinen, bedeutet jedoch nicht, dass zwischen einzelnen Aspekten im Denken von Luxemburg und Arendt keine Beziehung bestanden hätte.

Ralf Kullas *Revolutionärer Geist und republikanische Freiheit. Über die verdrängte Nähe von Hannah Arendt zu Rosa Luxemburg* von 1999 ist meines Wissens die erste Publikation, die Arendt und Luxemburg diskutiert, ohne wesentlich besser über Arendt als über Luxemburg informiert zu sein.³⁴ Kulla schreibt mit Recht, dass das Denken Rosa Luxemburgs »als vorweggenommene Antwort auf Hannah Arendts Kritik am Marxismus« gesehen werden könne.³⁵ Damit enden seine Überlegungen und er setzt seine Diskussion nicht fort. Noch wichtiger aber ist, dass ihr Denken als Lichtblick in der Geschichte des westlichen politischen Denkens und der politischen Theoriebildung im Allgemeinen gesehen werden kann. Arendt beschuldigte die Geschichte des westlichen politischen Denkens für eine Vorliebe über Politik in den Ziel-Mittel-Kategorien des Herstellens nachzudenken, weil diese Betrachtungsweise es ermöglichen würde, die Politik leichter zu handhaben. Dieses Politikverständnis untergrub und zerstörte die Bedingungen für genuines politisches Handeln theoretisch und praktisch, indem es die Politik auf ein Mittel zur Erreichung eines Zieles reduzierte und dabei übersah, dass Politik immer auch als ein Ziel in sich selbst angesehen werden muss.

Arendt gab zu, dass Luxemburgs Einsicht in die Natur des politischen Handelns ihren wichtigsten Beitrag zur politischen Theorie darstellte, aber sie erwähnte nicht Rosa Luxemburgs potenziellen

Einfluss auf die Entwicklung ihres eigenen Begriffs vom politischen Handeln, den der Heidegger- und Arendt-Forscher Dana Villa seinerseits Arendts möglichen originalen Beitrag zum politischen Denken genannt hat. »Meine Behauptung ist, dass der Grad der Originalität Hannah Arendts als politische Denkerin nur sichtbar wird durch eine dauernde Aufmerksamkeit in Bezug auf ihre Theorie des politischen Handelns und auf die Weise, in der sie mit der westlichen Tradition des politischen Denkens bricht.«³⁶

Arendt kritisiert nicht nur Marx, sondern die westliche politische Philosophie nach Sokrates' Tod im Allgemeinen, weil diese einen unnötigen Gegensatz zwischen Philosophie und Politik, Denken und Handeln geschaffen habe.³⁷ Seit dem politischen Denken Platons, das sich als Reaktion auf den brutalen Tod Sokrates' entwickelte, hatten Philosophie und Denken gegenüber Politik und Handeln, von denen sie sich nie wirklich haben loslösen können, den Vorrang. Handeln unterschied sich auch in zwei verschiedenen Komponenten als »Wissen« und »Tun«. Die Grundlage für die Entwicklung totalitärer Tendenzen war nicht nur bei Marx vorhanden, sondern auch in wichtigen Bereichen westlichen politischen Denkens, weil es sich in beträchtlichem Abstand zu genuiner politischer Praxis, verstanden als Politik aus den Bedingungen des Handelns, entwickelt hatte. Deshalb wünschte Arendt sehr, Philosophie und Politik, Denken und Handeln in ein engeres Verhältnis zueinander zu bringen, u. a. indem sie die nicht-hierarchischen Beziehungen zwischen ihnen unterstrich. Mir scheint, dass diese Denkweise selbst als Voraussetzung für die Abwehr totalitärer Tendenzen angesehen werden kann, weil dieses Weltverständnis in sich selbst anti-totalitär ist.

Sein oder Nicht-Sein

Wie die Arendt-Kennerin Margaret Canovan mit Recht betont, ist Arendts Gleichsetzung von Nazismus und Stalinismus mit Barbarei ein Echo des Denkens von Luxemburg über Barbarei: »Für Arendt repräsentierten sowohl Nazismus als auch Stalinismus Barbarei in einer Weise, die viel mehr als rhetorisch war. Aber hinter ihrer Analyse hallen die Worte von Rosa Luxemburg wider, die sie, ein Wort von Friedrich Engels aufnehmend, während des Ersten Weltkrieges geschrieben hatte: »Dieser Weltkrieg – das ist ein Rückfall in die Barbarei. Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur.«³⁸

Aber die Ähnlichkeit zwischen Hannah Arendt und Rosa Luxemburg macht hier nicht Halt. Auch in Bezug auf den Versuch, eine Heilkunde gegen totalitäre Tendenzen vorzugeben, klingt Arendt wie ein Echo auf Luxemburg. Für beide ist Revolution notwendig, weil sie totalitäre und barbarische Tendenzen zu stoppen wünschen, aber sie waren völlig unterschiedlicher Meinung in Bezug auf den Inhalt und den Umfang dieser anti-barbarischen und anti-totalitären Revolution. Während Hannah Arendt nur eine politische Revolution wünschte und sogar glaubte, dass eine soziale Revolution eben zu totalitären Tendenzen und Terror führen könnte, weil diese die Notwendigkeit, das Ziel-Mittel-Denken und das Mitgefühl in die politische Arenen einbezog, stellte Rosa Luxemburg sich eine umfassende politische, soziale, ökonomische und existenzielle Revolution vor,

2000/2001, Berlin 2001, S. 391-408 und: Ottokar Luban: Rosa Luxemburg – demokratische Sozialistin oder Bolschewistin?, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 2000/2001, Berlin 2001, S. 409-420.

35 Ralf Kulla: Revolutionärer Geist und republikanische Freiheit, a. a. O., S. 21.

36 Dana R. Villa: Arendt and Heidegger. The Fate of the Political, Princeton 1996, S. XI. Nicht überraschend diskutiert Villa Arendts Begriff des politischen Handelns, ohne diesen ins Verhältnis zu Luxemburgs Begriff zu setzen.

37 Siehe Hannah Arendt: Philosophy and Politics, in: Social Research, Band 57, Frühjahr 1990, S. 73-103. Vgl. auch: Margaret Canovan: Hannah Arendt. A Reinterpretation of her Political Thought, Cambridge 1992, S. 253-274.

38 Ebenda, S. 22. Vgl. Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie (1916), in: GW 4, S. 62.

die Barbarei vermeiden könnte. Bei der Frage nach der Revolution ging es Luxemburg und Arendt nicht nur darum, wie wir uns politisch, ökonomisch, sozial und existenziell künftig einrichten wollen, sondern es ging ihnen in höchstem Grade um die Frage des kulturellen Überlebens der Menschheit als solcher. Revolution und politisches Handeln waren eine Frage von Sein oder Nicht-Sein.

Luxemburgs und Arendts Form des politischen Handelns stellen für beide die beste Möglichkeit dar, barbarische und totalitäre Tendenzen abzuwehren. Arendt kritisiert besonders das traditionelle politische Denken, weil ihm in großem Maße ein Begriff des politischen Handelns fehlt, welcher Politik nicht zum Machen von Geschichte werden lässt. Rosa Luxemburg bietet eben diesen Begriff, den Arendt sucht und den sie als »ihren wichtigsten Beitrag zur politischen Theorie« bezeichnet.³⁹ Luxemburgs Begriff des politischen Handelns überschreitet ein rigides, hierarchisches Verhältnis zwischen Theorie und Praxis und auf diese Weise überschreitet er auch die traditionelle westliche politische Philosophie, wie Arendt sie beschreibt.

Die These des Totalitarismus, dass alles möglich ist, wird in der langwierigen und erfahrungsbasierten Revolutionsvorstellung von Rosa Luxemburg widerlegt, denn sie unterstreicht, dass Praxis und Erfahrung im Revolutionsprozess die Theorie korrigieren sollen. Erfahrungen vermitteln zwischen Theorie und Praxis, so dass revolutionäre Theorie und revolutionäre Praxis immer in Wechselwirkung zueinander stehen. Alles ist eben nicht möglich in Luxemburgs Revolution; die Erfahrungen setzen dem, was gemacht werden kann, ebenso Grenzen wie dem, was nicht gemacht werden kann. Rosa Luxemburg stellt Begriffe des anti-totalitären politischen Handelns und der Revolution vor, die Raum für Spontaneität geben. Der Kern der Sache ist aber die Wichtigkeit der Erfahrungen und die Offenheit gegenüber neuen Erfahrungen. Politisch zu handeln bringt unvorhersagbare Konsequenzen mit sich. Die dadurch gewonnenen Erfahrungen können deshalb nur im Nachhinein zusammengefasst werden, und man muss versuchen, aus diesen Erfahrungen zu lernen.

Arendt stellt einen Begriff des politischen Handelns vor, der viele Gleichheitszeichen mit dem Begriff bei Luxemburg hat. Es steht außer Zweifel, dass Arendts Begriff ein Echo auf Luxemburgs Begriff ist.⁴⁰ Auf diese Weise hatte der Marxismus seinen Anteil an dem, was Arendt als das wichtigste anti-totalitäre Element im Kampf gegen totalitäre Tendenzen betrachtete. Ihr Begriff unterscheidet sich aber von dem Luxemburgs u. a. dadurch, dass er weniger zielorientiert ist. Arendt kritisierte Marx und behauptete, dass er ein instrumentelles Politikverständnis hatte. Sie selber fürchtete so sehr, in den instrumentellen Graben zu fallen, über Politik in Ziel-Mittel-Kategorien zu denken, dass sie sich dem Verdacht ausgesetzt sieht, in den entgegengesetzten Graben gefallen zu sein, in dem die politischen Ziele eine untergeordnete Bedeutung haben und Politik und politisches Handeln zum Ziel an sich werden. Während politisches Handeln für Luxemburg sowohl ein Mittel ist, das sozialistische Ziel zu erreichen, als auch ein Ziel an sich, weil Menschen sich durch politisches Handeln entwickeln, scheint Arendt politisches Handeln auf das Ziel an sich zu reduzieren. Politisches Handeln ist für Arendt

39 Hannah Arendt: Rosa Luxemburg 1871-1919, a. a. O., S. 65.

40 Doch Arendt war in der Entwicklung des Begriffs des politischen Handelns auch von anderen Quellen inspiriert. So gibt Margaret Canovan: Hannah Arendt. A Reinterpretation of her Political Thought, a. a. O., S. 136-149, eine interessante Darstellung dieses Themas, erwähnt in dieser Diskussion aber nicht Rosa Luxemburgs Begriff des politischen Handelns.

einseitig durch Spontaneität, einen neuen Anfang und unvorhersagbare Konsequenzen aufgrund der Pluralität der Menschen charakterisiert. Arendt ist sich aber vollständig im Klaren darüber, dass politisches Handeln fast immer Ziele hat, aber dass die Resultate oft nicht mit den beabsichtigten Zielen übereinstimmen. Doch warnt sie mit Recht davor, politisches Handeln nur als ein Mittel zum Ziel zu verstehen; politisches Handeln muss immer auch ein Ziel an sich sein. Sowohl in Arendts als auch in Luxemburgs Begriff des politischen Handelns ist es möglich, sich Ziele zu setzen, ohne dass man notwendigerweise in einen instrumentellen Graben fallen muss.

Revolution und Freiheit

Arendt befürchtet, dass sich eine Revolution von einer politischen zu einer sozialen Revolution entwickelt, womit die Möglichkeiten des politischen Handelns und der Freiheit untergraben würden und damit auch ihr anti-totalitäres Potenzial. Politisches Handeln und politische Freiheit sind zwei Seiten derselben Sache: »(Politische) Freiheit ist nie verwirklicht, wenn das Recht auf aktive Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten den Bürgern nicht garantiert ist.«⁴¹ Eine erfolgreiche politische Revolution sollte deshalb Arenen schaffen und aufrechterhalten, in denen politisches Handeln und politische Freiheit zwei Seiten derselben Sache werden, weil »(...) Menschen nur in Bezug aufeinander (frei sein können), also nur im Bereich des Politischen und des Handelns; nur dort erfahren sie, was (an) Freiheit positiv ist und dass sie mehr ist als ein Nicht-gezwungen-werden. (...) Solange man handelt, ist man frei, nicht vorher und nicht nachher, weil Handeln und Freisein ein und dasselbe sind.«⁴² Auf die gleiche Weise wie Freiheit, die nur durch Handeln aktiviert wird, existiert Macht nur, wenn Menschen gemeinsam handeln, aber dann ist diese Gruppe von Menschen, die zusammen handelt, auch potenziell sehr machtvoll: »Macht entspricht der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals ein Einzelner; sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur solange existent, als die Gruppe zusammenhält.«⁴³ Im Gegensatz zu Macht ist Gewalt abhängig von Ziel-Mittel-Kategorien und kann nie Macht ersetzen, sondern sie nur zerstören. Das Macht-Potenzial der Menschen, die im Einvernehmen handeln, ist deshalb erheblich, auch wenn sie einem übermächtigen Gewalt-Apparat begeben.

Revolutionäre können sich nicht damit zufrieden geben, nur politische Arenen zu schaffen, in denen Politik nach den Bedingungen des Handelns praktiziert werden kann. Sie müssen auch imstande sein, sie über eine bestimmte Zeitperiode aufrecht zu erhalten. Arendt hoffte auf eine Revitalisierung und permanente Rolle des Rätessystems, das eine vorübergehende Rolle in vielen Revolutionen gespielt hatte. Aber ihre Überlegung ging nicht dahin, dass alle Menschen politisch aktiv beteiligt sein müssten. Die, die teilnehmen wollen, haben das selbst gewählt, ebenso wie die, die nicht teilnehmen wollen, dies selbst gewählt haben. Ihre Idee war, dass die politische Revolution einen klaren demokratischen und anti-totalitären Zuwachs bedeuten würde, indem eine größere Masse von Menschen

41 Hannah Arendt: *Über die Revolution*, a. a. O., S. 281.

42 Hannah Arendt: *Freiheit und Politik*, in: Hannah Arendt: *Zwischen Vergangenheit und Zukunft*, a. a. O., S. 201 und S. 206.

43 Hannah Arendt: *Macht und Gewalt* (1970), in: Hannah Arendt: *In der Gegenwart*, a. a. O., S. 174.

44 Hannah Arendt: *Thoughts on Politics and Revolution* (1970), in: *Hannah Arendt: Crises of the Republic*, New York 1972, S. 233.

45 Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution* (1918), in: *GW* 4, S. 259, Fußnote 3.

die Möglichkeit hat, im arendtschen Sinne politisch zu handeln und eben dadurch totalitäre Tendenzen abzuwehren. Aber sie war nicht besonders optimistisch in Bezug auf die Etablierung und Aufrechterhaltung von politischen Institutionen, die gegenüber einer politischen Teilnahme offener waren, »und doch vielleicht, und trotz alledem – im Kielwasser der nächsten Revolution.«⁴⁴

Politische Freiheit ist auch für Rosa Luxemburg von großer Wichtigkeit; doch ist die politische Freiheit gerade deshalb so besonders wichtig, weil Menschen erst durch sie die Möglichkeit bekommen, Erfahrungen zu machen, und aus den Erfahrungen auf dem Weg zu einer sozialistischen und demokratischen Gesellschaft hoffentlich etwas lernen. Freiheit ist ganz einfach eine wichtige und notwendige Voraussetzung einer erfolgreichen Entwicklung der Revolution. Die berühmten Worte aus Luxemburgs Pamphlet *Zur russischen Revolution* vom Herbst 1918: »Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden«⁴⁵ wurden eben im Kontext der Bedeutung der im Revolutionsprozess gemachten Erfahrungen geschrieben. Ohne diese Erfahrungen kann keine demokratische und sozialistische Gesellschaft verwirklicht werden. Was sie wissen müssen, um eine sozialistische Gesellschaft zu erschaffen, lernen die Revolutionäre im Revolutionsprozess durch politisches Handeln und politische Freiheit. Die Revolution muss deshalb langwierig sein, weil die Menschen im Kampf selbst durch Versuch und Irrtum lernen, was sie wissen müssen, um sich selbst leiten zu können. Nur in der Auseinandersetzung mit der bestehenden Gesellschaft, national wie international, ökonomisch wie politisch, individuell wie auch zusammen mit anderen, ist die Errichtung einer besseren Gesellschaft möglich.

Wenn die Mehrheit der Menschen nicht wünscht, für eine bessere Alternative zu kämpfen, ist Barbarei unumgänglich. Wie von Arendt formuliert, entspricht Macht der Tatsache, dass Menschen gemeinsam handeln. Und diese Form der Macht ist in Luxemburgs Revolutionsvorstellung die entscheidende, und sie entscheidet außerdem darüber, ob eine Revolution erfolgreich sein wird oder nicht. Aber Luxemburg argumentiert auch, dass Gewalt im Augenblick der Eroberung der Macht notwendig sein kann, wenn die Machthaber sich weigern, ihre Privilegien aufzugeben, und selbst Gewalt anwenden, um sich im Kampf gegen eine überlegene Macht, die sich auf die Mehrheit der Menschen gründet, zu schützen.

Der Marxismus stellt eine Vision der großen und allgemeinen Ziele dar, aber wie diese Ziele zu erreichen sind, werden die Menschen durch politisches Handeln im Revolutionsprozess herausfinden müssen. Dieser Erfahrungsprozess wird in der sozialistischen Gesellschaft nicht zu Ende sein. Nach Luxemburg hört die sozialistische Demokratie im gelobten Land nicht auf zu funktionieren, wobei diese Demokratie nicht existieren kann ohne die Möglichkeit, neue Erfahrungen zu machen. Auch der Sozialismus in der gelobten und klassenlosen Gesellschaft kann sich nicht von den Bedingungen des Lebens und dem Bedarf an ständigen neuen Erfahrungen auf dem Golgathaweg des Lebens freimachen.

Wahrscheinlich würde es zu einer Neubewertung von Arendts Verhältnis zum Marxismus führen, wenn sie vollständig akzeptiert hätte, dass Rosa Luxemburg zeitlebens Marxistin war. Hannah

Arendt spürte erfolgreich totalitäre wie auch anti-totalitäre Elemente der revolutionären Tradition in ihrer Gesamtheit auf; bezüglich der marxistischen Tradition jedoch, scheint sie eher bereit zu sein, die Verbindung Luxemburgs zum Marxismus aufzuweichen, als einzuräumen, dass Luxemburgs Begriff des politischen Handelns und ihre Vorstellung von Revolution wichtige anti-totalitäre Elemente innerhalb der marxistischen Tradition ausmachen. Ihrerseits scheint Arendt in ihrem eigenen Begriff des politischen Handelns und in ihrer Vorstellung der Revolution von diesen Elementen sehr beeinflusst zu sein. Arendts Kritik an Karl Marx führt sie auf einen Weg weg vom Marxismus, aber gleichzeitig bringt ihre gedankliche Nähe zur Marxistin Rosa Luxemburg sie der marxistischen Tradition wieder näher.

JOACHIM TESCH

Soziale Aspekte des Stadtbbaus

Die demographischen und sozialen Bedingungen für den Stadtbau verändern sich, allerdings regional sehr unterschiedlich.¹ Für die demographischen Entwicklungen ist das aus den inzwischen – ausgehend von den koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter – vorliegenden weiteren regionalisierten Prognosen deutlich erkennbar.² So bietet der »Wegweiser Demographischer Wandel« der Bertelsmann Stiftung, gestützt auf kompetente wissenschaftliche Einrichtungen, für rund 3 000 Kommunen mit mehr als 5 000 Einwohnern Basisdaten und Prognosewerte für 2020 sowie Handlungskonzepte an. Die Gemeinden sind nach 15 Demographietypen klassifiziert.³

Z. B. zählen zum Demographietyp »aufstrebende ostdeutsche Großstadt mit Wachstumspotenzialen« nach diesen Einschätzungen und Prognosen sieben Kommunen.⁴ Dazu gehören Leipzig und Dresden, die zusammen mit Chemnitz und Halle/Saale eine der europäischen Metropolregionen, das so genannte »Sachsendreieck« bilden (zu ausgewählten Indikatoren dieser Städte siehe Tabelle 1). An ihrem Beispiel lassen sich charakteristische Probleme des Umbaus von ost- und westdeutschen Städten mit großem und dauerhaftem Wohnungsleerstand auch unter sozialen Aspekten erörtern.

Tabelle 1:
Die Großstädte des »Sachsendreiecks«

Indikatoren	Leipzig	Dresden	Chemnitz	Halle
Einwohner 2003-2020 (%)	1,8	3,1	-16,7	-16,7
Anteil ab 60-Jährige 2003 (%)	27,7	27,1	30,9	27,0
Anteil ab 60-Jährige 2020 (%)	30,7	29,9	40,1	34,2
Erwerbstätigenquote 2003 (%)	45,6	52,6	51,3	47,1
Arbeitslosenquote 2003 (%)	23,6	17,8	21,8	25,5
Steuereinnahmen/Einwohner	474	542	415	335
Investitionen/Einwohner €	421	328	432	308
Kaufkraft €	26.176	29.099	28.321	26.372
Ant. HH m. ger. Einkommen (%)	30,1	23,6	24,5	31,8
Ant. HH m. hoh. Einkommen (%)	4,1	6,8	6,3	5,6
Sozialhilfequote (%)	6,5	3,3	3,1	6,1

Anmerkungen: HH - Haushalte. Soweit keine Jahreszahl angegeben ist, beziehen sich die Basiswerte auf 2003. Quelle: Bertelsmann Stiftung, a. a. O.

Joachim Tesch – Jg. 1933, Prof. Dr. sc. oec., letzte Berufsjahre (bis 1994) an der ehemaligen TH Leipzig, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre. Ausgewählte Veröffentlichungen seit 2003: Bauen in Leipzig 1945-1990 (Hrsg. u. Mitautor), Leipzig 2003; Demographischer Wandel, wachsende Einkommensarmut und Wohnungspolitik, in: UTOPIE kreativ, H. 177/178 (Juli/August 2005); Bauen und Wohnen, in: Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000, Berlin 2006.

1 Der Beitrag vertieft: Joachim Tesch: Demographischer Wandel, wachsende Einkommensarmut und Wohnungspolitik, in: UTOPIE kreativ, H. 177/178 (Juli/August 2005) und verallgemeinert Erkenntnisse, die der Autor bei der Erarbeitung einer Studie

Zahl und Altersstruktur der Einwohner

Einige Großstädte, wie Leipzig und Dresden, verzeichnen entgegen dem allgemeinen ostdeutschen Trend einen leichten Bevölkerungszuwachs, der auf einer zeitweiligen Verringerung des Geburtendefizits und vor allem auf Wanderungsgewinnen beruht. Letztere sind auf eine seit wenigen Jahren beobachtete Reurbanisierung zurückzuführen: Im Unterschied zu den Wanderungen der 90er Jahre ziehen neuerdings wieder mehr Menschen vom Lande in bestimmte Großstädte als umgekehrt. Entscheidend für ein weiteres Wachstum der Bevölkerung in diesen Städten ist, dass die Geburtendefizite auch zukünftig durch Wanderungsgewinne überkompensiert werden. Das ist allerdings unsicher – wie alle Wanderungsprognosen. Andere Großstädte, wie Chemnitz und Halle, verlieren weiterhin Einwohner.

Wesentlich sind die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. Auch bei wachsender Einwohnerzahl scheiden aus dem erwerbsfähigen Alter mehr Personen aus als eintreten. Deshalb erfolgt der größte Einwohnerzuwachs bei den nicht mehr im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen (vergleiche in der Tabelle 1 die Veränderung des Anteils der ab 60-Jährigen von 2003 bis 2020). Dagegen steigt die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter nach einem Rückgang nur langsam wieder an, ohne mittelfristig erneut das heutige Niveau zu erreichen. Noch gravierender ist die Alterung in den Städten mit Bevölkerungsrückgang (siehe Chemnitz und Halle).

Die für die Wohnungsnachfrage entscheidende Zahl der Haushalte entwickelt sich dynamischer als die Zahl der Einwohner, weil der Anteil der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte infolge der gesellschaftlichen Singularisierungstendenzen, des Zuzugs jüngerer Personen, der sinkenden Kinderzahl je Haushalt und des zunehmenden Anteils verwitweter Hochbetagter schneller als die Bevölkerung wächst.

Aber trotz der Zunahme der Zahl der Einwohner und der Haushalte in den aufstrebenden ostdeutschen Großstädten mit Wachstumspotenzialen existiert in allen diesen Städten infolge des immensen Bevölkerungsverlustes bis Anfang des jetzigen Jahrzehnts dauerhaft ein großer Überschuss an Wohnungen, d. h. Wohnungsleerstand. Z. B. werden in Leipzig von derzeit leer stehenden 50-55 000 Wohnungen dauerhaft 30-35 000 nicht benötigt. Noch gravierender ist die Entwicklung in den Städten, die weiterhin Einwohner verlieren.

Je gründlicher in diese Situation eingedrungen wird, desto unbefriedigender erweisen sich die bisher entwickelten und praktizierten Strategien des Stadtbbaus. Grundlegend ist das Leitbild, das sich aus unterschiedlichen Interessenlagen und Sichten ergibt: Zurück zur Stadt des 19. Jahrhunderts, gekennzeichnet durch einen Kern mit unmittelbar zugeordneten Vorstädten und einem klar umrissenen Rand? Was aber ist die europäische Stadt des 21. Jahrhunderts, nachdem in den vergangenen hundert Jahren zahlreiche Ort eingemeindet wurden und die Stadtgebiete heute aus vielen miteinander vernetzten »Fragmenten« bestehen? Letztlich ist die Frage jeweils konkret zu beantworten, auch abhängig von den unterschiedlich gewachsenen und jetzt existierenden Stadtstrukturen. In vielen Fällen wird das beeinflusst vom Anteil, der Einordnung und der weiteren

»Entwicklung der Rahmenbedingungen für einen sozialen Stadtbau in Leipzig bis 2020« (2005) im Auftrage der Fraktion der Linkspartei.PDS im Stadtrat zu Leipzig gewonnen hat.

2 Siehe empirica: Wirtschaft und Wohnen in Deutschland. Regionale Prognosen bis 2015 und Wohnungsmarktentwicklung bis 2030. Im Auftrage der DKB Deutsche Kreditbank AG. Dez. 2005. www.empirica-institut.de. Und: Bertelsmann Stiftung www.wegweiserdemographie.de, Februar 2006.

3 Ebenda.

4 Das sind Berlin, Dresden, Erfurt, Jena, Leipzig, Potsdam und Rostock.

Nutzungsmöglichkeit der Bausubstanz aus der Gründerzeit von vor 1914, die mittlerweile auch schon an die 100 Jahre und älter ist, einerseits, und den Großwohnsiedlungen aus der DDR-Zeit, den »Plattenbauten« andererseits. Die Gewichte sind ganz unterschiedlich. Als extreme Beispiele seien Görlitz mit der Dominanz der historischen Bausubstanz und Hoyerswerda mit der Dominanz der DDR-Neubauten genannt.

Soziale Entwicklungen

Stadtentwicklungsstrategien orientieren sich bisher stark an der demographischen Entwicklung, vernachlässigen dagegen aber Niveau und Entwicklung der Einkommen. Angesichts der wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung von Arm und Reich sind aber auch beim Stadtumbau sozialräumliche Aspekte stärker zu berücksichtigen.

Einen ersten Einblick in die unterschiedliche Situation der Städte gestattet ebenfalls die Tabelle 1: Leipzig hat von den drei sächsischen Großstädten die niedrigste Erwerbstätigenquote, die niedrigste Kaufkraft und den niedrigsten Anteil der Haushalte mit hohem Einkommen sowie zugleich die höchste Arbeitslosenquote, die höchste Sozialhilfequote und den höchsten Anteil der Haushalte mit geringem Einkommen. Der Ernst der sozialen Situation in Leipzig zeigt sich auch bei Vergleichen mit anderen Großstädten; selbst Halle weist z. T. bei einzelnen Sozialindikatoren positivere Werte aus.

Stadräumliche Aspekte der sozialen Situation

Arme und Reiche trennen sich in der Stadt zunehmend räumlich. So variierte in Leipzig zwischen den Ortsteilen der Anteil von Sozialhilfeempfängern im Jahre 2003 von 0,8 bis 21,1 Prozent; der Anteil der Arbeitslosigkeit schwankte zwischen 4 und 22,4 Prozent. Nach Beobachtungsergebnissen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung waren in Leipzig im Jahre 2002 über 60 Prozent der Stadtteile sozial benachteiligt; auch in Magdeburg, Halle und Dresden waren es noch mehr als 50 Prozent.⁵

Es handelt sich dabei nicht nur um ein ostdeutsches Phänomen, auch altindustrielle Gebiete in Westdeutschland sind davon betroffen: Am größten ist der betreffende Anteil in Gelsenkirchen.

In den sozial benachteiligten Stadtteilen existieren überdurchschnittlich viele einkommensschwache und sich in schwieriger sozialer Situation befindende Haushalte. In Leipzig hatten in acht Ortsteilen mehr als 75 Prozent der Haushalte ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 2 000 Euro. Entsprechend hoch waren die Anteile der Arbeitslosen sowie der Sozialhilfe- und Wohngeldempfänger. Not und Verzweiflung wachsen in diesen Ortsteilen; aufgestaute Wut äußert sich auch in der verstärkten Wahl von rechtsextremen Parteien.

Die mittelfristige Entwicklung der Einkommensverhältnisse ist vor allem durch den hohen Anteil der langzeitarbeitslosen Empfänger von Arbeitslosengeld II und den wachsenden Anteil der Rentner mit real sinkenden Renten geprägt, so dass selbst bei Annahme zukünftig wieder wachsender Einkommen der Erwerbstätigen das durchschnittliche Realeinkommen der Privathaushalte kaum steigen

5 Quelle: INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR, Nr. 6/Dezember 2004. S. 2.

dürfte. Das bremst die Nachfrage nach größeren Wohnungen und mehr Wohnfläche, im Gegenteil: eher wird die Nachfrage nach kostengünstigeren kleineren Wohnungen zunehmen.

Angesichts der divergierenden Einkommensentwicklung löst sich die räumliche Polarisierung von Arm und Reich in den Städten offensichtlich nicht auf, sondern verschärft sich. So droht in diesen Städten eine zunehmende sozialräumliche Segregation und Desintegration mit der Gefahr einer kumulativen Abwärtsspirale.

Konsequenzen für den Stadtumbau

Ohne verstärkten Rückbau dauerhaft überschüssiger Gebäude ist keine geordnete Stadtentwicklung möglich. Vielmehr verschlechtert sich die Lebensqualität der Stadt in vielen Ortsteilen, da angesichts einer hohen innerstädtischen Umzugsmobilität der Leerstand umverteilt und der Gebäudebestand mehr oder weniger zufällig »perforiert« wird. Welche Rolle spielen dabei soziale Aspekte?

Die »perforierte« Stadt

Das Konzept der »perforierten« Stadt ist Anfang des Jahrzehnts von der Leipziger Stadtplanung unter Verantwortung von Engelbert Lütke Daldrup⁶ entwickelt worden. Ausnahmslos alle Ortsteile sollten durchgängig baulich saniert und sozial stabilisiert werden. Die Vorstellung war, dass die Bebauungsstruktur der Stadt zwar »durchlöchert« wird – wobei möglichst nur minderwertige Bausubstanz herausfallen sollte –, aber insgesamt doch die Stadt als Ganzes ihren Charakter behalten könnte.

Inzwischen ist Ernüchterung eingetreten. Zunächst nicht beachtete bzw. erst entstandene, nun aber immer stärker wirkende Fehlentwicklungen und Widersprüche im Stadtumbau werden sichtbar und treten ins öffentliche Bewusstsein. Bei allen Fortschritten in der baulichen Sanierung verfallen in Städten mit großem Wohnungsüberschuss zahlreiche Gebäude in erhaltenswerten Quartieren und Häuserzeilen; so werden große Teile der Stadt ungeplant »perforiert«. Leerstehende Wohnungen und Einzelhandelsläden, mit Brettern vernagelt und abblätternen Plakaten beklebt, prägen das Bild an verkehrsreichen Straßen und in benachteiligten Ortsteilen. Haus einstürze und Brände in verlassenem Gebäuden häufen sich. Die Wirkungen des Abrisses einer größeren Zahl von nicht zusammenhängenden Wohngebäuden auf die stadttechnische Infrastruktur blieben bisher weitgehend ausgeblendet. Für die neu brachliegenden Flächen gibt es außer Rasenbegrünung kaum geeignete Verwendungen bzw. Verwertungen. Die Sanierung von verkehrsreichen Straßen hat in der Regel zu keiner Wiederbelebung leer stehender Wohnungen und Ladenräume geführt. In den benachteiligten Ortsteilen kommt es zu keiner nachhaltigen Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung. Die soziale Entmischung – Segregation – wird nicht aufgehalten. Einzelne Ortsteile werden zunehmend zu sozialen und politischen Problemgebieten.

Die Planung des Stadtumbaus – insbesondere Abriss und Aufwertung – greift bisher nur im kommunalen und zum Teil im genossenschaftlichen Wohnungsbestand; dagegen enthalten die Stadtentwicklungspläne keine Vorgaben für den Umbau bzw. Rückbau leer

6 Dr. Engelbert Lütke Daldrup war bis Ende 2005 in Leipzig Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau. Seitdem ist er Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bauwesen und Stadtentwicklung.

stehender Wohnungen in Privatbesitz, d. h. in Wirklichkeit findet keine integrierte Stadtentwicklung statt. Insgesamt droht eine verstärkte Entmischung der Einwohner in den verschiedenen Stadtgebieten nach sozialen Merkmalen. Damit verschiebt sich auch die politische Machtverteilung in der Stadt bis hin zum Wahlverhalten räumlich: hier die Privilegierten und dort die Ausgegrenzten.

Inzwischen distanzieren sich die Ideengeber der »perforierten Stadt« von ihrem ursprünglichen Konzept und suchen nach veränderten Strategien.

Leitbild »kompakte« Stadt – Vertreibung der Einwohner aus den DDR-Großwohnsiedlungen?

Als Gegenstrategie zur Perforierung erscheint das zunächst plausible Leitbild der kompakten Stadt, verbunden mit der Vorstellung, diese vom Rande her zurück zu bauen. So plädiert das selbst ernannte »Stadtforum Leipzig« für die Stadtschrumpfung im wörtlichen Sinne, das heißt den konzentrischen Rückbau der Stadt von außen nach innen. Da aber die heutige Stadt nach den vielen Eingemeindungen über keinen eindeutigen Rand mehr verfügt, entpuppt sich als eigentliche Forderung der Vorschlag, die »monofunktionalen und unflexiblen Großsiedlungen aus der DDR-Zeit« beschleunigt abzureißen – offensichtlich in der Hoffnung, dass dann deren Bewohner in die Gründerzeitwohnungen umziehen. Dabei ist auch das Eigentümerinteresse nicht zu übersehen: Die privaten Hausbesitzer erhoffen sich durch den Abriss der »Plattenbauten«, die sich ja vor allem im Besitz kommunaler und genossenschaftlicher Unternehmen befinden, wirtschaftliche Vorteile.

In Städten, in denen die »Plattenbauten« dominieren und die unter starkem Bevölkerungsverlust leiden, wie z. B. in Hoyerswerda oder auch in Halle-Neustadt, ist diese Richtung des Umbaus relativ nahe liegend: Hier werden vor allem die Großwohnsiedlungen zurückgebaut. Die genehmigten und geförderten Abrisse der letzten Jahre betrafen fast ausschließlich diesen Gebäudebestand. Die damit verbundenen sozialökonomischen Probleme sind am Beispiel der Mittelstadt Weißwasser von einer Forschergruppe des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle ausführlich untersucht und dargestellt worden.⁷

In Städten, die sowohl über einen umfangreichen älteren Wohnungsbestand als auch über neuere Großwohnsiedlungen verfügen, kann der Rückbau überschüssiger Wohnungsbestände in der Regel nicht allein durch den beschleunigten Abriss letzterer erfolgen. Leipzig steht als Beispiel für eine der vielen Städte, in denen der Rückbau wegen vergangener bzw. zukünftiger Bevölkerungsverluste notwendig geworden ist, aber nicht allein durch Abriss von DDR-Großwohnsiedlungen bewältigt werden kann. Dagegen sprechen die Lebensbedingungen und Wünsche der dort lebenden Einwohner sowie die infolge Hartz IV und zunehmender Altersarmut wachsende Nachfrage nach kostengünstigeren Wohnungen mit einer im Vergleich zu manchem einfachen Gründerzeithaus angemessenen Ausstattung, wie Untersuchungen des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle im größten Neubaugebiet Leipzigs – in Grünau – gezeigt haben.⁸ Infolge des Sterbefallüberschusses wird die Einwohnerzahl

7 Sigrun Kabisch, Matthias Bernt, Andreas Peter: Stadtumbau unter Schrumpfungsbedingungen. Eine sozialwissenschaftliche Studie, Wiesbaden 2004.

8 Sigrun Kabisch, Matthias Bernt, Annett Fritzsche: Grünau 2004. Einwohnerbefragung im Rahmen der Intervallstudie »Wohnen und Leben in Leipzig-Grünau«. Ergebnisbericht. UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig Halle im Auftrage der Stadt Leipzig, Dezernat Stadtentwicklung und Bau, 28. Februar 2005. S. 94. Vgl. auch Leipziger Amts-Blatt vom 19. 3. 05.

Leipzig-Grünaus zwar weiter abnehmen; aber die Wanderungsverluste verringern sich allmählich, da einerseits die Abwanderung abnimmt (also als Quelle für andere Ortsteile versiegt), aber andererseits mit der wachsenden Armut eines Teils der Bevölkerung wieder mehr Zuzüge erfolgen werden. Die an sich plausible Grundüberlegung, erhaltenswerte Stadtgebiete im Gründerzeitgürtel durch verstärkten Zuzug zu stabilisieren, lässt sich also offensichtlich nicht durch Schleifen der Großwohnsiedlungen erreichen.

Ein alternatives Leitbild – die durchgrünte, familienfreundliche Stadt!

Die bisherige Strategie des Umbaus ist in Städten mit großem dauerhaften Wohnungsleerstand und Stagnation der durchschnittlichen Haushaltseinkommen nicht aufrecht zu erhalten, denn dann verfallen in der Mehrzahl der Ortsteile die überzähligen Wohngebäude weiter und in den besonders benachteiligten Ortsteilen verschlechtern sich die Wohnverhältnisse unaufhaltsam.

Wesentliche städtebauliche und soziale Zielstellungen eines alternativen Leitbildes müssten sein:

- Urbanität und Erscheinungsbild der Stadt erhalten.
- Dazu die weitere Perforierung in Wohngebieten mit erhaltenswerter Substanz stoppen.
- Großgrün in die benachteiligten Stadtgebiete und an die Hauptstraßen bringen.
- Den Bewohnern der am stärksten benachteiligten Ortsteile – insbesondere Familien mit Kindern – zu besseren Wohnverhältnissen und freundlicherem Wohnumfeld verhelfen!
- Durch flächenbezogenes Abtrennen überflüssiger technischer Infrastruktur die Betriebskosten senken und eine größere Versorgungssicherheit erreichen.
- Die durch hohen Leerstand gefährdete wirtschaftliche Funktionsfähigkeit der Wohnungsunternehmen und privaten Hauseigentümer aufrecht halten.

Zur Verwirklichung dieser Ziele in ihrer Komplexität ist ein Paradigmenwechsel unabdingbar. Um sowohl die städtische Lebenswelt nachhaltig zu sichern als auch allen sozialen Gruppen, die von Ausgrenzung bedroht sind, Chancen für ökonomische, soziale und kulturelle Integration zu geben, ist eine neue Doppelstrategie notwendig:

- Einerseits ist für die Mehrzahl der benachteiligten Stadtteile weiterhin die bisherige Politik der allseitigen baulichen und der sozialen Stabilisierung zu verfolgen.
- Andererseits sind in einigen wenigen Ortsteilen in größerem Umfang noch z. T. bewohnte Blöcke und Quartiere ganz aufzugeben und umzuwandeln, um die weiter zu sanierenden benachteiligten Gebiete durch Einwohnerzuzug nachhaltiger zu stabilisieren. Infrage käme in erster Linie ein ringförmiger Rückbau – von außen nach innen – um alte Ortskerne bzw. Stadtteilzentren. Auf den frei gewordenen Flächen müssten dann weitere Parks u. ä. Anlagen entstehen.

Nahe liegt es, in Ortsteilen mit dem höchsten Wohnungsleerstand und wenig erhaltenswerter baulicher Substanz, aber größter sozialer Benachteiligung Blöcke und Quartiere großflächig aufzugeben.

Näher untersucht werden sollten die »doppelt benachteiligten« Ortsteile (in Leipzig von 69 Ortsteilen acht – siehe Tabelle 2, bis auf Grünau-Nord alles altstädtische Gebiet im Osten bzw. Westen Leipzigs), die sowohl die höchsten Anteile der Haushalte mit dem niedrigsten Nettoeinkommen als auch die höchsten anteiligen Wohnungsleerstände aufweisen.

Tabelle 2:

Ortsteile Leipzigs mit den höchsten Anteilen von Haushalten (HH) mit einem Nettoeinkommen von weniger als 2000 €/Monat und dem höchstem anteiligen Wohnungsleerstand im Jahre 2003, geordnet nach der Summe beider Werte

Ortsteil-Name	< 2 000 Euro % der HH	Leerstand % der WE
Schönefeld-Abnaundorf	72	31
Grünau-Nord	80	24
Neustadt-Neuschönefeld	75	29
Neulindenau	75	34
Altlingenau	80	30
Anger-Crottendorf	78	33
Lindenau	83	32
Volkmarsdorf	85	33

Quellen: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Bürgerumfrage 2003
Ergebnisübersicht, S. 84 – Ortsteilkatalog 2004.

Daten zu den Ortsteilen und Stadtbezirken der Stadt Leipzig, S. 247.

Entscheidend ist dabei, dass einkommensarme Haushalte beim Umzug in leer stehende Wohnungen der zu stabilisierenden Wohngebiete mit Übernahme der Umzugskosten und ggf. Umzugsprämien unterstützt werden. Im Prinzip müsste dabei dasjenige Vorgehen praktiziert werden, das bei den Großvermietern gang und gäbe ist: Aus einzelnen, nur noch teilweise bewohnten Gebäuden die Mieter in andere Gebäude umziehen lassen, die dann bessere Wohnbedingungen bieten und normal bewirtschaftet werden können, während die leer gezogenen abzureißen sind. Jedoch gibt es dabei einen gravierenden Unterschied: Die radikale Umgestaltung älterer einfacher Wohnquartiere aus der Zeit vor 1919 in einzelnen Ortsteilen und einigen verkehrsreichen Hauptstraßen berührt vielfältige und meist kleinteilige private Eigentumsverhältnisse. Das gleiche gilt auch überhaupt für Städte mit großem Einwohnerverlust, die über verhältnismäßig wenige DDR-Neubauten verfügen und wo deshalb Rückbau sowieso nur in älterer Bausubstanz erfolgen kann (wie z. B. in Görlitz).

Steuerung der sozialen Stadtentwicklung bei kleinteiligem Eigentum

Wie kann die Stadtentwicklung gesteuert werden, wenn die kommunale Wohnungsgesellschaft nicht mehr rückbauen kann (weil ihr Bestandsabbau an die zulässige Grenze stößt oder sie inzwischen ge-

gebenfalls an einen internationalen Finanzinvestor verkauft wurde – wie in Dresden), d. h. wenn vom Rückbau überwiegend kleinteiliges Privateigentum betroffen ist?

Das derzeit geltende Städtebaurecht und die aktuellen Förderprogramme ermöglichen den Umbau der Kerne und Zentren in den doppelt benachteiligten Ortsteilen, sind aber bei weitem nicht ausreichend, um im größeren Umfang flächenhafte Umgestaltungen im privaten kleinteiligen Hausbesitz vorzunehmen. Die mit der Novellierung des Baugesetzbuches geschaffene Regelung der »Stadtumbauverträge« bietet eine Handhabe für Einzelobjekte, aber nicht für den Umbau größerer Quartiere mit einer Vielzahl unterschiedlicher Eigentümer. Dazu sind weitergehende Eingriffsrechte der Kommunen in das Eigentum übereinstimmend mit dem Grundgesetz, Art. 14 und 15, erforderlich. In finanzieller Hinsicht erweisen sich besonders die auf den modernisierten und sanierten Immobilien lastenden Bankkredite als große Hürden.

Umgang mit Mitteln des Bundes, des Landes und der Kommune

Die traditionellen wohnungswirtschaftlichen Förderinstrumente kommen – abgesehen von der Kredit-Förderung über die KfW – unter den veränderten Bedingungen in Ostdeutschland kaum noch zum Einsatz, zumal die Eigenheimzulage ab 2006 entfallen ist. Die nach dem Wohnraumförderungsgesetz (WoFG) seit 2002 mögliche soziale Wohnraumförderung wird in Sachsen faktisch nicht mehr genutzt; im Freistaat sind im Jahre 2003 nur noch vier (!) Wohnungen (von 44 500 in Deutschland insgesamt) auf diesem Wege gefördert worden.

Die Städtebauförderung erfolgt über die Bundes- bzw. Bund-Länder-Programme »Soziale Stadt«, »Stadtumbau Ost«, »Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen« sowie »Städtebaulicher Denkmalsschutz«. Außerdem sind für den Stadtumbau auch Projekte im Rahmen der EU von Bedeutung.

Außer der knapp bemessenen Höhe der Fördermittel stellt auch ihre zweckgebundene Struktur ein Hindernis dar, da mindestens 50 Prozent im Stadtumbau für den Abriss eingesetzt werden müssen, was die Umgestaltung in Richtung einer familienfreundlichen, durchgrünten Stadt hemmt. Besonders restriktiv ist die Förderpolitik des Freistaates Sachsen: Im Unterschied zu anderen Bundesländern beharrt Sachsen ausdrücklich auf einem Anteil für Abriss von 80 Prozent, lässt also nur sehr einen geringen Anteil der Mittel für die Aufwertung des öffentlichen Raum und des Wohnfelds verwenden.

Wegen der unterschiedlichen Bedingungen des Stadtumbaus in den verschiedenen Städten und Kommunen sowie zur Verringerung des bürokratischen Aufwandes für die Antragstellung, Verwaltung und Abrechnung der Mittel wäre auf Bundes- und Landesebene die Zusammenfassung aller bisher nach Ressorts getrennten Programme und Mittel für die Stadtentwicklung in einem einheitlichen Fonds zweckmäßig, über deren Verwendungsstruktur auf der Ebene der Stadt eigenständig entschieden werden kann.

*Öffentliche Steuerung des Stadtumbaus
und die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger*

Mit der Neufassung des Baugesetzbuches im Jahre 2004 wurde den Gemeinden ein rechtliches Instrument zur Regelung des Stadtumbaus und zur Beteiligung der verschiedensten Akteure an entsprechenden Maßnahmen in die Hand gegeben, dessen differenzierte Möglichkeiten bewusster genutzt werden sollten – auch wenn sie für einen Strategiewechsel im sozialen Stadtumbau noch nicht ausreichen.

Die Hauptinstrumente zur Steuerung der baulichen Stadtentwicklung sind in Leipzig der Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung (STEP W + S) mit seinen Teilplänen und die entsprechenden Fördermöglichkeiten. Dabei kam es in den letzten Jahren zu Konflikten zwischen der Stadtverwaltung und Teilen der Bürgerschaft, bei denen es keiner Seite gelang, die andere von ihren jeweiligen Absichten und Vorstellungen zu überzeugen.

Wenn an einen Strategiewechsel mit größeren Abbrüchen noch teilweise bewohnter älterer Gebäude gedacht wird, ist es umso wichtiger, zu größerem Konsens zu gelangen. So werden in der Öffentlichkeit vor allem zwei Forderungen erhoben und an die Stadtverwaltung adressiert:⁹ Die Stadtverwaltung soll die Bürger in Zukunft früher in städtische Planungsverfahren einbeziehen und soll rechtzeitig informieren, welche Gebäude im Rahmen der Stadtbauplanung zum Abriss vorgesehen sind. Aus dem Umstand, dass sich Bürgerinitiativen direkt an die Stadtverwaltung wenden, folgern Kritiker, dass die Stadtpolitiker der Parteien und Stadtratsfraktionen ihrer Rolle nicht gerecht werden, und bezweifeln, dass überhaupt eine Ebene politischer Meinungsbildung existiert, die die Verwaltung steuert und kontrolliert.

Insgesamt steht auf dem Gebiet der Stadtentwicklung – wie auch auf anderen Gebieten des städtischen Lebens – die weitere Entwicklung der Demokratie in der Kommune auf der Tagesordnung. Für die Stadtverwaltung – und die Stadtratsversammlung – ergibt sich daraus selbstredend die Konsequenz, bürgerschaftliche Anregungen und Vorschläge gründlicher zu prüfen und möglichst aufzunehmen, im Interesse der Gesamtstadt für erforderlich erachtete Planungen und Maßnahmen der Öffentlichkeit aktiv, sachlich fundierter, überzeugender und vor allem rechtzeitiger zu vermitteln sowie dabei in einem demokratischen Prozess den erforderlichen Interessenausgleich herbeizuführen.

Um Einwohnerinnen und Einwohner zu ermutigen, sich an der Gestaltung ihrer Stadt zu beteiligen, muss über die bisher üblichen Formen der Bürgerbeteiligung hinausgegangen werden und sind Vorschläge für neue Gremien und Verfahren zu prüfen. Viel früher und stärker als bisher sind alle Akteure an der Planung und der Entscheidungsfindung zu Stadtentwicklung und Stadtumbau demokratisch zu beteiligen. Deshalb sollten für Bauplanungen auch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide – wie in Bayern und andernorts – ermöglicht und angestrebt werden.

*Das Programm »Soziale Stadt«, Quartiersmanagement
und Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger*

Sozialen Missständen in Ortsteilen mit »besonderem Entwicklungsbedarf« wird mit investiven und sonstigen Maßnahmen aus dem Programm »Soziale Stadt« entgegengewirkt. Leipzig hat die altstädti-

9 Vgl. Florian Dieckmann, Anett Blaschke: Aus den Leipziger Abrissprotesten Lehren ziehen, in: Heimat, Moderne. Experimentale 1. Heft 2. Hg.: Jan Wenzel für Experimentale e. V., Leipzig 2005. S. 68 ff.

schen Gebiete im Osten und Westen sowie Grünau als Schwerpunkte des öffentlichen Mitteleinsatzes festgelegt.

Aktivierung und Beteiligung der Bevölkerung sind wichtige Programmziele: zentrales Anliegen der Stadtteilentwicklung ist, das eigenständige Stadtteilleben zu erneuern, den sozialen Verbund wieder herzustellen, alle vorhandenen Potenziale zu stärken und die Bewohner zu motivieren, in Initiativen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren.

Um Regelstrukturen für eine integrierte Stadt(teil)entwicklungspolitik zu etablieren, muss das Verwaltungshandeln um die räumliche Dimension erweitert werden, muss es sich stärker an Stadt- bzw. Ortsteilen und den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern orientieren. Neu ist die Forderung nach einem ganzheitlichen Gebietsbezug der Aktivierungs- und Beteiligungsansätze: die Überwindung von Ressortgrenzen, der eindeutige Gebietsbezug sowie der Aufbau kooperativer Strukturen in der Stadtverwaltung. Dabei kommt es darauf an, für neue Prozesse und Ideen offen zu sein und vielfältige Methoden in Abhängigkeit von der örtlichen Ausgangssituation anzuwenden, auch wenn dies oft mit konkreten Projekt-, Zeit- und Ergebniserwartungen der Verwaltung kollidiert.

Eine erfolgreiche Beteiligung und Aktivierung der Quartiersbevölkerung erfordert Entscheidungsbefugnisse vor Ort (Verfügungsfonds, Raumhaushalte), realistische Erwartungen in der Bewohnerschaft, transparente Verfahren, kontinuierliche Präsenz von Fachleuten vor Ort und offene Anlaufstellen mit niedrigschwelligen Angeboten für Männer und Frauen. Dabei ist es ein wichtiges Ziel, den sozialen und den städtebaulichen Bereich als zentrale Achsen zusammen zu führen.

Das Quartiersmanagement sollte in den benachteiligten Stadtteilen fortgesetzt werden, zumal mit dem angestrebten Strategiewechsel neue Aufgaben hinzukämen, unterschiedlich, je nachdem, ob es sich um Wegzugs- oder Zuzugsquartiere handeln würde, zumal beim zukünftigen Schwerpunkt privater Hausbesitz im Unterschied zu den kommunalen und genossenschaftlichen Vermietern keine Sozialhelfer o. ä. existieren. Wesentlicher sozialpolitischer Aspekt ist dabei, Hilfe als Unterstützung bei der Partizipation und nicht als Gewährung von Gunst anzulegen und schon gar nicht als Kontrolle der Personen zu verwirklichen.

Einige generelle Schlussfolgerungen

Die Öffentlichkeit der Städte mit einem dauerhaften Wohnungsüberschuss ist auf den notwendigen Strategiewechsel in der Stadtentwicklung ungenügend vorbereitet. Hartnäckig halten sich Illusionen in weiten Kreisen der Bevölkerung. Dabei wird der Linkspartei.PDS häufig unterstellt, sie setze sich nur für die »Plattenbauten« ein, habe aber keine Position zur Stadtentwicklung als Ganzes.

In dieser Situation stehen die Stadtratsfraktionen in der Verantwortung, *erstens* ihre Rolle in Bezug auf die weitere Umgestaltung der Stadt inhaltlich genauer zu bestimmen sowie dabei *zweitens* ihre Beziehungen einerseits zu den Bürgern und andererseits zur Stadtverwaltung strategischer auszurichten.

Inhaltlich haben die Stadt und die im Rat vertretenen Parteien angesichts des dauerhaft überschüssigen Wohnungsbestandes nur eine

auf die Zukunft gerichtete Option: Es wird eine eigenständige präventive Strategie aus gesamtstädtischer Sicht entwickelt, die unter sozialen, baulichen und anderen Aspekten zu partiellen Quartierumwandlungen in einigen wenigen, sorgfältig zu bestimmenden Ortsteilen führt und zugleich die Wohnverhältnisse der sozial Benachteiligten verbessert.

Wichtig ist aber vor allem auch, dass vorhandene, historisch erworbene Einflussmöglichkeiten der Kommune auf die soziale Stadtentwicklung bewahrt und verteidigt werden. Das betrifft in diesem Zusammenhang die öffentliche Verfügung über städtischen Grund und Boden und städtische Wohnungsunternehmen sowie die Stadtplanung und relevante Teile der Bauverwaltung.

Zu achten ist darauf, dass städtebauliche Strategien zum Rückbau mit den betriebswirtschaftlichen Belangen der Wohnungs- aber auch der kommunalen Ver- und Entsorgungsunternehmen abzustimmen sind. Vor allem gilt, dass die Stadterneuerung in den älteren Gebäudebeständen ohne die Mitwirkung der privaten Hausbesitzer nicht gelingen kann.

Die strategische Ausrichtung der Beziehungen der Stadträte zu den Bürgern und zur Stadtverwaltung zielt ausdrücklich in beide Richtungen: Die Fraktionen sollten selbstverständlich im Stadtrat und gegenüber der Verwaltung die wohlverstandenen Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten. Umgekehrt dürfen die Fraktionen sich nicht unkritisch der Fachkompetenz der Stadtverwaltung ausliefern. In diesem Zusammenhang lenken Kritiker den Blick auf das personelle Problem der politischen Willensbildung. Demnach stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Bürger und Stadtratsmitglied. Je mehr Menschen diese Arbeit schultern, desto langfristiger, stabiler und konfliktfähiger sind politische Forderungen angelegt, die gegebenenfalls Positionen der Verwaltung entgegengehalten werden können.

Aktive inhaltliche Arbeit innerhalb von Bürgerinitiativen oder Parteien stellt die Ausbildung einer politischen »Gegenbürokratie« zur Stadtverwaltung dar, die unter anderem die laufenden Ereignisse und Verfahren dokumentiert, die Selbststeuerungsprozesse der städtischen Verwaltung kontrolliert, den politischen Prozess beobachtet, Möglichkeiten politischer Intervention rechtzeitig identifiziert und das politische Handeln der Bürger organisiert und koordiniert.

RONALD LÖTZSCH

Die SED-beherrschte DDR

Ein Arbeiter-und-Bauern-Staat, frei von Ausbeutung?

Wenn die PDS politisch überleben will, muß sie eine Programmatik entwickeln, die geeignet ist, aktive Mitstreiter, Sympathisanten und nicht zuletzt Wähler zu mobilisieren. Entsprechende Ziele zu formulieren und überzeugend zu propagieren, wird uns jedoch nur gelingen, wenn wir mit unserer Vergangenheit ins Reine kommen.

Das ist nicht nur die Geschichte der SED und des von ihr geschaffenen und über 40 Jahre beherrschten Staates. Vieles wird nur begreifbar, wenn die enge Verstrickung dieser Partei und ihrer Vorläuferin, der KPD, in die widerspruchsvolle Entwicklung der KPdSU und der Sowjetunion in die Erörterung mit einbezogen werden.

Dies gilt insbesondere für eine Frage, die merkwürdigerweise in der Diskussion über das Scheitern des »realen Sozialismus« so gut wie keine Rolle spielt. Ich meine die Frage, ob die von den kommunistischen Parteien ständig verkündete Losung, es gehe ihnen um die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, dort, wo sie an der Macht waren oder noch sind, tatsächlich verwirklicht wurde. Schon die Fragestellung mag manchen Genossen schockierend erscheinen, und dies ist wohl auch der Grund, warum das Problem selbst auf wissenschaftlichen Konferenzen der PDS allenfalls gestreift wird. Gewisse Ansätze zu einer Behandlung gab es auf der Stalinismus-Konferenz der PDS am 17. und 18. November vorigen Jahres.¹

Nun wird nicht jeder der Gleichsetzung der Begriffe »Realsozialismus« und »Stalinismus« zustimmen. Wolfgang Ruge z. B., der auf der erwähnten Konferenz eine auf eigenes tragisches Erleben gestützte erschütternde Beschreibung des von Stalin in der Sowjetunion etablierten und bis zu dessen Tode praktizierten Terrorregimes gab, möchte den Terminus »Stalinismus« auf eben dieses System beschränken.² In der Tat sind die z. T. erheblichen graduellen Unterschiede zwischen den chronologischen oder »nationalen« Spielarten »realsozialistischer« Systeme nicht zu übersehen. Wenn Ruge den Stalinismus als ein »Herrschaftssystem sui generis« versteht, das sich nicht in das herkömmliche Schema der Gesellschaftsformationen einordnen lasse, dann kann er dafür gewichtige Argumente geltend machen. Eines der schwerwiegendsten dürfte darin bestehen, daß das stalinistische Gesellschaftssystem Elemente aller bisherigen Gesellschaftsordnungen enthält, selbst solche des Feudalismus und der Sklaverei. In der Tat wurde unter Stalin auch die millionenfache Ausbeutung von Sklavenarbeit untrennbarer Bestandteil der »Volkswirtschaft«. Spezielle Abteilungen des NKWD

Ronald Lötzsch – Jg. 1931, Prof. Dr., Sprachwissenschaftler und Minderheitenforscher, 1951-1956 Studium in Leningrad, 1956-1957 wiss. Assistent am Slawischen Institut der Universität Leipzig, danach bis 1960 in Haft wegen angeblicher Beihilfe zum Staatsverrat (Urteil 1990 vom Obersten Gericht der DDR kassiert), 1961-1991 Mitarbeiter der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin bzw. der ADW der DDR, 1993-1995 Inhaber des Lehrstuhls für sorabistische Sprachwissenschaft und Leiter des Instituts für Sorabistik der Universität Leipzig, seit 1998 Mitglied der Leibniz-Sozietät, zuletzt in UTOPIE kreativ: Widersprüche in der bundesdeutschen Minderheitenpolitik, Heft 188 (Juni 2003).

Der Beitrag entstand 1991 und wurde mit einigen Kürzungen und minimalen redaktionellen Änderungen in der Beilage zu Nr. 15/1991 der PDS-Wochenzeitung »Berliner Linke« veröffentlicht. Hier wird er erstmals vollständig wiedergegeben.

1 Vgl. Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17./18. November 1990, Berlin 1991.

2 Vgl. Wolfgang Ruge: Zum Problem des Stalinismus, ebenda S.78 ff., auch: Wolfgang Ruge: Stalinismus – Versuch einer Begriffsbestimmung, in: Wolfgang Gehrcke (Hrsg.): Stalinismus – Analyse und Kritik – Beiträge zu einer Debatte, Pahl-Rugenstein Nachf. Bonn 1994, S. 9 ff.

hatten dafür zu sorgen – entsprechende Dokumente wurden inzwischen veröffentlicht –, daß mit Beginn der Arbeiten an den jeweiligen »Großbauten des Sozialismus« auch die Straflager rechtzeitig gefüllt waren.

Nun wird niemand behaupten wollen, dies sei auch in der DDR nicht anders gewesen. Überhaupt wird eine sachliche Analyse m. E. noch erweisen, daß die spezifische Ausprägung, die das auch hier im wesentlichen von außen übergestülpte stalinistische System in der DDR erfuhr, uns nicht nur vor dieser barbarischsten Komponente des originären Stalinismus bewahrte. Die Ursachen hierfür waren sicher vielfältig. Der Hauptgrund war wahrscheinlich, daß die noch über das Kriegsende hinausreichende Zusammenarbeit in der Anti-Hitler-Koalition die Sowjetunion in dem durch die Rote Armee besetzten Teil Deutschlands zu Rücksichten zwang, auf die Stalin und seine Erfüllungsgehilfen in den anderen »Bruderstaaten« verzichten zu können glaubten. Wohl nicht zuletzt deshalb spielten aufrechte Antifaschisten, nicht nur Kommunisten, in den ersten Jahren nach der Befreiung eine keineswegs zweitrangige Rolle. Ihr Bestreben, eine wirklich antifaschistisch-demokratische Ordnung zu errichten, ist über jeden Zweifel erhaben. Erst in dem Maße, wie sich der Kalte Krieg verschärfte, erhielten Apparatschiks Ulbrichtscher Prägung und ihre Büttel vom Typ eines Honecker oder Mielke den Auftrag und die Möglichkeit, die aufrechten Demokraten allmählich in den Hintergrund zu drängen und schließlich völlig auszuschalten.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet Ulbricht später zu Einsichten gelangte, die ihn gegen das Ende der 60er Jahre bei der Führungsspitze der KPdSU in Ungnade fallen ließen. Mit deren Auffassung von der »reinen Lehre des Marxismus-Leninismus« war eine »sozialistische Menschengemeinschaft«, die für die Phase der »relativ selbständigen Formation des Sozialismus« auch einen – zumal für das Funktionieren der Wirtschaft – nicht unerheblichen Anteil privaten Unternehmertums mit einschloß, natürlich völlig unvereinbar. Nun wagten auch die bis dahin zuverlässigsten Stützen des Ulbricht-Regimes, Honecker und sein Anhang, die Palastrevolution, die den Abweichler schließlich aufs Altenteil beförderte.

In diesem Zusammenhang ist ein Aspekt für die hier gestellte Frage interessant. Viele Genossen werden sich noch erinnern, welche pseudowissenschaftlichen Klimmzüge es auslöste, wenn in parteiinternen Diskussionen die Frage aufgeworfen wurde, ob in den in der DDR noch bestehenden Privatbetrieben die Werktätigen weiter ausgebeutet würden. Denn daß die Erträge dieser meist florierenden Betriebe sich unmittelbar auch in einem überdurchschnittlichen Einkommen der Unternehmer niederschlugen, fiel selbst dem Außenstehenden auf. Doch in einem von einer »marxistisch-leninistischen« Partei geführten »Arbeiter-und-Bauern-Staat« durfte es selbstverständlich keine Ausbeutung geben.

Auch in der Landwirtschaft kam es außerhalb der Sowjetunion zu erheblichen Abweichungen vom »klassischen« stalinistischen Modell. Auf eine Verstaatlichung von Grund und Boden wurde überall verzichtet. Die Führung der PVAP wandte sich im Oktober 1956 grundsätzlich gegen eine zwangsweise Vergenossenschaftlichung, rechnete sich das Festhalten an der Einzelbauernwirtschaft als ihren

spezifischen Beitrag zur »Bereicherung der theoretischen Schatzkammer des Marxismus-Leninismus« an und hielt diese Linie bis zum Ende ihrer Herrschaft durch. In der DDR wurden zwar die meisten Bauern 1959 im Rahmen einer von der SED gestarteten Kampagne alles andere als begeisterte LPG-Mitglieder. Nach anfänglichen Schwierigkeiten war die »sozialistische« Landwirtschaft jedoch immerhin in der Lage, im wesentlichen die Selbstversorgung der DDR-Bevölkerung zu gewährleisten. Allerdings auf Kosten einer echten Rentabilität, der Bodenfruchtbarkeit und extremer Belastung der Umwelt.

Jedenfalls ist die Frage keineswegs abwegig, ob die »sozialistische Staatengemeinschaft« angesichts solcher Unterschiede im Prinzip dennoch ein einheitliches Gesellschaftssystem »sui generis« bildete, das trotz aller spezifischen Ausprägung in den einzelnen Ländern letztlich doch auf dem »klassischen« Stalinismus aufbaute. Nach meiner Überzeugung überwogen die Gemeinsamkeiten die Unterschiede bei weitem.

Die entscheidende Übereinstimmung war die vollständige politische Entmündigung des Volkes, die »Entfremdung der Werktätigen von der politischen Macht« (Einschätzung der 19. Parteikonferenz der KPdSU).³ Die unter demagogischem Mißbrauch sozialistischer Ideale und Losungen erschlichene absolute Macht Stalins und seiner Komplizen in Partei und Staat bedeutete den Abschluß einer politischen Konterrevolution. Alle Macht konzentrierte sich nun in den Händen einer »sich allmählich zur Klasse entwickelnden parasitären Bürokratie« (Mario Keßler auf der Stalinismus-Konferenz).⁴

Auch in der DDR war dies im Prinzip nicht anders. In einem Interview, das ND in der Ausgabe vom 8./9. Dezember 1990 veröffentlichte, verwies der bekannte Mannheimer Historiker Hermann Weber auf die Übereinstimmung in der Machtausübung, »deren Kern die Allmacht, die Diktatur der kommunistischen Partei bildet, die mit Hilfe der politischen Polizei (in der DDR des MfS) das gesamte öffentliche Leben bestimmt«. Dem muß man wohl zustimmen. Allerdings scheinen mir die Proportionen etwas verschoben. In der Anfangsphase mag die Partei sowohl in der Sowjetunion als auch in der DDR noch über den direkten Unterdrückungsapparat dominiert haben. Sobald sich jedoch stalinistische Strukturen im eigentlichen Sinne durchsetzen, untersteht dieser Apparat nur noch unmittelbar dem Diktator bzw. dem obersten Exponenten einer wegen ihrer Unabsetzbarkeit im Endergebnis zwangsläufig zur Gerontokratie verkommenden Oligarchie, genannt Politbüro. Er wird nunmehr nicht nur zur Unterdrückung des Volkes überhaupt, sondern auch zur Disziplinierung der Parteibasis mißbraucht.

Stalinismus in allen seinen Spielarten bedeutet aber nicht nur politische Entmündigung des Volkes. Die 19. Parteikonferenz der KPdSU konstatierte außerdem die »Entfremdung der Werktätigen von den Produktionsmitteln«. Insbesondere die während der »allgemeinen Kollektivierung der Landwirtschaft« mit brutalsten Mitteln durchgesetzte »Entfremdung der Bauern vom Boden« bedeutete, daß die gesellschaftliche Entwicklung hinter die französische Revolution zurückgeworfen wurde, eine Art Refeudalisierung (so Klaus Kinner auf der Stalinismus-Konferenz).⁵ Auch über die verstaatlich-

3 28. 6. bis 3. 7. 1988, Moskau.

4 Vgl.: Mario Kessler, Yvonne Thron: Entscheidung für den Stalinismus? – Die Bolschewisierung in KPD und Komintern, in: Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen, Berlin 1991, S. 25.

5 Vgl. Klaus Kinner: Die KPD und die Demokratie von Weimar, in: Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen, Berlin 1991, S. 10 ff., auch: Klaus Kinner: Das Jahr 1928 – Die verlorene Alternative zu Stalin, in: Wolfgang Gehrecke (Hrsg.), S. 57 ff.

ten bzw. formal vergenossenschaftlichten, auf alle Fälle aber demagogisch zum gesellschaftlichen Eigentum erklärten Produktionsmittel verfügt nun die gleiche Kaste, die ohne jede Legitimation durch das Volk die politische Macht ausübt. Selbst dort, wo – wie in der ehemaligen DDR – der Boden noch de jure Eigentum der Bauern ist, können diese nicht frei darüber entscheiden, was darauf anzubauen ist. Die fast überall im »realen Sozialismus« proklamierte »Mitbestimmung der Werktätigen« wird zur reinen Farce. Die Gewerkschaften sind zur »Transmission« der Staatspartei umfunktioniert, ihre Funktionäre zu Jasagern und Statisten degradiert. Das Produktionsergebnis bzw. der Erlös daraus werden vom Staat, auf dessen Entscheidungen der einfache Bürger keinerlei Einfluß hat, im Grunde genommen konfisziert. Die Verteilung erfolgt nicht über den praktisch liquidierten Markt, sondern weitgehend ebenfalls durch die Bürokratie, deren Festlegungen nicht selten eine auch nur annähernde Sachkenntnis vermissen lassen. Auf der Strecke bleiben langfristig nicht nur die Interessen der Produzenten, sondern auch die der Reproduktion selbst, von der natürlichen Umwelt ganz zu schweigen. Sich jahrzehntelang hinquälende Stagnation mit ständiger Verschlechterung der Lebensverhältnisse sind vorprogrammiert.

Die Werktätigen, auch viele von denen, die sich ursprünglich sozialistischen Idealen verpflichtet glaubten, sehen sich zunehmend um die Früchte ihrer Arbeit betrogen und verlieren schließlich jedes Interesse an ihr und an dem gesellschaftlichen System, das sie in diese Lage gebracht hat. Hinzu kommt, daß die offizielle Propaganda ihnen ständig einzureden versucht, wie gut es ihnen im Vergleich zu ihren »ausgebeuteten Klassenbrüdern« in den kapitalistischen Ländern doch gehe. Da sie selbst angeblich die »Errungenschaften des Sozialismus« genießen, werden sie anfällig für Losungen wie »Nie wieder Sozialismus!« und wählen bei den ersten geheimen Wahlen diejenigen, die sich am lautstärksten antisozialistisch gebärden.

Die DDR und andere relativ entwickelte »realsozialistische« Länder haben dies bereits hinter sich. Ihre Bevölkerung kann nun am eigenen Leibe erfahren, wodurch sich das neue vom alten System unterscheidet. Die Schlußfolgerungen werden von Mensch zu Mensch, von Klasse zu Klasse, aber auch von einer Katastrophe zur anderen unterschiedlich sein. Auch der vielbeschworene »einfache Mann auf der Straße«, der mehrheitlich das alte System ablehnte und deshalb Schwarz wählte, wird zunehmend desillusioniert. Denn wiederum muß er mehrheitlich feststellen, daß er der versprochenen Segnungen des als »freie«, »soziale« und gar »ökologische« Marktwirtschaft gepriesenen real existierenden Kapitalismus durchaus nicht im erwarteten Maße teilhaftig wird. Manche wird dies sogar zu der Einsicht veranlassen, daß das alte System bei aller pseudosozialistischen Demagogie in der Tat auch nicht zu unterschätzende reale soziale Vorteile bot, die nicht nur der herrschenden Bürokratie zugute kamen. Hier gilt es anzuknüpfen, um das Recht auf Arbeit, Wohnung und Kinderbetreuung durchzusetzen und gleichzeitig zu verhindern, daß wieder wie im gescheiterten »Sozialismus« bzw. noch immer wie auch im Kapitalismus, auf lange Sicht die Wirtschaft untergraben und die Umwelt vernichtet wird. Daß es dazu noch langwierigen politischen Kampfes bedarf, liegt auf der Hand. In dem Maße je-

doch, wie es gelingt, der herrschenden Klasse solche Zugeständnisse abzutrotzen, verbessern sich auch die Voraussetzungen für die Erreichung des Fernziels demokratischer Sozialisten, für die Überwindung der die Existenz der Menschheit in vielfältiger Hinsicht bedrohenden Kapitalsherrschaft.

Auf keinen Fall aber sollten wir uns durch die Enttäuschung breiter Bevölkerungsschichten über die Auswirkungen der in Kolonialmanier vollzogenen Restauration des Kapitalismus verleiten lassen, unsere Vergangenheit nostalgisch zu verklären. Auch die relative soziale Sicherheit, die der Durchschnittsbürger, vorausgesetzt, er verhielt sich genügend angepaßt, in der DDR genoß, ändert nichts an der in Verlautbarungen der PDS wiederholt getroffenen Feststellung, daß der »(real existierende) Sozialismus« zu keinem Zeitpunkt der Geschichte die Qualität einer sozialistischen Gesellschaft besaß.

Welchen Charakter hatte er aber dann?

M. E. müssen wir uns als Partei zu der Einsicht durchringen, daß das letztlich von Stalin und seinen Anhängern unter spezifischen inneren und äußeren Bedingungen errichtete Gesellschaftssystem ungeachtet aller Modifizierungen, die es bei seiner Ausdehnung über die Grenzen der Sowjetunion hinaus und auch dort nach 1953 erfuhr, eine bisher einmalige Ausprägung der Ausbeutergesellschaft darstellte. Und zwar eine besonders perfide. Denn etablieren und ausbreiten konnte es sich nur unter Mißbrauch der Ideale und Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung. Um die Werktätigen davon abzuhalten, für ihre ureigensten Interessen einzutreten, wird die pseudo-sozialistische Demagogie, wie insbesondere die Situation in den Ländern zeigt, in denen das System noch immer dominiert, bis zum endgültigen Fiasko beibehalten. Um so verheerender sind dann die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Folgen des Zusammenbruchs.

Bei allen Besonderheiten, die das politische, wirtschaftliche und soziale System der nun wieder bedingungslos dem Kapital ausgelieferten DDR aufwies, muß diese bittere Erkenntnis auch für den »ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden« gelten. Sie sollte uns nicht zur Resignation, sondern zu verstärkten Bemühungen um wahren Fortschritt im Sinne des Überlebens der Menschheit veranlassen.

ISABEL ERDEM

Anti-deutsche Linke oder anti-linke Deutsche?

Eine sachliche Betrachtung

Bei dem Begriff »antideutsch« klingeln bei deutschen Linken die Alarmglocken und man ist versucht, das Gespräch – so man es friedlich beenden möchte – auf ein unverfänglicheres Gebiet zu lenken oder aber den Anlass zu einer kontroversen und hochemotionalen Diskussion zu nutzen, die für gewöhnlich in einer ganz und gar unfriedlichen Trennung gipfelt. Beschimpfungen wie »antisemitisch«, »rassistisch«, »proisraelisch«, »proislamistisch« und »antiamerikanisch« werden von allen Seiten völlig sinnentfremdet eingesetzt.

Selten haben sich an einem Thema so die linken Geister geschieden, wie seit Jahren an den antideutschen Ideen. Der Konflikt eskaliert regional derart, dass sich personell unterbesetzte Gruppen spalten und linke Organisationen auseinander brechen. So sehr die Diskussion um die Antideutschen die radikale Linke immer noch erschüttert und verwirrt, so sehr geht sie an der übrigen Öffentlichkeit – von linksliberal bis Neue Rechte – ganz und gar vorbei. Dies ist beruhigend und bedenklich zugleich.

In einigen Kreisen jedoch stößt die Entwicklung innerhalb der Linken auf größeres Interesse. Unter der Überschrift »Linksextremisten demonstrieren gegen Linksextremisten« berichtete der Berliner Verfassungsschutz im Juli 2004 folgendes: *»Rund 200 linksextremistische so genannte Antideutsche zogen am 10. Juli 2004 vom Hermannplatz bis zum Heinrichplatz, um »Gegen den antizionistischen Konsens. Schluss mit der antisemitischen Gewalt in Kreuzberg und Neukölln« zu protestieren. Als Adressaten für die Vorwürfe sehen die Antideutschen die linksextremistischen Antiimperialisten. Begleitet wurde der Aufzug der Antideutschen am Sonnabend von ebenso vielen Gegendemonstranten aus dem antiimperialistischen Spektrum. Die Kontrahenten lieferten sich verbale Auseinandersetzungen, in denen sich beide Lager z. B. Rassismus vorwarfen. Gegenseitig wurde darüber hinaus die Parole »Nazis raus« skandiert – bezogen auf den jeweiligen Gegner aus dem linksextremistischen Spektrum. Zudem kam es zu mehreren Rangeleien, in deren Verlauf Eier und Tomaten, aber auch Flaschen und Steine geworfen wurden. [...] Anlass der Demonstration war eine Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der antideutschen Gruppe »Kritik und Praxis« und Mitgliedern der Gruppe »Revolutionäre Kommunisten« beim »Karneval der Kulturen« am 30. 05. 04, wobei ein Mitglied der »Revolutionären Kommunisten« ein »Kritik und Praxis«-Mitglied mit einem Messer am Oberschenkel verletzte. [...] In der sehr emotional geführten Diskussion zwischen antideutsch und antiimperialistisch geprägten linksextremistischen Gruppierungen*

Isabel Erdem – Jg. 1982, seit 2004 Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, im SprecherInnenrat der StipendiatInnen tätig. Erdem studiert Rechtswissenschaften in Trier. Sie ist dort in linken Kreisen und in der Hochschulpolitik aktiv.

Der Text setzt sich mit den »Antideutschen« auseinander, die seit einigen Jahren für heftige Diskussionen in der radikalen Linken sorgen. Er geht der Frage nach, ob es sich bei ihnen um eine linke Bewegung handelt. Dafür werden einzelne antideutsche Vorstellungen analysiert. Des Weiteren wird die Behauptung der »Antideutschen«, sie würden »typisch deutsche« Verhaltensweisen bekämpfen, kritisch betrachtet und die Frage nach dem Umgang der Linken mit der »antideutschen« Strömung gestellt.

gen ist es bereits mehrmals zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen.«¹

So hat also zumindest der Verfassungsschutz seinen Spaß, weil sich so genannte Linke gegenseitig die Köpfe einschlagen und ganz von alleine ihre weitgehende Handlungsunfähigkeit provozieren.² Die Linke ist zurzeit weit davon entfernt, eine starke Kraft in der Bevölkerung zu sein. Interne Auseinandersetzungen der oben beschriebenen Art führen zu einer weiteren Schwächung und verbrauchen die ohnehin geringen Kapazitäten. Antideutsche Ideen beschäftigen weiterhin diverse linke Gruppen und stellen seit Jahren ein gewisses Gewicht in linken Diskussionszusammenhängen dar. Diese Tatsache an sich und die Gründe dafür werden häufig nicht ausreichend diskutiert, sondern treten hinter emotionalen Diskussionen über den Nahen Osten oder persönlichen Streitigkeiten in den Hintergrund. Wer Interesse an einer starken und handlungsfähigen Linken hierzulande hat, wird nicht drum herum kommen, sich mit der Erscheinung der Antideutschen *ernsthaft* auseinander zu setzen. Dieser Artikel soll ein Beitrag zu einer solchen Auseinandersetzung sein.

Bei allen Uneinigkeiten und Streitigkeiten innerhalb der Linken und bei allen notwendigen Auseinandersetzungen miteinander besteht doch immer ein gewisser »Grundkonsens«, ein linkes Selbstverständnis, das die Grundlage gemeinsamer Aktionen und Diskussionen bildet. Genau dieses Grundverständnis erscheint in Diskussionen mit Antideutschen häufig infrage gestellt. Eine zentrale Frage in Bezug auf die Antideutschen ist also schon, ob es sich bei ihnen überhaupt um eine linke Bewegung handelt. Zwar kommen sie unbestreitbar aus der deutschen Linken, dies sagt aber noch nichts darüber, wo sie heute stehen. Dass sich auch aus der Linken reaktionäre Tendenzen entwickeln, ist keine Seltenheit, gerade die deutsche Linke hat etliche Sekten fragwürdigen Inhalts produziert. Wichtig bei derlei Dingen ist das frühzeitige Erkennen und eine konsequente Abgrenzung. Eben hier liegt aber die Gefahr einer weiteren Aufspaltung und Sektenbildung durch einen Irrtum über die betreffende Richtung. Es ist also wichtig, die zentralen antideutschen Thesen zu analysieren und auf ihre linken Grundlagen hin zu überprüfen. Dies wird im ersten Teil des Artikels getan. Im zweiten Teil des Artikels wird der Frage nachgegangen, ob Antideutsche überhaupt »anti-deutsch« oder nicht vielmehr gerade eine »typisch deutsche« Erscheinung sind.

Man stößt bei der Beschäftigung mit den Antideutschen auf das Problem, dass es *die* Antideutschen nicht gibt. Personen, die sich als antideutsch bezeichnen, stimmen miteinander zwar theoretisch in wesentlichen Punkten überein, ihre konkreten Positionen sind aber häufig sehr unterschiedlich. Für eine Analyse antideutscher Sichtweisen ist es wichtig, auf die extremste Form dieses Weltbildes zurückzugreifen. Es ist nicht etwa Ziel dieser Gleichsetzung und Überspitzung antideutscher Ansichten, einige sich so bezeichnende Personen als »nicht links« abzustempeln, sondern die Dimension der antideutschen Vorstellungen klar zu machen. Die krassesten antideutschen Zuspitzungen finden sich in der Zeitschrift »Bahamas«³ und ähnlichen Blättern⁴. Außerdem gibt es Gruppierungen, die sich explizit als antideutsch bezeichnen und bei Veranstaltungen offensiv als solche auftreten.⁵ Häufig verstehen diese sich selbst nicht (mehr) als links und grenzen sich

1 <http://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/aktuell/linksdemo.html>.

2 Lesenswertes vom Verfassungsschutz dazu auf: www.im.nrw.de/sch/414.htm und auf: <http://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/aktuell/linksdemo.html>.

3 Im Internet zu finden unter: www.redaktion-bahamas.org.

4 Z. B. »Phase 2«, in Ansätzen »Jungle World« und die »Konkret«.

5 Diverse Antifagruppen, z. B. Kritik und Praxis Berlin, Antideutsche Kommunisten, Georg von Werth Gesellschaft Köln etc.

aufs Schärfste von der Linken ab. Daneben finden sich aber in weiten Teilen der radikalen Linken antideutsche Tendenzen, sonst wären Konflikte mit solchen Auswirkungen kaum möglich und ein Artikel dieser Art nicht nötig.

Sind Antideutsche links?

Um zu beurteilen, ob und wenn ja welche antideutschen Ideen links sind, muss zuerst festgestellt werden, was es eigentlich bedeutet, links zu sein. Das Ende des »realexistierenden Sozialismus« und damit ein (positiver oder negativer) Anhaltspunkt zusammen mit der zunehmenden Theorielosigkeit der neuen Linken sowie das Aufsteigen exlinker 68er zu Regierungskreisen haben zu einiger Verwirrung in dieser Hinsicht geführt. Viele Linke bezeichnen sich nicht mehr explizit als links, um sich nicht »einordnen« zu lassen, viele Konservative und Angehörige der »neuen Mitte« bezeichnen sich als linksliberal, sozialdemokratisch, fortschrittlich etc. und tragen damit zu einem regelrechten Richtungschaos bei. Darüber hinaus sind Standpunkte, die früher als rechts galten, heute in aller Munde, die deutsche Gesellschaft scheint – trotz der Verdrängung der alten Nazis – seit den 70er Jahren immer mehr nach rechts zu rücken und in dem ganzen Links-Rechts-Wirrwarr betreibt die Linke eine längst überfällige Diskussion der eigenen Vergangenheitsfehler, die auch nicht gerade zur Klarheit beiträgt. Man sollte also auf die traditionelle Bedeutung des Begriffs zurückgreifen, um zu erfahren, was links ist. Dass – wenn man diese »Schablone« anlegt – kaum noch real existierende, sich links nennende Gruppen in allen Aspekten links wären, ist bei weitem kein Argument gegen eine solche Begriffsklärung. Die im Folgenden so bezeichnete Linke ist eine zum Zwecke der Vereinfachung und des Vergleichs angeführte Größe, die gewissermaßen eine Idealvorstellung widerspiegelt.

Während die Rechten traditionell das Bestehende erhalten wollten, agierten die Linken in der Geschichte stets für dessen Überwindung und radikale Veränderung. Man könnte also meinen, links stehe für fortschrittlich und rechts für konservativ, reaktionär/rückwärtsgerichtet. Diese historischen Richtungsangaben führen aber nicht weiter, solange Fortschritt als Bestandteil des Bestehenden definiert wird, die Geschichte trotz stetiger Weiterentwicklung der Wissenschaften in keine eindeutig erkennbare Richtung verläuft und neue Ideen häufig eigentlich alt und alte Ideen schon oft wieder neu sind.

Nach der marxistischen und traditionellen linken Geschichtsauffassung ist die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen, die schließlich – nach Fort- und Rückschritten – durch Revolutionen überwunden werden. Es herrscht also – auf lange Sicht – ein gewisser »*Geschichtsoptimismus*« vor. Unterdrückung Andersdenkender/Fremder etc. wird als typisches Mittel der Aufrechterhaltung von Klassenherrschaft und Ausdruck von Widersprüchen innerhalb der jeweiligen Gesellschaften gesehen. Spätestens nach dem Holocaust ist die linke Theorie um die Erkenntnis erweitert worden, dass historisch revolutionäre Situationen statt zu fortschrittlichen Umbrüchen auch zu Konterrevolutionen ungeahnten Ausmaßes führen können.

Die Antideutschen betrachten die Geschichte in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Verfolgung von Jüdinnen und Juden. Die Un-

terschiede in der Verfolgung derselben erscheinen so vor allem als verschiedene Ausdrucksformen eines historisch seit zweitausend Jahren bestehenden latenten Antisemitismus, der im Nationalsozialismus gipfelte und seitdem nicht überwunden ist. Zwar weisen Antideutsche in ihren sehr theoretischen Texten auch immer wieder auf ein »falsches Bewusstsein«⁶ und einen aus dem Kapitalismus entstehenden »Verblendungszusammenhang« hin. Dies tritt jedoch bei ihrer Analyse konkreter Situationen und bei Gesprächen über die Alltagspolitik häufig in den Hintergrund. Der Unterschied der traditionell linken zur antideutschen Sichtweise scheint also zu sein, dass der Nationalsozialismus im einen Fall als krassester Ausdruck eines gesellschaftlichen Systems in der Krise und im anderen als Höhepunkt einer oft systemunabhängig dargestellten Verhaltensweise einer Menschengruppe (z. B. der Deutschen) gesehen wird. Der Nationalsozialismus stellt in beiden Fällen einen einzigartigen und schrecklichen Höhepunkt dar, wird jedoch bei den Antideutschen zum Ausgangspunkt einer rückwirkenden Geschichtsbetrachtung.⁷ Außerdem beruht die Geschichtsauffassung der Antideutschen auf der Annahme, dass alles tendenziell immer schlimmer werde und ein erneuter Massenmord an jüdischen Personen in naher Zukunft wieder möglich wäre.⁸

Spätestens seit Marx ist die Linke – soweit die Zukunftsvorstellungen auch je nach Richtung voneinander abweichen – durchweg *antikapitalistisch*. Der Kapitalismus wird als System der offenen Ausbeutung der Lohnarbeiter und als Grundlage der Entfremdung des Menschen vom Menschen gesehen, der menschenverachtende Ideologien wie Rassismus möglich macht. Um den Charakter des ungezähmten Kapitalismus aufzuzeigen, wird vor allem auf vormals faschistische Diktaturen in Lateinamerika verwiesen, aber auch der Bogen zu den europäischen faschistischen Diktaturen gespannt, als deren einzigartiger Höhepunkt der Nationalsozialismus erscheint.

Die ambivalente Meinung der Antideutschen zum Kapitalismus ist höchst interessant. Einige von ihnen nennen sich kommunistisch, während sie die freieste Marktwirtschaft aller Zeiten – die der USA – verteidigen. Die Argumentation ist dabei folgende: Man sei zwar für ein besseres System als das kapitalistische, allerdings würde zurzeit nur dieses den drohenden (Islam-)Faschismus verhindern können.⁹ Es gelte, sich also zunächst auf die Seite der kapitalistischen Demokratien gegen die reaktionären faschistischen Kräfte zu stellen und erst danach das kapitalistische System anzugehen.¹⁰

Auch ein dauerndes Erwähnen Adornos durch die Antideutschen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei dieser Sicht der Dinge gerade von der Erklärung des Holocaust aus der »bürgerlichen Kälte« abgerückt wird, indem dessen totalitäre Herrschaft nicht mehr als eine Form des kapitalistischen Systems, sondern als System selbst wahrgenommen wird. Im Sinne fast der Totalitarismustheorien wird also statt der traditionellen linken Staateneinteilung in »kapitalistische Staaten mit demokratischem Antlitz« und »kapitalistisch-faschistische Diktaturen« das wesentliche Kapitalismuselement gestrichen und die Welt in »zivilisatorische Demokratien« und »faschistisch-antisemitische Diktaturen« unterteilt. Dass hierbei der Zusammenhang zwischen beidem, sowie die Interessenlage der »Demokratien« an den »Diktaturen« verloren gehen, ist offensicht-

6 »Der Antisemitismus ist die falsche Art und Weise, sich den Kapitalismus zu erklären, er ist das notwendig falsche Bewusstsein der kapitalisierten Gesellschaft.« <http://verteidigt-israel.de/Antisemitismusstreit.htm>, III. Schlusswort.

7 »Die Welt nach Auschwitz ist eine andere. Somit hat Auschwitz in Bezug auf die Beurteilung dieser Welt eine Bedeutung, ob man das will oder nicht. Eine Kritik am Antisemitismus fordert die Zerschlagung eines deutschen Staates, aber auch jeglicher anderen Staaten mit Ausnahme von Israel.« <http://verteidigt-israel.de/Antisemitismusstreit.htm> III. Schlusswort.

8 »Das ist die logische Konsequenz der deutschen Vergangenheitsbewältigung, den begonnenen Massenmord an den Juden zu seinem Ende zu bringen« <http://verteidigt-israel.de/Antisemitismusstreit.htm>, II 1 b.

9 Redebeitrag auf www.antideutsch.tk (Publikationen der Antideutschen Kommunisten) »Über die Rolle der USA in der gegenwärtigen Weltlage«, wo konstatiert wird, dass »die Feinde der USA noch fürchterlicher sind, als der Weltpolizist selbst«. Weiter heißt es: »[...] droht ein Schrecken, gegen den alle amerikanischen Gräueltaten harmlos erscheinen. [...] Nicht auszudenken, was passiert, wenn der Irak tatsächlich die Fähigkeiten erlangt, Tel Aviv zu eliminieren. [...] Wenn schon der Kapitalismus in der ganzen Welt kriselt und ganze Weltteile zusammenbrechen, so könnte es der Menschheit

wenigstens eine Atempause verschaffen, wenn die USA die Kräfte aufhalten, die auf die Krise ganz nach dem deutschem Vorbild reagieren.« und: »Bei allen Borniertheiten, die eine spätkapitalistische Industriemacht notwendig an sich hat, verteidigen die USA mit ihrer Weltordnung die Welt gegen den Faschismus und Israel gegen die Bedrohung der Eliminierung.« Flugblatt der Antideutschen Kommunisten – www.antideutsch.tk. vom 9. 12. 2002.

10 »Wer [...] gegen Europa und für die USA agitiert, der wird auch nie zum Kommunismus kommen können, der doch so dringend geboten ist und von dem schlicht niemand auch nur reden mag.« Flugblatt der Antideutschen Kommunisten, a. a. O.

11 Vgl. Aussprüche wie: »[...] den geknechteten und oft scheußlichen Massen« www.antideutsch.tk – Publikationen: »Über die Rolle der USA in der gegenwärtigen Welt-situation«.

12 »[...] das Leben zu führen, das man gerade führt, ist so erbärmlich, dass kein Mensch es aushalten kann – es sei denn, er schaltet sein Hirn aus. [...] Deshalb erkennt Ihr auch keine Herrschaft mehr [...] Euer Irrationalismus ist nur der der aktuellen Erzeugungsart und das Prädikat dumm damit eine Tatsachenfeststellung und keine Beleidigung.« Antideutsche Kommunisten zum Studistreik 2003 – www.antideutsch.tk oder: »Weil aber den Bildzeitungslesern nicht ernsthaft Vorwürfe zu machen sind, wenn noch nicht einmal die postmo-

lich. Diesen aufzuzeigen, war Jahrzehnte lang ein wesentliches Anliegen der internationalen Linken.

Links zu sein zeichnet sich außerdem durch *emanzipatorische Grundsätze* aus. Von der Erkenntnis ausgehend, dass die Herrschaft des Menschen über den Menschen keine naturgegebene sondern eine durch den Menschen selbst geschaffene Unterdrückungsform ist, wird Bevormundung aller Art sowie das Befehlen und Gehorchen bekämpft und der Einzelne angeregt, selbst nachzudenken, sich seiner Lage bewusst zu werden und dementsprechend zu handeln. Man interessiert sich für die Situation der »Unterdrückten« und der Randgruppen der Gesellschaft. Hierzu gehören in der Mehrzahl »nichtintellektuelle« Bevölkerungsschichten, die man in linken Kreisen stets bemüht ist, ernst zu nehmen. Ziel ist, die Macht perspektivisch von oben nach unten zu verlagern, d. h. langfristig die Machtkonzentration eines bürgerlichen Staates ganz und gar zu überwinden. Der Mensch an sich ist als Subjekt der linken Sichtweise potenziell dazu in der Lage, sich selbst zu befreien. Man könnte diese linke Grundüberzeugung als »Menschheitsoptimismus« bezeichnen, da hier vorausgesetzt wird, dass der Mensch zumindest gut sein *könnte*.

Demgegenüber ist bei Antideutschen eine gewisse »Bevölkerungsverachtung« festzustellen. Diese zeigt sich auch durch ihre bewusst unverständliche Ausdrucksweise und ihre ständige Beschäftigung mit theoretischen Fragen, die oft von konkreten Situationen losgelöst beschrieben werden. Die Minderheitenposition, in der sich Linke häufig befinden, wurde traditionell immer als ein zu überwindender Zustand betrachtet. Die Antideutschen befinden sich bewusst in ihr. Ihre abstrakten Texte *sollen* gar nicht überzeugen, schon gar nicht nichtintellektuelle Bevölkerungsschichten. Die »dumme Mehrheit« erscheint sowohl in den Texten als auch in Gesprächen mit Antideutschen vor allem als ein Gegner, den es zu bekämpfen gilt.¹¹ Begründet wird dies folgendermaßen: In der Zeit der Manipulation durch Presse, Politiker, in der Millionen Menschen zur Unmündigkeit erzogen wurden, sei es den »verblendeten« Menschen gar nicht möglich, wirklich revolutionäre Gedanken zu haben. Gerade die Deutschen seien, wenn sie unzufrieden sind, nicht imstande, größere Zusammenhänge zu entdecken, sie seien nur auf ihre privaten Vorteile, aber nie auf eine Systemveränderung aus und suchten sich Sündenböcke, an denen sie ihre Wut auslassen könnten.¹² Dementsprechend wird von Antideutschen häufig dahingehend argumentiert, dass »dem kleinen Mann auf der Straße« hier und heute keinesfalls mehr Macht zugesprochen werden dürfe.

Die oft angeführte Argumentation mit dem Holocaust passt an dieser Stelle nicht, da dafür vorausgesetzt werden müsste, dass es vor allem die »Ungebildeten«, die »einfachen Leute« unter den Deutschen waren, die den Nationalsozialismus mittrugen, was aber so nicht der Fall war. Die Erkenntnis, dass Menschen, denen es schlecht geht, anfälliger für rassistische Ideen sind, weil sie ihre (berechtigten) Wut gegen die Falschen wenden, wird hier so überspitzt, dass sie zu einem konträren Ergebnis führt. Fazit aus dieser Tatsache war für Linke bislang, in zugespitzten Verhältnissen *gerade aktiv* zu sein und über die wirklichen Ursachen der Probleme aufzuklären, da hierin eine Chance zur Bewusstwerdung steckt. Fazit der Antideutschen ist demgegen-

über, in solchen Situationen *Abstand zu halten* und dem Aufstehen der Bevölkerung *entgegenzuarbeiten*. Statt eines emanzipatorischen Anliegen dominiert also der autoritäre Gedanke, zu wissen, was andere wissen und zu wissen, dass diese unbelehrbar sind.

Eng mit dem Emanzipationsgedanken zusammen hing für Linke stets der *Solidaritätsgedanke* und ein »zusammen-sind-wir-stärker«-Denken. Dies bedeutet einerseits Aufklärung auch der Bevölkerungskreise, die sich *nicht* direkt von Unrecht betroffen fühlen und andererseits den Betroffenen zu signalisieren, dass sie im Sinne gemeinsamer Interessen auch für andere und nicht nur für sich selbst tätig werden. Die Solidarität mit den Verlierern der Gesellschaft, den Kranken und Schwachen, den »Ausgebeuteten und Unterdrückten« existiert als Wert der Linken seit jeher.

Die Antideutschen meinen nun auch, sich mit den Verfolgten, nämlich den Jüdinnen und Juden zu solidarisieren.¹³ Sie tun dies in der Praxis aber, indem sie sich hinter die israelische und die US-amerikanische Regierung stellen, sogar und insbesondere, wenn diese gegen andere Personen/Gruppen/Staaten vorgeht. Wenn auch der ursprüngliche Gedanke in diesem Sinne noch von dem linken »wir-stellen-uns-auf-die-Seite-der-Opfer« beeinflusst war, sind doch die konkreten Situationen heute oft ganz andere.

Das linke »*Handeln als Gruppe*« hat auch praktische Gründe. Streiks, Protestaktionen, Demos etc. sind ein wahrnehmbarer Ausdruck von Unzufriedenheit, dem der Gedanke zugrunde liegt, so viele Menschen wie möglich in Proteste einzubinden, um diese durch gemeinsame Entscheidungen zu legitimieren.

Nun ist bei weitem nicht erst im Nationalsozialismus klar geworden, dass Menschengruppen sich nicht nur dann bilden, wenn sich Personen mit revolutionärem Bewusstsein dazu entschließen, gemeinsam für ihre Interessen zu kämpfen, sondern dass gerade Gruppen von »nicht-intellektuellen« Menschen manchmal leicht zu beeinflussen sind und sich die Selbstbestimmung in eine »einer-spricht-alle-folgen-Situation« wandeln kann.

Wieder werden aus diesem »Problem« durch die traditionelle Linke und die Antideutschen jeweils konträre Schlüsse gezogen: Links zu sein bedeutet, in diesen Situationen zu versuchen, alle Personen zum eigenständigen und kritischen Denken aufzufordern und so viel wie möglich Beteiligung und Rückkopplung bei Entscheidungen zuzulassen. Bei den Antideutschen wird demgegenüber bereits die »Massensituation« an sich abgelehnt. Gute Beispiele sind die »Hartz-IV«-Proteste, die Antiglobalisierungsbewegung und Demonstrationen gegen die Kriege in Afghanistan und im Irak. Ziel der Linken war es dabei unter anderem, rechte Gruppen aus den Protesten auszugrenzen und die Proteste »in die richtige Richtung« zu führen. Die Antideutschen sahen in gelegentlich auftauchenden Nazis auf Demos bzw. Plakat-Vergleichen von Bush mit Hitler ihre Theorie bestätigt, dass Proteste in Deutschland *immer* »umkippen« müssten und hieran eine »Grundstimmung« klar werde. Dementsprechend bleibt man dann lieber zu Hause und empört sich über »die Linken«, die zusammen mit Rechten und Massen von Leuten, die »morgen wieder zur Menschenverachtung bereit wären«, auf die Straße gehen.¹⁴ Die historisch eingehend bekannte Situation, dass Nazis linke Vorstellungen *scheinbar*

derne linke Intelligenz, denkfaul wie sie heute ist, einen vernünftigen Gedanken herausbringt [...]« www.antideutsch.tk – Publikationen: »Über die Rolle der USA in der gegenwärtigen Weltsituation«.

13 »Der Staat Israel wurde notwendig zum Schutz der Juden, nachdem der erste Anlauf zur kommunistischen Weltrevolution am Proletariat in den Metropolen scheiterte. [...] Die sich staatlich organisierenden Juden lassen sich nicht mehr abschlagen!« Flugblatt der Antideutschen Kommunisten, a. a. O.

14 »Ist es nicht so, dass der Antikapitalismus von Globalisierungsgegnern nationalsozialistisch gestimmt ist und nicht die Befreiung sondern die Verewigung des Elends und der Unterdrückung im Schilde führen [...]?« www.redaktion-bahamas.org: Kommunismus statt Antikapitalismus, 23. 5. 03 und: »Was in den 80ern die Friedensbewegung – von den Konservativen unwidersprochen – ideologisch vorbereitete, ist nun die Politik des Staates, samt seiner basisdemokratischen Anhängsel, wie Attac oder den Ökoverbänden. [...]« www.antideutsch.tk - Publikationen: Über die Rolle der USA in der gegenwärtigen Weltsituation. »[...] die Antifaschistische Aktion Berlin verteidigt nun zusammen mit den Antisemiten von Attac, den Grünen und der PDS den Frieden und damit Saddam Hussein. Sie mobilisieren den pluralen Mob zur großen Friedensdemo [...] Schlägt die Antifa sich auf die Seite der deutschen Bürgerinnen und Bürger, also auf die Seite der Friedensbewegung, so

befindet sie sich auf der Gegenseite derer, die für Emanzipation kämpfen. [...] Die sozialen Basisbewegungen Europas und die Islamisten haben denselben Feind.« Flugblatt der Antideutschen Kommunisten, a. a. O.

15 Vgl. »[...] den geknechteten und oft scheußlichen Massen« www.antideutsch.tk – Publikationen: »Über die Rolle der USA in der gegenwärtigen Weltsituation«.

16 Vgl. »Coole Kids tragen kein Palituch« auf: <http://www.antifa-duisburg.de/pali.htm>.

17 »Der Antimperialismus als das höchste Stadium der Dummheit ist ein wesentliches Merkmal deutscher Identität.« <http://verteidigt-israel.de/Antisemitismustreit.htm>, II 1 b.

übernehmen, um Leute zu gewinnen, wird durch die Antideutschen nicht etwa dadurch bekämpft, dass man selbst die besagten Themen aufgreift und die Nazis also »verdrängt« bzw. als LügnerInnen bloßstellt, sondern indem man die sowieso schon »oft scheußlichen Massen«¹⁵ genau *ihnen allein* überlässt.

Wenn Antideutsche behaupten, sie hätten etwas gegen »Massenaktionen«, weil dort die Bereitschaft, »sich führen zu lassen« zum Ausdruck komme, übersehen sie dabei völlig das Ziel der jeweiligen Protestaktion und damit das, worum es der Mehrheit der Protestierenden beim Protestieren geht. Ziel ist nämlich in der Regel nicht die blinde Gefolgschaft Oskar Lafontaine – oder wem auch immer – gegenüber. Zu behaupten, das Mittel des Protestierens zum Erreichen eines berechtigten Zwecks sei nur deshalb schlecht, weil auch Nazis – wenn man sie nicht daran hindert – eventuell mitmachen könnten, ist wohl dem vergleichbar, dass man z. B. keine Che-Guevara-T-Shirts mehr tragen dürfte, weil diese neuerdings unter Nazis Mode sind. Oder man dürfte nur deshalb nichts mehr gegen das US-amerikanische System und seine Kriege sagen, weil die Nazis vorgeben, etwas dagegen zu haben. Und man dürfte keine Palästinenser-Tücher tragen, weil diese auch von Selbstmordattentätern getragen werden.¹⁶

Ein weiterer Aspekt des linken Grundverständnisses ist der Antimperialismus. Der Imperialismus wird als mit dem Kapitalismus einhergehendes internationales System der Ausbeutung gesehen. Anstatt nur Missstände im eigenen Land zu kritisieren, wenden sich Linke auch gegen die Unterschiede zwischen den Staaten, die Ausbeutung der »Dritten Welt« durch die »Erste« und gegen Kriege, die aus diesem Grund geführt werden. Man solidarisiert sich auch mit den Unterdrückten der anderen kapitalistischen Länder gegen die dort Herrschenden.

Die Antideutschen solidarisieren sich im Gegensatz dazu mit Staatsmächten – mit den USA und mit Israel. Ähnlich wie beim Geschichtsbild fällt auch hier auf, dass das Hauptaugenmerk der Antideutschen auf der Verfolgung von Jüdinnen und Juden liegt, was eine extreme Fixierung auf den Nahen Osten und die USA zur Folge hat. Da die USA wie auch Israel allerdings neben einem weitgehend vor staatlicher Verfolgung sicheren Ort für jüdische Einwohnern auch kapitalistische Staaten mit imperialistischen Interessen sind und also selbst auch Personengruppen »unterdrücken«, führt dies zu einem »Seitenwechsel« der Antideutschen im Vergleich zur traditionellen Linken. Die »unterdrückten«/benachteiligten Bevölkerungskreise innerhalb dieser Staaten fallen unter den Tisch. Ebenso wenig interessieren sich die Antideutschen beispielsweise für die Außenpolitik der USA in Lateinamerika. Dass es auf der Erde Regionen mit ganz anderen Konflikten als Antisemitismus gibt, wird kaum wahrgenommen. Viele Antideutsche wollen gar nicht antimperialistisch sein, weil dies nicht ihre »Aufgabe« ist und haben die antimperialistischen Linken zu ihren Gegnern erklärt.¹⁷ Sie agieren auch nicht international. Selten haben sie Kontakte zu Gruppen in den USA oder in Israel noch reisen sie in die jeweiligen Länder, um sich die Situation vor Ort einmal anzuschauen. Und wenn sie gegen deutsche Soldaten im Ausland sind, geht es ihnen mehr um die »deutschen« als um die »Soldaten«. Gleichzeitig wird die deutsche Regierung kritisiert, weil sie sich *nicht*

genügend hinter die USA stellt, wenn diese Kriege führen.¹⁸ Daran, dass Deutschland ob seines (sowieso geheutelten) Pazifismus' gescholten wird, wird eine Bereitschaft der Antideutschen zum Krieg deutlich, die dem linken Grundverständnis zuwiderläuft. Ähnlich wie Joschka Fischer es im Kosovo-Krieg versuchte, werden mit einem »Nie wieder Auschwitz« Kriege gerechtfertigt, wobei die Losung »Nie wieder Krieg« und damit der *Zusammenhang* zwischen Krieg und Auschwitz verloren geht.

Nun hat es natürlich seinen guten Grund, insbesondere Antisemitismus in der Welt zu bekämpfen. Dies allerdings außerhalb eines antifaschistischen, antirassistischen und antikapitalistischen Kontextes zu tun, birgt die Gefahr, irgendwann zu vergessen, worum es beim Kampf gegen Antisemitismus eigentlich geht, nämlich darum, weltweite Zustände zu verändern, die Rassismus und Antisemitismus erst hervorbringen. Sonst müssen die Antideutschen sich dann doch fragen lassen, was denn eigentlich einen verfolgten Juden *konkret* von einem verfolgten Schwarzen, Araber, Türken oder wem-auch-immer unterscheidet.

Dies führt zu einem weiteren Aspekt des linken antifaschistischen Grundkonsenses: dem Antirassismus. Antisemitismus wird dabei als eine *besondere* Art von Rassismus gesehen, da dabei eine Personengruppe aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit seit Tausenden von Jahren diskriminiert, verfolgt und ermordet wurde. Aufgrund dieses historischen Ursprungs geht es in linken Kreisen stets darum, *insbesondere* gegen Antisemitismus vorzugehen, weshalb man den Begriff neben dem zu bekämpfenden generellen Rassismus oft noch einmal extra erwähnt.

Die Antideutschen lösen den Antisemitismus vom Rassismus und betrachten ihn als etwas durchweg Einzigartiges, das allein es für sie zu bekämpfen gilt. Dabei gehen einige sogar so weit, die Nazi-Definition ausschließlich an die Israel-Feindlichkeit zu koppeln und neonazistische Gruppen, die sich z. B. gegen den Bau von Moscheen einsetzen, zu verteidigen, da sie zwar angeblich etwas gegen Türken und andere Ausländer haben würden, allerdings keinerlei antisemitische Tendenzen aufwiesen.¹⁹ Bei dieser Betrachtungsweise wird eventuell rassistischen Tendenzen innerhalb der USA oder in Israel keinerlei Bedeutung beigemessen. Die Antideutschen sind häufig nicht nur nicht antirassistisch. Bei Demonstrationen wie der der »Bahamas« in Berlin Kreuzberg, bei der unter anderem die Schließung von Migrantenprojekten gefordert wurde²⁰, sowie bei antideutschen Artikeln über islamische Migranten, die in einem Atemzug mit islamistischen Selbstmordattentätern genannt werden, kommen klar rassistische Tendenzen in der antideutschen Bewegung zum Vorschein. Diese wahrzunehmen, fällt vielen Linken häufig genau deshalb so schwer, weil Jahrzehnte lang der Kampf gegen Antisemitismus und der gegen Rassismus zusammengehörten.

Die linke Erklärung des menschlichen Handelns aus den Umständen widerspricht einer Auffassung von bestimmten gesellschaftsunabhängigen und unveränderlichen Charakterzügen. Demgegenüber ist wesentliche Grundlage rassistischen Denkens die Unterteilung der Menschen in unterschiedlich bewertete Gruppen. In diesem Sinne hat natürlich auch der »Antiamerikanismus« etwas Rassistisches. Ge-

18 »Die *deutsche Politik* steht allerdings der zivilisatorischen Form amerikanischer Außenpolitik diametral entgegen, nur, sie ist nicht militaristisch und auch nicht großdeutsch, sondern [...] Zeichen des antiamerikanischen Bündnisses mit der ›Dritten‹ und hier insbesondere der islamischen Welt gegen Amerika.« Sören Pünjer auf www.conneisland.de/nf/111/27.html; zum Irakkrieg schreiben T. Uwer und Thomas von der Ostensacke (Bahamas 2003/04): »[...] Amerika, wo Kriege seit der Revolution immer einem klar formulierten Ziel gedient haben, das ideologisch ausgedrückt am besten mit dem Wort ›Freiheit: zu umschreiben ist: Ob gegen die britische Krone, den spanischen Kolonialismus, Empörer Wilhelm, die Nazis oder den Kommunismus.«

19 So schreibt die antideutsche Georg-Weerth-Gesellschaft in Köln auf www.gwg-koeln.com/text_referat_antifa.html über die Antifa K, der sie zuvor eine Zusammenarbeit mit »Nationalsozialisten von Kein Blut für Öl« unterstellt: »Um aber doch ein klares Feindbild in Köln zu haben, verpasst sie keine Gelegenheit, die rassistische Bürgerbewegung Pro Köln in eine Nazi-Partei umzulügen, die sie nicht ist, und den Nationalsozialismus damit um sein zentrales Element, den Antisemitismus (welcher eben bei Pro Köln nicht im Vordergrund steht), zu verkürzen und somit zu verharmlosen.« »[...] der Antisemitismus, welcher unbestreitbar das wichtigste Merkmal des Nationalsozialismus ist, bei Pro Köln zwar vorhanden, aber eben nicht zentral ist.« www.gwg-koeln.com/text_antifa.html.

20 Redebeiträge, die auf der Demo gehalten wurden, gibt es unter: www.redaktion-bahamas.org/aktuell/10-7-04-Beitraege.htm.

21 »[...] dessen *des Staates Israel* allererster Zweck es ist, die Vernichtung seiner Bürger zu verhindern. Was immer der israelische Staat [...] als Herrschafts- und Gewaltinstanz gegenüber seinen Untertanen und den auf seinem Territorium lebenden Nichtbürgern tut, alles also, was der Kritik Anlass und Gründe liefert – es ist dieser Funktion untergeordnet.« Stephan Grigat, *lechts und rinks* – und wie man das verwechseln kann, wenn es um Israel geht, in: Konkret 12/2005, www.cafecritique.priv.at/dilemma2.html.

22 »Wer aber Juden und Jüdinnen angesichts der täglichen Bedrohung das Recht auf Selbstverteidigung streitig macht, verfolgt daher, wissentlich oder nicht, die Auslöschung des jüdischen Staates.« Es wird eine Solidarität verlangt, »die es nicht vermag, zwischen zivilen und militärischen Opfern zu unterscheiden, eine Solidarität, die mit der israelischen Regierung ebenso solidarisch ist wie mit der israelischen Bevölkerung, dem israelischen Staat und seiner Armee, die alles daran setzen, dem Ansturm der Barbarei standzuhalten.« Die Linke und ihr Hass auf Israel – www.cafecritique.priv.at/Sisrael.html.

nauso übrigens, wie es ein »Anti-Franzosimus«, ein »Anti-Afrika-nismus«, ein »Anti-Brillenträgerismus«, aber auch eine »anti-islamische« oder eine »anti-deutsche« Grundhaltung aufweisen. Wann immer nämlich hinter dem »anti« (= gegen) eine ganze Bevölkerungsgruppe erscheint, bei der einzig eine bestimmte Herkunft, Religion oder äußere Merkmale zur Zuordnung zur betreffenden Gruppe verwandt werden, steckt dahinter eine Abwertung derselben. Wie überzeugt man auch immer von der Schlechtigkeit einer »deutschen Mentalität« sein mag, ist die Selbst-Bezeichnung als anti-deutsch dann rassistisch, wenn sie nicht mehr »gegen Deutschland als Staat«, sondern »gegen Deutsche« meint. Nun kann man zwar an der Relevanz eines »Rassismus gegen Deutsche« wirklich zweifeln, das Verhalten aber, das Antideutsche häufig gegenüber Migranten aus »islamischen Ländern« an den Tag legen, sollte man ernster nehmen. Eine Einteilung der Welt in gute Amerikaner, gute Juden und Jüdinnen (nicht: Israelis!, sondern eine Betrachtung aufgrund einer Religionszugehörigkeit, in der zugleich eine Art »Volkszugehörigkeit« gesehen wird) und in schlechte Muslime und schlechte Deutsche, bei der andere Bevölkerungsgruppen nur dann vorkommen, wenn sie selbst eine Einstellung gegenüber den genannten guten und schlechten Personengruppen haben, ist – auch wenn sie unterschwellig und indirekt zum Ausdruck kommt – wohl eindeutig rassistisch.

Diese Welteinteilung vieler Antideutscher deutet auf ein schwarz/weiß-Denken hin, das jeder linken Überzeugung eigentlich fremd ist. Links zu sein bedeutet, an Zuordnungen von »pauschal gut« und »pauschal böse« zu zweifeln. Es bedeutet, offizielle, vereinfachte Darstellungen kritisch zu hinterfragen und ihnen eine differenzierte Sichtweise und nicht ebensolche Pauschalitäten entgegenzusetzen.

Die Tatsache, dass es innerhalb einer bestimmten Gruppe immer auch fortschrittliches Potenzial bzw. immer auch reaktionäre Kräfte gibt, was eine genaue Beobachtung der einzelnen Akteure erfordert, wird von den Antideutschen häufig übersehen. Ob es zwischen den unzufriedenen Palästinensern auch welche gibt, die keine Selbstmordattentate auszuüben im Sinn haben und mit denen sich Linke durchaus solidarisieren könnten, scheint nicht von Belang zu sein. Dass selbst bedeutende israelische Kräfte den Israel-Palästina-Konflikt sehr viel differenzierter sehen als die deutschen Antideutschen, wird ebenfalls nicht beachtet. Die Mauer gilt bei Antideutschen als »Schutzzaun«, der die Jüdinnen, d. h. die Jüdinnen und Juden vor den Palästinensern schütze. Israel ist unbestreitbar ein Zufluchtsort für Jüdinnen und Juden, weshalb seine Existenz nicht hinterfragt werden darf. Hieraus ergibt sich nach Ansicht der Antideutschen, dass Entscheidungen der israelischen Regierung auch nicht hinterfragt werden dürfen, sie handle nämlich im Interesse der Jüdinnen und Juden und alles, was sie an zweifelhaften Dingen tue, tue sie, um die Bewohner vor Schlimmerem zu schützen.²¹ Wer nun die israelische Regierung kritisiert, spricht damit Israel schon beinahe das Existenzrecht ab. Das wiederum würden die feindlichen Nachbarstaaten Israels auch tun, die alle Jüdinnen und Juden am liebsten ins Meer werfen würden. Wenn jemand nicht für Israel ist und damit für alles, was die israelische Regierung tut, ist er demnach *dagegen*. Zwischentöne sind kaum feststellbar.²²

Irritierend bei dieser Sicht des Konfliktes ist allerdings das Verhalten der israelischen Linken, die eine ganz andere Meinung vertritt. Das Problem, das dadurch auftaucht, dass deutsche, sich zum Teil links nennende Antideutsche Positionen der äußersten Rechten in Israel vertreten, wird von den Antideutschen gelöst, indem man der israelischen Linken abspricht, links zu sein.²³ Auch deutsche Linke werden häufig angegriffen. »Die Linken« – heißt es dann – finden, dass Israel die Palästinenser unterdrückt. Da Israel aber als ausnahmslos gut betrachtet wird, erscheint jegliche Kritik daran schlecht. »Die deutschen Linken« werden damit in den Augen vieler Antideutschen zu Feinden Israels und also zu ihren eigenen Feinden und werden von ihnen neben Nazis und palästinensischen Selbstmordattentätern aufgeführt.²⁴

Neben Israel bleiben auch die USA vor pauschalen Sympathiebekundungen nicht verschont. Sie werden nämlich als einziger Staat wahrgenommen, der rundherum mit Israel solidarisch ist. Also erscheinen auch sie als »guter Staat«. Folgerichtig wird die deutsche Regierung dann dafür kritisiert, dass sie die USA kritisiert. (Spätestens seit 1968 war Gegenstand linker Kritik das genaue Gegenteil). Wenn jetzt die Linken hierzulande die USA kritisieren, kritisieren sie damit in den Augen der Antideutschen *alles* an den USA und auch automatisch die Haltung der USA zu Israel. Dies sei aber außer antiamerikanisch auch schon antisemitisch. Dementsprechend wäre das Schlimme am Antiamerikanismus eigentlich der Antisemitismus.

Links zu sein bedeutet, Kritik anzumelden und scheinbare Tatsachen in Frage zu stellen. Es bedeutet, hinter Entscheidungen zu schauen und zweifelnd zu fragen: wem nützt es? Es bedeutet den Versuch, die Interessen der Handelnden nachzuvollziehen und offizielle Lügen als solche zu entlarven.

Antideutsche üben sehr wohl Kritik. Sie üben an allen um sich herum eine ganz und gar *vernichtende* Kritik – solange es sich nicht um Jüdinnen und Juden, Amerikaner oder sich selber handelt. Ihre Kritik an »der Linken« ist schon lange alles andere als solidarisch.²⁵ Die Kritik der Antideutschen erscheint häufig einseitig und undifferenziert. Sie folgt auch nicht dem linken Prinzip, nach dem die Kritik am Wirtschaftssystem und am Staat die Kritik an den handelnden Personen bedingt, die als Ausdruck eben dieser Verhältnisse gesehen werden. Die Antideutschen scheinen die deutsche Bevölkerung weit mehr zu kritisieren als den deutschen Staat und das Wirtschaftssystem.

Links zu sein bedeutet auch, seine eigenen Meinungen und Entscheidungen zu hinterfragen. Das Zweifel an eigenen Sichtweisen und die konstruktive Diskussion, bei der etwas in Frage gestellt und dadurch verbessert wird, ist bei vielen Antideutschen kaum festzustellen. Oft werden Fehler nur bei Anderen und nicht etwa bei eigenen ggf. irrtümlichen Interpretationen gesucht.

Den Antideutschen ist zuzugestehen, dass sie auch den einen oder anderen »wirklichen Antisemiten« als solchen bloßgestellt haben – im Gegensatz zu ihrer eigenen Wahrnehmung wird ihnen genau dies durch die Linken natürlich auch nicht vorgeworfen. Sehr häufig greifen sie jedoch vorschnell und schon aufgrund von vorsichtig geäußelter Kritik an der israelischen Regierung auf den Antisemitismusvorwurf zurück. Wenn sie einen vermeintlichen »Antisemiten« ausgemacht haben, der sich selbst vielleicht als Linker und keines-

23 Stephan Grigat, a .a. O.

24 »Wo deutsche Linke sich zusammenrotten, fasst man auch schon mal Mut, es den ›Judenknechten‹ und ›Zionistenschweinen‹ zu zeigen: So auf Demonstrationen [...], wo Leute mit pro-israelischen Transparenten beschimpft bzw. von den Veranstaltern ausgeschlossen wurden. [...] Mit anderen Worten: Was der politischen Klasse die Walsler-Rede war, ist der deutschen Linken der 11. September.« Tjark Kunstreich, in Jungle World 13. 2. 2002.

25 »Wer es mit der Forderung »Für den Kommunismus« ernst meint, der wird erkennen müssen, dass Befreiung und Emanzipation nur gegen diese Linke erkämpft werden kann, nicht mit ihr«. Bahamas 38/02 S. 14.

wegs als antisemitisch versteht, fällen sie keinesfalls mehr sachliche Aussagen über ihn und achten dabei kaum auf eventuelle Richtigstellungen oder Erklärungen. Ihre Worte sind polemisch und gleichen absolut nicht denen, mit denen Linke stets versucht haben, blindem Hass eine vernunftgeleitete Analyse entgegenzusetzen. Mit dieser provokativen Art gelingt es ihnen häufig, Diskussionen zu »emotionalisieren« und Leute persönlich anzugreifen. Gerade für deutsche Linke ist es schwer hinnehmbar, bei kleinster Kritik am israelischen Umgang mit den Palästinensern als »antisemitisch« tituiert zu werden. Durch deren dann gleichwohl überzogene Reaktionen finden Antideutsche dann erneut ihre Auffassung über den Charakter der Angegriffenen bestätigt. Statt einer gemeinsamen und von einem linken Grundkonsens getragenen Diskussion *mit anderen* steht auch hier die Urteilung *über andere* aufgrund von vorschnell gezogenen und unhinterfragten Schlüssen im Vordergrund.

Der angestellte Vergleich fundamentaler linker Positionen mit antideutschen hat gezeigt, dass viele antideutsche Ansichten nicht als links zu bezeichnen sind. Antideutsche Grundsätze führen im Gegenteil oft zu Verhaltensweisen, die nicht nur nicht links sondern sogar traditionell rechts erscheinen.

Sind Antideutsche antideutsch?

Bei den Antideutschen handelt es sich ganz offensichtlich um eine Landeserscheinung.

Als zentralen Grundsatz nehmen Antideutsche für sich in Anspruch, etwas gegen Deutsche und ihre mangelnde Aufarbeitung des Faschismus' zu haben. Diese Tatsache an sich unterscheidet sie kaum von anderen linken Strömungen. Selten haben deutsche Linke ihr Land geliebt, der mangelnde Bruch mit der nationalsozialistischen Geschichte ist in linken Kreisen seit 1945 ein ständiges Thema. Auffällig bei den Argumenten der Antideutschen ist, dass sie einem oft etwas paradox erscheinen. Häufig sind nämlich Antideutsche selbst Urheber von Verhaltensweisen, die sie bei anderen als »typisch deutsch« kritisieren.

Da ist zunächst die Relativierung des Nationalsozialismus. Antideutsche lehnen eine Gleichsetzung des Holocaust mit anderen Verbrechen vorgeblich ab (z. B. wenn es um Vergleiche NS-Deutschlands mit den USA geht). In starkem Maße betreiben sie sie jedoch selbst. Nicht nur, dass sie – um Kriege zu rechtfertigen – auf den 2. Weltkrieg als »guten Krieg« zurückgreifen, sie ziehen auch fortwährend Parallelen zwischen dem heutigen Antisemitismus in der »islamischen Welt« und dem der 30er Jahre in Deutschland und Europa.²⁶ Die islamistischen Selbstmordattentäter werden als gelehrige Schüler der Nazis und als »Islamfaschisten« betrachtet, ihre Attentate werden als »antisemitische Massaker« neben den nationalsozialistischen Massenmord gestellt.²⁷ Indem der Antisemitismus zum Hauptelement des Nationalsozialismus erklärt wird und gleichzeitig der »islamischen Welt« und sämtlichen Israelkritikern Antisemitismus unterstellt wird, findet offensichtlich eine Relativierung des Nationalsozialismus statt.

Auch bei ihrer Betrachtung des Antisemitismus übersehen die Antideutschen gerade die Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Judenhasses, bei dem ein Hauptelement in der Konstruktion einer abstrakten »jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung« lag und ge-

26 »Es ist hier ein zur Vernichtung entschlossener Antisemitismus am Werk – darin seinem Vorbild auf qualitativer Ebene durchaus ebenbürtig –, der die Wahl- und Maßlosigkeit palästinensischen Massenmordens begründet. In dieser Hinsicht kommt momentan dem Koran eine ähnliche Rolle zu wie seinerseits Hitlers Machwerk ›Mein Kampf‹« in: Gerhard Hanloser (Hrsg.): Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken, Münster 2004, S. 125.

27 Clemens Dachmann auf einer antideutschen Demo in Hamburg (24. 4. 2004): » [...] über Hitler und die Nazis sollte besser den Mund halten, wer vom Mufti von Jerusalem und den Moslebrüdern, den Islamnazis, nicht reden mag.« Ebenda, S. 48.

hen so über den Versuch einer Analyse von heutigem Antisemitismus hinweg. Dass dieser sich in der islamischen Welt häufig konkret gegen Israel als *reale* Unterdrückungsnation richtet, macht ihn zwar nicht besser, würde aber einer Erwähnung bedürfen, wenn man es denn darauf angelegt hätte, diesen »islamischen Antisemitismus«/Antizionismus direkt zu bekämpfen. Andere Ursachen erfordern bekanntlich auch andere Bekämpfungsstrategien.

Die ständige Konfrontation der Umgebung mit dem »Antisemitismusvorwurf« hat weiterhin zur Folge, dass derselbe auf Dauer an Gewicht verliert. Leute, die ständig hören, alle Welt sei antisemitisch, ohne die direkten Auswirkungen zu sehen, werden über kurz oder lang zu dem Ergebnis gelangen, dass dies gar nicht so schlimm sein kann. Natürlich ist genau dies *nicht* Ziel der Antideutschen. Dennoch ist diese vorhersehbare Entwicklung bedenklich und sollte – gerade hierzulande – verhindert werden, indem man sich dreimal überlegt, wem man Antisemitismus vorwirft.

Die einseitige Wahrnehmung von Deutschen als durchweg böse führt im Rückblick auf den Nationalsozialismus außerdem zu einer Verdrängung des deutschen Widerstands gegen den Faschismus. Statt sich wie viele Linke seit dem Holocaust beim antifaschistischen Kampf in der Tradition auch der antifaschistischen Kämpfer in den Konzentrationslagern zu sehen, anstatt auf die wenigen meist vergeblichen Widerstandshandlungen auch von deutschen Kommunisten etc. hinzuweisen und diese bekannter zu machen, identifizieren sich Antideutsche vor allem mit den siegreichen amerikanischen Bombern²⁸, während sie es Linken zum Vorwurf machen, wenn diese sich mit der Selbstbefreiung Buchenwalds beschäftigen²⁹. Genauso wie der offizielle deutsche Umgang mit kommunistischen Widerstandskämpfern, deren Widerstand man bis heute zu relativieren bemüht ist, zeugt auch dieses Verhalten der Antideutschen von Respektlosigkeit gegenüber denjenigen, die »andere Deutsche« waren und dafür gestorben sind.

Die Antideutschen betreiben des Weiteren mit ihrem Blick auf den Nahen Osten eine Verlagerung eines historisch deutschen Problems und damit eine Entlastung der eigenen Verantwortung. Dadurch, dass die Islamisten zu den »besseren Nazis« erklärt werden, hat man seinen Feind und die eigene Geschichte ganz weit in die Ferne und außer Reichweite *entsorgt* und kann guten Gewissens passiv bleiben, wieder Krieg fordern³⁰ und von diversen Staatsmächten die Bombardierung der Betroffenen verlangen³¹ (umso mehr, da man selbst sich ja nur geistig in Israel aufzuhalten pflegt und also die eventuellen Racheaktionen der Nachbarstaaten nicht am eigenen Leib erleben müsste). Wenn es wirklich um das Wohl der Bevölkerung ginge, würde man sich im Nahen Osten nicht für Kriege sondern für friedliche Alternativen einsetzen und fortschrittliche Initiativen in den betroffenen Ländern unterstützen. Es scheint aber vielmehr um den Abbau eigener historisch (gut) begründeter Hemmschwellen und um die Rechtfertigung von Militäreinsätzen zu gehen, indem diese – aufgrund der eigenen Geschichte – als alternativlos dargestellt werden. Die Antideutschen geben vor, Lehren aus der eigenen Geschichte zu ziehen, während sie in Wirklichkeit auf Argumente zurückgreifen, die sowohl in der deutschen als auch in der internationalen Geschichte ganz traditionell dazu dienten, Kriege aller Art zu rechtfertigen. (Befreiung

28 Vgl. die Parole: »Bomber Harris Superstar – dir dankt die rote Antifa«, wie sie auf dem Starttranspi auf der Demo vom 10. 7. 04 in Kreuzberg zu lesen war. Foto und Infos dazu auf: <http://www.onesolutionrevolution.de/zeitung/zeitung09/bomber.htm>.

29 Vgl. die Diskussionen auf: <http://x-berg.de/2006/07/10/antifaschistisches-geschichtsbewusstsein/>.

30 So wird die Linke gefragt: »Warum [...] war man gegen den Krieg [...] zum Sturz des faschistischen Baath-Regimes? Und warum können die Fakten nicht dazu bewegen, wenigstens nach [...] dem Tag der Befreiung Bagdads, endlich zu sagen: Ja, man hat sich geirrt, man ist Antiamerikanismus und Antiimperialismus aufgesessen [...], weil man mitmachen wollte in einem Spiel ohne Grenzen, das in Wirklichkeit den Weltkrieg gegen die Juden meint.« www.redaktion-bahamas.org, Kommunismus statt Antikapitalismus, 32. 5. 03.

31 »Selbstverständlich müssen die amerikanische und die britische Politik weiterhin kritisiert werden. Jedoch nicht deshalb, weil sie die Jihadisten verfolgt, sondern weil sie diese nicht zielgenau und konsequent verfolgt.« Matthias Küntzel in Konkret, 11/01.

unterdrückter Gruppen, Menschenrechte der Bevölkerung, unerlaubter Waffenbesitz anderer Herrscher, Tyranneneigenschaft, Verteidigungskampf, Terrorismus etc.). Damit reihen sie sich in die offizielle deutsche (Kriegs-)Politik ein.

Wie viele Deutsche setzen die Antideutschen dem Antisemitismus außerdem einen Philosemitismus entgegen, der ein Zeichen dafür ist, dass es an einer vernünftigen Auseinandersetzung mit dem Phänomen Antisemitismus auch heute noch mangelt und die Position vieler junger Deutschen zu Jüdinnen und Juden von starker Unsicherheit geprägt ist. Beim Philosemitismus werden jüdische Personen aber ebenso als homogene Masse betrachtet, wie dies beim Antisemitismus der Fall ist, nur dass die Vorzeichen umgekehrt sind. Statt ihre eigene Unsicherheit zu erkennen und zu thematisieren und sich um die »Normalisierung« eines Kontaktes zu jüdischen Menschen hier und in Israel zu bemühen und mit ihnen selbst die auftretenden Probleme zu diskutieren, geht man über die Köpfe der Betroffenen hinweg und meint, zu wissen, wie sie sind und was für sie das beste ist. Die Antideutschen stehen dabei auf der Seite der Guten und der Gewinner. Zusammen mit einer Weltmacht und in einer Reihe mit den ehemaligen Opfern kann man sich sogar über viele Israelis stellen. Manchmal scheint es, als wüssten deutsche Antideutsche viel besser, was gut für israelische Jüdinnen und Juden ist, als diese selbst. Dies stellt schon eine die Opfer und ihre Angehörigen diskriminierende Anmaßung durch die Nachfahren von deutschen Tätern dar.

Ein weiterer sehr deutscher Aspekt des »Antideutschseins« ist der, dass man einen unkontrollierten Ausländerhass empfinden und ganz zeitgemäß Folter, Fußfesseln und Ausweisung krimineller Migranten fordern kann. Statt sich in einem »historisch belasteten« Antisemitismus zu äußern, richtet sich der Rassismus von heute bei großen Teilen der deutschen Gesellschaft eher gegen »unangepasste« Ausländer, die aus ärmeren Ländern kommen und oft ohne gesicherten Aufenthaltsstatus hier – zum Teil noch sehr traditionell und in bestimmten abgeschotteten Gegenden – leben. Vor allem türkische, arabische und palästinensische Migranten haben neben dem alltäglichen deutschen Rassismus auch mit dem aggressiven verbalen und physischen Auftreten so mancher Antideutscher schwer zu kämpfen.

Die entschiedene Ablehnung »typisch deutscher« Verhaltensweisen sowie die Kritik der mangelnden Aufarbeitung des Nationalsozialismus' wird von den Antideutschen also vor allem theoretisch und mit Blick auf andere betrieben, während sie in der Praxis nahezu alle von ihnen kritisierten Merkmale selber aufweisen.

Entwicklung linker Gegenstrategien

Die Entwicklung einer linken Gegenstrategie setzt die Frage voraus, weshalb den antideutschen Vorstellungen in der Linken überhaupt eine solche Aufmerksamkeit zuteil wird. Um sie zu beantworten, muss ihre Entstehung berücksichtigt werden.

Der Holocaust und der deutsche Antisemitismus sind weder in der BRD noch in der DDR wirklich »aufgearbeitet« worden. Auch in vielen linken Faschismusanalysen wurden die psychologischen Aspekte des Antisemitismus zu wenig betrachtet und es existierte jahrelang eine sehr einseitige linke Nahost-Position. Nun kommen die Antideut-

schen mit einer absurden »Israelverehrung« und reduzieren allen wissenschaftlichen Studien zu diesem Thema zum Trotz den Nationalsozialismus ganz und gar auf den Antisemitismus. Dass sie dabei zu einer gewissen Bedeutung gelangen konnten, ist eben durch die undifferenzierte »Pro-Palästina-Haltung« großer Teile der Linken und deren mangelnde Beschäftigung mit dem Antisemitismus zu erklären. Weil viele ihrer Kritikpunkte im Kern richtige Mängel aufzeigen, werden Antideutsche innerhalb der Linken so ernst genommen – sei es durch emotionale Gegendarstellungen oder aber Sympathien mit einigen ihrer Ansichten. Für viele Linke erschweren die als richtig erkannten Ursprünge antideutscher Positionen eine radikale Kritik an ihnen, zumal der Antisemitismus bislang ein Thema war, über das man hierzulande nicht seine Richtungskämpfe auszutragen pflegte.

Es ist an der Zeit, auf das »Nach-Rechts-Rücken« der antideutschen Strömungen zu reagieren und sich klar von ihnen abzugrenzen. Eine Abgrenzungsstrategie kann aber gerade in diesem Fall nicht ein bloßes Ignorieren und eine pauschale Zurückweisung aller Vorwürfe beinhalten. So falsch es ist, sich selbst aus Angst vor einer Einmischung durch Antideutsche nicht mehr mit Antisemitismus zu beschäftigen, so falsch ist es auch, einen dem Antizionismus entspringenden »islamischen Antisemitismus« der Einfachheit halber zu leugnen, wie es in der Linken teilweise getan wird. Antideutsche werden nämlich erst dann an Einfluss verlieren, wenn es uns gelingt, die durch Linke zu flach behandelten Themen (Antisemitismus im Nahen Osten, fehlende Kritik desselben durch deutsche Linke, besondere Rolle des Staates Israel, EU-Imperialismus etc.) neu zu besetzen – und sie *in klarer Abgrenzung* zu den Antideutschen in einen *linken Zusammenhang* zu stellen.

Es sollte in Zeiten der Globalisierung auch für Linke in Deutschland wieder möglich sein, gegen neue Arten des (sowohl US- als auch EU-)Imperialismus und seine Kriege klar Stellung zu nehmen. In Bezug auf den Nahen Osten als Krisenregion muss eine differenzierte Betrachtung möglich sein, bei der das Phänomen der reaktionären Islamisten analysiert werden kann, ohne dass es für Argumentationen benutzt wird, die weniger mit dem Problem als vielmehr mit der deutschen Vergangenheit und den Interessen einiger nicht-mehr-linker Sekten und ihrer Gegner zu tun haben.

Endlich sollte bei all den nötigen Diskussionen um Antideutsche auch nicht vergessen werden, dass die deutsche Linke aufgrund innerer Auseinandersetzungen im Moment dabei ist, sich aus der Gesellschaft zurückzuziehen und den Anschluss an die »Normalbevölkerung« zu verlieren, was einer der größten Fehler ist, die Linke überhaupt machen können (aber stets machen). Sich selbst nämlich mehr Aufmerksamkeit als dem Rest der Welt beizumessen, ist statt links ganz einfach egoistisch.

PETER GÄRTNER

Menschenrechte, Kuba und linke Politik

Anlass dieser Meinungsäußerung sind die Auseinandersetzungen um die Zustimmung von drei Abgeordneten der Linkspartei zur Kuba-Resolution des EU-Parlaments vom 2. Februar 2006.¹

Zwar ist seitdem geraume Zeit vergangen und beide Seiten – Befürworter und Kritiker der Resolution – haben ihre Argumente vorgebracht², die Bedeutung der dabei aufgeworfenen politischen und theoretischen Grundfragen (Menschenrechte, Inhalt und Kriterien von Sozialismus, Glaubwürdigkeit linker Politik, Verhältnis von Kritik und Solidarität unter Linken) rechtfertigen jedoch eine weiterführende, sachliche Debatte, zumal nach wie vor dringender Klärungsbedarf besteht. Ausgehend von den jeweils vorgebrachten Argumenten soll hier ein Diskussionsangebot gemacht werden, das hoffentlich zur Versachlichung der Debatte beiträgt.

Deshalb seien an erster Stelle die Gemeinsamkeiten beider Seiten hervorgehoben, die auch den Grundkonsens linkssozialistischen Politikverständnisses bilden sollten:

a) Die Durchsetzung universeller und unteilbarer Menschenrechte stellt das oberste Ziel linker Politik dar. Dazu ist der Übergang zu einer menschenwürdigen Gesellschaft notwendig, in der Sozialismus und Demokratie eine untrennbare Einheit bilden.

b) Glaubwürdigkeit und Konsequenz sind unverzichtbare Bestandteile linken Politikverständnisses. Dies sind nachvollziehbare und gerechtfertigte Argumente der Resolutionsbefürworter, denen das Recht auf freie Gewissensentscheidung zugestanden werden muss. Auch das von ihnen vorgebrachte Argument, mit der Zustimmung zur Resolution Sanktionen gegen Kuba und eine Eskalation der ohnehin schon gespannten Beziehungen zwischen der Karibikinsel und der EU verhindern zu wollen, verdient Beachtung.

c) Im Umgang der Linken miteinander bilden Solidarität und Kritik eine untrennbare Einheit, was auch und gerade gegenüber Kuba sowie für die Diskussion beider Seiten über die dortige Situation gilt. Dabei sollten folgende Prämissen Konsens sein:

- Kuba ist untrennbarer Teil des globalen linken Kräftespektrums und damit Freund und Verbündeter der europäischen Linken.

- Bei der Umsetzung sozialer Menschenrechte (Grundsicherung, Gesundheit, Bildung) sowohl im eigenen Land als auch im Rahmen der Hilfe für andere Länder des Südens hat Kuba vorbildliches geleistet.

- Blockade und Embargo durch die USA stellen das Haupthindernis für eine freie und demokratische Entwicklung Kubas dar.

Peter Gärtner, Jg. 1957, Dr. phil. habil., Politikwissenschaftler, Leipzig; Arbeits- und Forschungsgebiete: Nord-Süd-Beziehungen, Demokratisierung, Entwicklungstheorie- und -politik, Staatlichkeit und Globalisierung, regionaler Schwerpunkt: Lateinamerika.

1 Zum Text der EP-Resolution vgl. <http://www.europarl.eu.int/omk/sipade3?TYPE-DOC=TA&REF=P6-TA-2006-0042&MODE=SIP&L=DE&LSTDOC=N>.

2 Zur den Argumenten der Resolutionsbefürworter und der beiden Abgeordneten, die sich der Stimme enthalten haben, vgl. www.sylvia-yvonne-kaufmann.de/presse/pe/200602091600.html sowie die Erklärung von André Brie vom 15. 2. 2006. Zur Haltung

Ein kritischer und umstrittener Punkt ist mit Sicherheit die Verletzung politischer Menschenrechte (Inhaftierung aus politischen Gründen, Todesstrafe, Einschränkung der Reisefreiheit) in Kuba. Sie sollten m. E. keineswegs gelehnt oder unter den Teppich gekehrt werden. Vielmehr halte ich es für angebracht, die Gründe für, die Bewertungen von und die Schlussfolgerungen aus diesen Verletzungen sachlich und offen zu diskutieren, wobei die kubanische Seite unbedingt als Dialog- und Diskussionspartner einzubeziehen ist. Damit ist zugleich deutlich geworden, dass die Meinungsunterschiede in diesen Punkten legitim sind und in produktiver Weise zum Gegenstand einer Debatte unter Linken gemacht werden sollten.

Für falsch halte ich allerdings gegenseitige Beschuldigungen und Unterstellungen wie »Verrat« oder »reaktionär« gegenüber den Resolutionsbefürwortern bzw. »Stalinismus« oder »unbelehrbar« gegenüber den Resolutionskritikern – und zwar, weil dies unproduktiv und unsachlich ist: anstatt Brücken zu schlagen und gemeinsam zu neuen Erkenntnissen zu gelangen, werden nur Gräben aufgerissen, um sich darin zu verschanzen.

Was die konkrete Entscheidung – die Zustimmung zu besagter EU-Resolution – anbetrifft, so halte ich diese aus folgenden Gründen politisch für kontraproduktiv und falsch: erstens nimmt die Resolution nur auf einen Aspekt der Menschenrechtssituation auf Kuba (Ausreiseverbot für die »Damen in Weiß«) Bezug, der zudem im Gesamtkontext von sekundärer Bedeutung sein dürfte; zweitens fehlt die politische Einordnung der Haltung der kubanischen Führung (Rolle der USA); drittens ist die Sprache der Resolution anmaßend; viertens ist die Gefahr der Instrumentalisierung der Befürworter durch kubafeindliche Kräfte enorm groß; fünftens führt die Entscheidung zur Verhärtung statt zur Verbesserung der Lage auf Kuba; sechstens wäre eine vorherige Diskussion mit der kubanischen Führung angebracht gewesen.

Im Weiteren soll auf Gegenstand und Argumente der durch die Zustimmung der drei Abgeordneten der Linkspartei zu besagter EU-Resolution ausgelösten Debatte näher eingegangen werden.

Menschenrechte: Voraussetzungen, Grenzen, Prioritäten

Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte sind zwar nicht hintergebarbarer Anspruch bzw. Zielstellung auch und gerade linker Politik, aber nirgends vollständig umgesetzte Realität, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichem Maße.

Daraus ergeben sich zwei grundsätzliche Fragen: Zum einen nach Voraussetzungen und Grenzen der Universalität von Menschenrechten und zum anderen nach Prioritäten und Wegen ihrer schrittweisen Durch- und Umsetzung.

Anhand der europäischen bzw. westlichen Erfahrungen lassen sich der Rechtsstaat als institutioneller Rahmen, Bourgeoisie und Arbeiterbewegung als Protagonisten sowie die auf kapitalistischer Produktivkraftentwicklung basierende Wohlstandsmehrung als materielle Voraussetzung der Durchsetzung von Menschenrechten benennen. Alle drei Voraussetzungen wurden zwar im Kampf um den Durchbruch zum Kapitalismus bzw. um dessen Ausgestaltung realisiert, dennoch setzt gerade der Kapitalismus der vollständigen Durchsetzung der Menschenrechte auch Grenzen in Umfang und Tiefe.

und zu den Argumenten der Kritiker vgl. Interview mit Tobias Pflüger in: junge Welt, 10. 2. 2006 sowie »Resolution aus Kuba« vom 10. 2. 2006 unter: <http://linkszeitung.de>. Die Meinung des Vorsitzenden der Linkspartei, Lothar Bisky, kann man im ND v. 4. 4. 2006 nachlesen. Zur Diskussion über Grundsatzzfragen in Zusammenhang mit der Debatte über die EP-Resolution vgl. die Beiträge von Michael Brie und Uwe-Jens Heuer in: junge Welt v. 4. und 5. April 2006. Der Text von M. Brie findet sich auch auf der Homepage der RLS. Diese Version wird im folgenden als Quelle verwendet.

Dazu zählen: die einseitige Auslegung und Schwerpunktsetzung der Menschenrechte, wobei die Priorität auf den individuellen, politischen und Freiheitsrechten liegt; die Reversibilität der durchgesetzten Menschenrechte, deren Bestand an ein bestimmtes Kräfteverhältnis gebunden ist; die strukturell bedingte Ungleichheit in Bezug auf Macht und Ressourcen sowie der weitgehende Ausschluss der Wirtschaft aus dem realen Geltungsbereich von Menschenrechten.

Hinzu kommen neuartige Entwicklungen, die im Rahmen der neoliberalen Globalisierung gravierende negative Auswirkungen auf den Geltungsbereich von Menschenrechten haben. Zu nennen sind in erster Linie die Verschiebungen im Kräfteverhältnis zwischen Staat und Kapital sowie zwischen Arbeit und Kapital zugunsten des global ausgreifenden und vor allem spekulativ ausgerichteten Finanzkapitals, die den Rechts- und Wohlfahrtsstaat aushebeln, die imperiale Hybris seitens der USA, die im eigenen Land die Grundrechte ihrer Bürger einschränken und sich außerhalb ihrer Grenzen nicht um Menschen- oder Völkerrecht scheren sowie die rasch zunehmende globale Ungleichheit als Ergebnis neoliberaler Dominanz.

Aus der historisch gegebenen Verklammerung von Menschenrechten und westlichem Kapitalismus ergeben sich zugleich zwei grundsätzliche Probleme für linke Politik:

a) Soll und kann die europäische Entwicklung in puncto Menschenrechten überhaupt wiederholt und damit universalisiert werden, wenn nicht nur die historischen *Voraussetzungen* fehlen, sondern im Zuge der neoliberalen Globalisierung zudem neue Belastungen und Hindernisse für ihre umfassende Durchsetzung entstehen?

b) Wie können die *Grenzen* des westlichen Verständnisses und der kapitalistischen Praxis bei der Umsetzung von Menschenrechten überwunden werden?

Beide Problemfelder implizieren die Möglichkeit und Notwendigkeit verschiedener Wege bei der Universalisierung von Menschenrechten. Neben der gleichrangigen Einbeziehung anderer kultureller, politischer und historischer Erfahrungen sowie der Berücksichtigung unterschiedlicher materieller und wirtschaftlicher Voraussetzungen kommt dabei der Bestimmung der Prioritäten bei der prozessualen Realisierung der Menschenrechte eine Schlüsselstellung zu.

In seinem Beitrag auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz vom 5. März 2005 geht Michael Brie, der sich darin über Menschenrechte und die Haltung zu Kuba äußert³, ebenfalls von der schrittweisen Durchsetzung der Menschenrechte aus, wobei er den politischen Menschenrechten ein demokratisch wie sozialistisch begründetes Primat zuerkennt⁴. Seiner Argumentation zufolge machen erst die politischen Rechte die sozialen und kulturellen Rechte zu solchen, andernfalls könne man bestenfalls von Gratifikationen und Zugeständnissen der Machthaber sprechen.

Diese Betrachtungsweise fordert in mehrfacher Hinsicht Widerspruch heraus. An dieser Stelle sollen zunächst Kriterien der Prioritätensetzung vorgestellt werden, die eine andere Primatbestimmung erlauben, um dann beim Thema Kuba die Berechtigung des Primats politischer Rechte und ihre Bedeutung für Sozialismus am konkreten Beispiel zu diskutieren.

Die funktionale Bedeutung politischer Menschenrechte ist zwar richtig und wichtig, aber nicht hinreichend für die Zuerkennung eines Pri-

3 Vgl. Michael Brie: Was hätte Rosa gesagt? Beitrag auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der RSL, 5. März 2006, S. 5 der PDF-Version unter: www.rosalux.de/cms/index.php?id=11218.

4 Vgl. ebenda, S. 6.

mats gegenüber allen anderen Rechten. Folgende Gegenargumente lassen sich zur Untermauerung dieser These anführen:

Erstens ist die Prioritätensetzung bei der schrittweisen Durchsetzung von Menschenrechten vom jeweiligen Kontext abhängig. Dazu zählen Ressourcenausstattung, institutionelle Voraussetzungen, Interessen und Werte der gesellschaftlichen und politischen Akteure sowie die subjektive Situation der Menschenrechte einfordernden Gruppen und Individuen. Beispielsweise erfordert die Durchsetzung von Menschenrechten in einem von Staatszerfall bedrohten Land zuerst das Funktionieren elementarer politischer Institutionen und die Sicherstellung der Grundversorgung der Bevölkerung. Das Menschenrecht auf Leben, also die pure Existenzsicherung, steht hier an erster Stelle. In dieser Situation, die immerhin auf eine Reihe afrikanischer und einige asiatische Länder zutrifft, ist die Realisierung sozialer Menschenrechte z. B. durch internationale NGOs notwendig, ohne dass bereits politische Menschenrechte durchsetzbar sind. In anderen Fällen differiert die Prioritätensetzung je nach individueller oder gruppenspezifischer Lebenssituation. Ein in relativer materieller und physischer Sicherheit lebender Freiberufler räumt anderen Menschenrechten Priorität ein als ein in Armut lebender Bauer, der zudem vielleicht noch von Dürre oder Bürgerkrieg bedroht ist. Meist stehen jene Menschenrechte auf der politischen Tagesordnung, die noch nicht durchgesetzt sind oder die in einer bestimmten Situation besondere Dringlichkeit besitzen. Das Primat von politischen Rechten ist Kennzeichen der besonderen Entwicklung des westlichen Kapitalismus und kann, muss aber nicht, auch für andere historische oder regionale Entwicklungen Gültigkeit haben. Bei den Menschenrechten gibt es, wie auf anderen Feldern von Entwicklung auch, in der nichtwestlichen Welt eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Zwar nehmen politische Rechte im funktionalen Sinne eine Schlüsselstellung ein, aus der sich aber noch kein Primat ableiten lässt, wie im nächsten Punkt zu zeigen sein wird.

Zweitens ist eine andere Typisierung der Menschenrechte möglich, die eine andere Prioritätensetzung (Primatbestimmung) impliziert. Diese ergibt sich aus zwei Grundprämissen: Elementare Voraussetzung gesellschaftlichen und damit auch politischen Handelns ist die Sicherung der Existenz des Menschen. In diesem Sinne hat das Menschenrecht auf Leben Priorität. Letztes Ziel aller Menschenrechte ist die Herstellung und Wahrung der Würde des Menschen, das unter diesem Aspekt das Primat besitzt.⁵ In Anlehnung an die zentrale Bedeutung von Ressourcengerechtigkeit für die gesamte Menschenrechtsproblematik, wie sie vom Wuppertal Institut begründet wird⁶, lassen sich drei unverzichtbare Aspekte von Würde bestimmen: die individuelle physische Existenz, die Identität, was Selbstachtung und Anerkennung durch andere einschließt, und die Entfaltung von Individuum und Gesellschaft. Damit geht also das Primat der Existenzsicherung im Primat der dignitiven Norm- und Zielsetzung auf. Mit der rapiden Zunahme existenzieller Gefährdungen und Unsicherheiten von globaler Dimension (Weltrisikogesellschaft) erlangt auch der untrennbare Zusammenhang von Existenz(sicherung) und Würde eine zusätzliche Aufwertung, die auch und gerade für die Menschenrechte gilt. Die Zentralität von Würde verlangt zugleich nach einer grundsätzlichen Infragestellung des Neoliberalismus, der

5 Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sowohl das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als auch die aufständischen Zapatisten in Chiapas (Mexiko), die sich hauptsächlich aus Indígenas zusammensetzen, der Wahrung bzw. Durchsetzung der Würde des Menschen oberste Priorität einräumen. Zur Position der Zapatisten vgl. Luz Kerkeeling: *La lucha sigue!* Der Kampf geht weiter, Unrast-Verlag, Münster 2006, S. 276 f.

6 Vgl. Wuppertal Institut (Hrsg.): *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit*, Bonn 2006, S. 133.

7 So auch die Einschätzung von M. Brie, vgl. Derselbe: a. a. O., S. 1.

8 Den Begriff »Existenzrechte« verwendet das Wuppertal Institut in seiner Studie, vgl. Wuppertal Institut, a.a.O., S. 136 ff.

9 Zugleich wird Freiheit meist, so auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen 1948 in Artikel 1 (»Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.«) und Artikel 3 (»Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.«), als Bestandteil einer Gesamtheit gleichwertiger Menschenrechte (Gleichheit, Leben, Sicherheit) verstanden. Selbst in der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776, in der erstmals allgemeine Menschenrechte postuliert wurden, wird zunächst als Grundbedingung die Rechtsgleichheit aller Menschen vor Gott deklariert. Unter den dort genannten fundamentalen Menschenrechten ist Freiheit ebenfalls mit Leben und dem Streben nach Wohlstand gleichgestellt. Gerade die USA sind zugleich ein Beispiel, wie weit Anspruch und Realität von Menschenrechten auseinanderklaffen können, denkt man nur an das Schicksal der indianischen Urbevölkerung und der Afroamerikaner, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung als minderwertig angesehen, von Ausrottung durch die weißen Siedler bedroht waren (Indianer) oder als Sklaven gehalten wurden (Afroamerikaner). Zu den angeführten Dokumenten vgl. Office of High Commissioner of Human Rights (1948), Reso-

imperial und autoritär ist⁷, im speziellen und des Kapitalismus im allgemeinen.

Zwischen existenziellen Menschenrechten (Existenzrechten⁸), die das Recht auf Leben sicherstellen, und dignitiver Zielsetzung, die die normative Messlatte aller Menschenrechte darstellt, liegen die funktionalen und die ausgestaltenden Menschenrechte. Sie haben gegenüber Lebenssicherung und Würde, denen aus jeweils unterschiedlicher Sicht das Primat zukommt, dienende Funktion. In dieser Typisierung wären die politischen Rechte als funktionale Menschenrechte und Reisefreiheit als ausgestaltende Rechte anzusehen.

Drittens erfordert Freiheit als Kernforderung politischer Menschenrechte⁹ selbst Voraussetzungen, die zwar in Europa vorhanden waren bzw. sind, aber im Rest der Welt weitgehend fehlen. Freiheit existiert nicht im luftleeren Raum, sondern ist im spannungsreichen Dreieck von Macht, Ressourcenzugang und Wissen verortet. Zugleich bilden die Freiheit der anderen und die sich aus Freiheitsrechten ergebenden Pflichten Grenzlinien der eigenen Freiheit. Diese darf nicht zum Schaden anderer oder gar schwächerer ausgeübt werden. Legt man diese Kriterien zugrunde, dann ist gerade die Bevölkerungsmehrheit im Süden durch ein mehrfaches Machtgefälle zugunsten des Nordens und der einheimischen Elite, die Vertiefung der sozialen Spaltung und den fehlenden Zugang zu Wissen und Bildung von grundlegenden Freiheitsrechten abgeschnitten. Ein armer, analphabetischer, marginalisierter, unorganisierter oder/und nicht über die notwendigen amtlichen Papiere verfügender Mensch, der aufgrund seines Migrantenstatus vielleicht noch völlig rechtlos ist, kann seine Freiheitsrechte nicht oder nur sehr begrenzt wahrnehmen. Deshalb sind der freie Zugang zu ausreichender Bildung, die Überwindung von Armut, die volle Anerkennung als Staatsbürger und das Vorhandensein ausreichender Infrastruktur elementare Voraussetzungen für die Ausübung politischer Rechte, womit das dann immer noch vorhandene Machtgefälle keineswegs ausgeglichen ist. In dieser Situation, die im Süden für die Mehrheit der Bevölkerung Normalfall ist, kehrt sich die Primatsetzung sogar um: soziale Rechte (Grundsicherung, Bildung) haben das Primat gegenüber politischen Rechten. Damit soll die Bedeutung von Freiheit und anderen politischen Rechten keineswegs geschmälert werden. Sie sind unabdingbarer Bestandteil von Gerechtigkeit und Würde und haben bei ausreichenden Voraussetzungen eine unverzichtbare funktionale Bedeutung für die Durchsetzung und Ausweitung anderer Menschenrechte. Diese Bedeutung reicht jedoch nicht hin, um ihnen das Primat innerhalb der Menschenrechte zuzusprechen.

Was bedeutet dies nun für linke Politik? Für erstrangig und zentral halte ich die Bekräftigung des über das linke Spektrum hinausgehenden Standpunktes, dass die Herstellung und Wahrung der Würde aller Menschen oberstes Ziel von Menschenrechtspolitik ist und dass die sich daraus ableitenden Menschenrechte ihrem grundsätzlichen Anspruch nach universell und unteilbar sind. Ausgehend davon besteht die Aufgabe linker Politik darin, die grundsätzlichen und konkreten Hindernisse für die Erreichung dieses Ziels zu benennen sowie Strategien vorzuschlagen, wie diese Hindernisse zu beseitigen oder zu überwinden sind. Spezifisch linkes Anliegen sollten dabei folgende Punkte sein:

Erstens sollte linke Politik den umfassenden, über das derzeit dominierende westliche Verständnis hinausgehenden Charakter der Menschenrechte immer wieder betonen, d. h. zum Kanon der Menschenrechte gehören politische Menschenrechte genauso wie soziale und ökonomische.

Zweitens sollte linke Politik die grundsätzlichen, systemimmanenten Hindernisse konkret benennen, die aus dem Kapitalismus resultieren und die verhindern, dass sich Menschenrechte universell, unteilbar und umfassend durchsetzen lassen. Würde und Selbstbestimmung für alle sind mit kapitalistisch bedingter Ausbeutung, Ausgrenzung und Fremdbestimmung prinzipiell unvereinbar.

Drittens sollte linke Politik im Ringen um die Durchsetzung der Menschenrechte im Kapitalismus eigene Prioritäten setzen, wobei existenzielle Menschenrechte an oberster Stelle stehen sollten. Wenn im linken Selbstverständnis Menschenwürde und Selbstbestimmung Zielpunkt von Menschenrechtspolitik sind, dann impliziert dies natürlich, dass Bürger- und Freiheitsrechte unverzichtbarer Bestandteil dieser Politik sind. Die genannten Rechte sind in Ausübung und Umsetzung jedoch nicht abstrakt (kein Wert an sich), sondern darauf gerichtet, einen optimalen Beitrag zur Realisierung des obersten Ziels (Würde, Selbstbestimmung) und der obersten Priorität (Recht auf Leben) zu leisten.

Viertens sollte linker Menschenrechtspolitik immer die konkrete Analyse von Interessen, Kräfteverhältnissen, sozialer Lage und Gesellschaftsstrukturen zugrunde liegen.

In der politischen Praxis sind diese Prinzipien natürlich nicht eins zu eins umsetzbar, sie sollten aber ungeachtet dessen Richtschnur sein. Wie dies im konkreten Fall der EU-Resolution zu Kuba aussehen könnte, möchte ich deshalb im folgenden zu skizzieren versuchen.

Kuba: Revolution, Menschenrechte, Sozialismus

Jede realistische und sachliche Analyse und Bewertung der Situation auf und um Kuba hat von folgenden Prämissen auszugehen: Erstens ist Kuba ein Land des Südens bzw. der Dritten Welt; zweitens liegt das Land im Schatten der USA, die nicht nur unmittelbarer Nachbar sind, sondern deren imperiale Begehrlichkeiten spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts die größte Gefahr für eine eigenständige Entwicklung Kubas darstellen; drittens handelt es sich bei Kuba um eine (kleine) Insel im Belagerungszustand ohne Hinterland, mit wenigen natürlichen Ressourcen und ohne sicheren Schutz; viertens hat das kubanische Volk unter Führung einer linken Rebellenorganisation eine authentische und siegreiche Revolution (neben der mexikanischen Revolution von 1910 im 20. Jahrhundert die einzige auf dem lateinamerikanischen Subkontinent) durchgeföhrt, in deren Ergebnis erstmals in der kubanischen Geschichte das Selbstbestimmungsrecht des Volkes durchgesetzt und den entscheidenden Entwicklungshindernissen der konsequente Kampf angesagt wurde.¹⁰

Will man zu einer ehrlichen und ausgewogenen Einschätzung der Menschenrechtssituation gelangen, dann ist dies nur auf der Basis der vier oben angeführten Prämissen und über einen Vergleich möglich, der erstens die historischen Erfahrungen Kubas bis 1959 einbezieht und zweitens die konkreten Verhältnisse in Lateinamerika und im Süden berücksichtigt. Um diesen Vergleich abzurunden, kann dann auch der

lution 217 (III) sowie Wikipedia (<http://de.wikipedia.org>).

¹⁰ Vgl. zur kubanischen Revolution, ihrer historischen Einordnung und ihrer Entwicklung bis zur Gegenwart besonders Michael Zeuske: *Insel der Extreme. Kuba im 20. Jahrhundert*, Zürich 2004 sowie Derselbe: *Kleine Geschichte Kubas*. München 2000. M. E. handelt es sich in der Summe beider um die kenntnisreichste Darstellung der kubanischen Geschichte. Vgl. dazu auch meine Rezensionen unter: www.quetzal-leipzig.de

Bezug zu den Ländern des westlichen Kapitalismus hergestellt werden. Legt man im dritten Schritt noch die oben skizzierten Überlegungen zu Voraussetzungen, Grenzen und Prioritäten von Menschenrechten zugrunde, verfügt man über das geeignete Instrumentarium, um in der schwierigen, komplexen und kontrovers diskutierten Frage der Menschenrechte auf Kuba einer adäquaten Antwort nahezukommen.

Auf der Suche nach einer Antwort ist es sinnvoll, in zwei Schritten vorzugehen: Zunächst soll diskutiert werden, wie sich Kuba auf der Weltkarte der Menschenrechte einordnet, um anschließend der Frage nachzugehen, über welche Spielräume die kubanische Menschenrechtspolitik verfügt und durch welche Prioritäten sie charakterisiert wird.

Innerhalb des globalen Südens im allgemeinen und innerhalb Lateinamerikas im speziellen steht Kuba – gemessen an seinen ökonomischen Möglichkeiten und seinen politischen Spielräumen – bei der Durchsetzung sozialer und kultureller Menschenrechte (Recht auf Arbeit, Gesundheit und Bildung) an vorderster Stelle und leistet darüber hinaus durch die Entsendung von Ärzten, die kostenlose Ausbildung von Studenten aus anderen Ländern des Südens und durch unentgeltliche Katastrophenhilfe einen wichtigen Beitrag zu Verbesserung der Menschenrechte in anderen Ländern. Gewalt und krasse Armut, die insbesondere in Lateinamerika die wichtigste Quelle von Menschenrechtsverletzungen darstellen, sind in Kuba weitgehend ausgetrocknet.

Gerade in der Demokratiefrage ist der Bezug zu den übrigen Ländern Lateinamerikas, die einerseits im westlichen Verständnis gemeinhin als demokratisch gelten, andererseits demselben regionalen Umfeld angehören und mit Kuba am ehesten vergleichbar sind, sinnvoll. Auch in diesem für die Menschenrechtssituation wichtigen Punkt schneidet Kuba relativ gut ab. Zum einen zeigt eine nach wissenschaftlichen Kriterien vorgenommene Analyse, dass es sich bei den meisten lateinamerikanischen Republiken bestenfalls um »defekte« Demokratien oder Regimehybride¹¹ handelt, in denen der Rechtsstaat kaum existent ist, autoritäre Enklaven existieren, sich Demokratie größtenteils auf den Wahlakt reduziert und das Wahlrecht wegen mangelnder Ressourcen von einem großen Teil der Bevölkerung nicht wahrgenommen werden kann. Zum anderen räumt Kuba seinen Bürgern in partizipatorischer Hinsicht mehr Rechte ein als jedes andere Land der Region.

Auch in Hinblick auf die kubanische Vergangenheit gibt es unter Kennern der damaligen Verhältnisse weitgehend Konsens darüber, dass die Menschenrechtssituation nach der Revolution eine wesentlich bessere ist als unter der Batistadiktatur. Zwar gab es vor 1959 auch temporäre Demokratisierungsversuche, die aber alle an der neokolonialen Realität gescheitert sind, wofür die USA den Hauptteil der Schuld tragen.

Im Vergleich mit dem kapitalistischen Westen sind folgernde Punkte zu berücksichtigen: Erstens verfügt der Westen über weitaus bessere materielle und institutionelle Möglichkeiten als Kuba. Demokratie und Menschenrechte haben dort eine lange historische Tradition und den Protagonisten der Durchsetzung dieser zivilisatorischen Errungenschaften – Bourgeoisie und Arbeiterbewegung – ist es nach oft schmerzhaften Erfahrungen und Rückschlägen gelungen, sich in harten Auseinandersetzungen auf Demokratie, Menschenrechte und Teilhabe am Wohlstand als gemeinsamen Nenner zu einigen.

11 Zur Konzeption der »defekten« Demokratie vgl. Wolfgang Merkel et al.: Defekte Demokratie, Band 1: Theorie, Opladen 2003; zur Konzeption hybrider Regimes vgl. Heidrun Zinecker: Regime-Hybridität in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 11 (2004) 2, S. 239-272. Zur Demokratieproblematik als universelles Problem im allgemeinen und zur Typologisierung der politischen Regimes in Lateinamerika im speziellen vgl. Peter Gärtner: Demokratie – Ausnahme oder Regel? Zentralamerikanische Antworten auf ein universelles Problem, Teil 1-3, in: Berichte der IWVVW, April-Juni 2005, bes. S. 75-82 im Juni-Heft.

Zweitens setzt Kuba aufgrund seiner historischen Erfahrungen und materiell-institutionellen Möglichkeiten die Prioritäten bei der Umsetzung von Menschenrechten anders. Die kubanische Revolution nimmt für sich das Recht in Anspruch, einen alternativen Typus von Demokratie – die partizipative Demokratie – institutionalisieren zu wollen.

Drittens werden infolge der neoliberalen Globalisierung in den westlichen Ländern Demokratie und Sozialstaat zunehmend ausgehöhlt, ausgehebelt und unterlaufen, so dass auch dort Demokratiedefizite, soziale Schieflagen und erste Desintegrationserscheinungen zu verzeichnen sind.

Im direkten Vergleich zwischen Kuba und dem Westen kann durchaus von einer gleichrangigen Umsetzung der Menschenrechte ausgegangen werden. In beiden Fällen sind die existenziellen Menschenrechte im wesentlichen gesichert, bei den funktionalen Menschenrechten legt der Westen den Schwerpunkt auf die individuellen Freiheitsrechte, die jedoch im Zuge der Terrorismusbekämpfung zunehmend eingeschränkt werden, während Kuba den sozialen Menschenrechten Priorität einräumt und dort vorbildliches geleistet hat.¹² Die Defizite bei den ausgestaltenden Menschenrechten sind wohl bei Kuba größer, was jedoch bei Einbeziehung der Menschenrechte von Langzeitarbeitslosen, Migranten und »Untergetauchten« im Westen stark zugunsten Kubas relativiert wird. Summa summarum nimmt Kuba auf der Weltkarte der Menschenrechte einen vorderen Platz ein, der nur dadurch geschmälert wird, dass bei der Durchsetzung der politischen Freiheitsrechte deutliche Einschränkungen bestehen. Diese werden gerade von Angehörigen der Generation, die einerseits die Batistadiktatur und die Revolution nicht mehr aus eigenem Erleben kennt, andererseits aber die sozialen Menschenrechte in Kuba als »normal« ansieht, zunehmend thematisiert. Welche Dilemmata für alle Akteure, besonders aber für die kubanische Führung, in der Menschenrechtsfrage bestehen, soll im folgenden umrissen werden.

Für die Kubaner selbst ist von zentraler Bedeutung, dass ihre Revolution ein Akt der Selbstbestimmung war und ist, der ihre Würde als Nation und als ehemals Subalterne hergestellt hat. Die kubanische Revolution stellt die größte Errungenschaft in der Geschichte des kubanischen Volkes dar und verleiht dem politischen System Kubas seine Legitimität.

Diese Legitimität ist zunächst revolutionärer Natur und unterscheidet sich damit sowohl von der demokratischen Legitimation westlicher Staaten als auch von der Legitimität der realsozialistischen Länder Osteuropas, die sich maßgeblich aus dem sowjetischen Sieg über Hitlerdeutschland ergab, zugleich aber durch die von Moskau ausgehende Fremdbestimmung untergraben wurde. Als antidiktatorische und anti-imperialistische Volksrevolution waren der Sieg von 1959 und die nachfolgenden Transformationsprozesse eine spezifische Form der Ausübung von Volkssouveränität und können in dieser Hinsicht als eine originäre Form demokratischen Handelns des kubanischen Volkes betrachtet werden. Die daraus resultierende Hegemonie der Revolutionsführung um Fidel Castro hat selbst den immensen Belastungen der Existenzkrise standgehalten, die die kubanische Revolution 30 Jahre nach dem Sieg von 1959 durchlitt und die ihre hauptsächliche Ursache im plötzlichen Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa

12 An dieser Stelle sei nochmals auf das Argument von M. Brie eingegangen, dass soziale Menschenrechte beim Fehlen politischer Rechte lediglich Gratifikationen der Herrschenden seien. Sollte dies auch auf Kuba gemünzt sein, was vom Kontext her nahe liegt, so sei folgender grundsätzlicher Einwand angeführt: Die sozialen Menschenrechte sind dem kubanischen Volk nicht von oben geschenkt worden, sondern sie sind von ihm selbst in einem opferreichen Kampf erstritten worden. Ohne die Revolution, die wie gesagt ein originärer Akt der Selbstbestimmung des Volkes war, gäbe es sie auf diesem hohen Niveau überhaupt nicht. Zudem kann im Falle des revolutionären Kubas auch nicht vom völligen Fehlen politischer Freiheit die Rede sein. Immerhin hat sich das kubanische Volk von zahlreichen Fesseln befreit: von der Batistadiktatur, von der neokolonialen Dominanz der USA, von der Mafia, von einer korrupten und arroganten Oberschicht etc. Es hat sich damit bestimmte Freiheiten (nicht alle) erkämpft. Außerdem kann man von einem kleinen Land im Belagerungszustand, das sich in einem Jahrzehnte dauernden Krieg mit der einzigen globalen Supermacht befindet (so auch M. Brie, a. a. O., S. 7), kaum ernsthaft erwarten, dass es ein Hort politischer Freiheit ist. Sollten die USA ihren Krieg gegen Kuba einstellen, dann steht auch die Freiheitsfrage in Kuba neu, weil erst dann das kubanische Volk frei entscheiden kann und wird. Von einer »dauerhafte(n) strukturelle(n) Außerkräftsetzung aller wesentlichen politischen Freiheitsrechte« (Michael

Brie, a. a. O., S. 8) würde ich aus all diesen Gründen nicht sprechen. Wohl gibt es nach wie vor ein Machtungleichgewicht innerhalb Kubas, aber das gilt für alle Gesellschaften, solange es den Unterschied zwischen Regierten und Regierenden oder arm und reich gibt. Die Breiten- und Tiefenwirkung der kubanischen Volksrevolution ist zugleich der gravierende Unterschied gegenüber den ehemals »sozialistischen« Ländern Osteuropas einschließlich der DDR, weshalb ich auch der Auffassung von M. Brie, dass es »keinen grundsätzlichen Unterschied« (a. a. O., S. 7) gebe, nicht zustimmen kann.

hatte. Obwohl Kuba mit einem Schlag seiner bisherigen Schutzmacht, die sowohl den Hauptanteil des überlebenswichtigen Erdöls lieferte als auch wichtigster Abnehmer des Hauptexportproduktes Zuckerrohr war, verlustig ging, verlor das Revolutionsregime nicht die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit, konnte entgegen allen Zusammenbruchsprognosen überleben und sich ab Mitte der 1990er Jahre wieder stabilisieren.

Ausgehend von dieser Bewertung der kubanischen Revolution können sowohl der sozialistische Charakter der Revolution, die Spielräume der kubanischen Menschenrechtspolitik als auch die Bedeutung Kubas für linke Politik angemessen diskutiert werden.

M. Brie spricht in seinem vorn erwähnten Beitrag Kuba (der Revolution oder dem Regime?) den sozialistischen Charakter wegen des Mangels an Demokratie ab. Dieses Verdikt ist m. E. aus drei Gründen nicht gerechtfertigt: erstens lässt sich das Revolutionsregime aufgrund der oben angeführten Argumente nicht einfach als »antidemokratisch« abqualifizieren; zweitens gehören Sozialismus und Demokratie letztlich zusammen, der Weg dorthin kann aber gerade unter den Bedingungen, unter denen sich die kubanische Revolution zu bewähren hat, lang und widersprüchlich sein (Sozialismus wird ja auch im Programm der Linkspartei in der Dreieinigkeit von Idee, Bewegung und Ziel definiert); drittens ist Demokratie nicht das einzige oder allein entscheidende Kriterium für Sozialismus (Brechung der Profitdominanz und darauf zielende Veränderungen der Gesellschaftsstruktur sind gleichrangige Kriterien).

Für die Bewertung des sozialistischen Charakters der kubanischen Revolution gibt es neben den zuvor genannten Pro-Argumenten auch einschränkende Faktoren, die zugleich den Spielraum der kubanischen Menschenrechtspolitik mitbestimmen.

Erstens stellt der berechnete Anspruch Kubas, eine alternative Gesellschaft, den Sozialismus, allein auf sich gestellt aufbauen zu wollen, einen Widerspruch in sich dar. *Zweitens* ist Kuba gezwungen, dies in einem extrem feindlichen Umfeld, mit geringen Ressourcen und einem hohen Maß an Verwundbarkeit zu versuchen. Im einzelnen wirkt sich das Zusammenwirken von US-Blockade, permanenter Invasionsgefahr, ökonomischer Verwundbarkeit (Zuckerrohr als anfällige Monokultur, Ölabhängigkeit, Insellage), Instrumentalisierung der Menschenrechtsfrage durch die westlichen Industrieländer, Dritte-Welt-Status und Nähe zu den USA äußerst ungünstig sowohl auf die Realisierung der Menschenrechte als auch auf die Umsetzung des sozialistischen Anspruchs aus. Ein *dritter* Faktor, der in erster Linie bei der Menschenrechtspolitik negativ zu Buche schlägt, aber auch die Realisierbarkeit des sozialistischen Anspruchs beeinflusst, ist der Umstand, dass die Regierung beim Umgang mit der Opposition vor einem schwerwiegenden Dilemma steht, was aber zugleich auch umgekehrt gilt. Das Dilemma beider Seiten liegt darin begründet, dass sich das Land de facto im Ausnahme- und Belagerungszustand befindet und sich jeder Oppositionsversuch der Gefahr einer Instrumentalisierung durch die USA ausgesetzt sieht. Die Opposition hat in dieser Situation schwerwiegende Legitimierungsprobleme und muss sich glaubwürdig von den USA und dem Exil in Miami abgrenzen, was ihr aber angesichts der objektiv sehr großen Instrumentalisierungsgefahr nur selten gelingt. Umgekehrt liegt

für die Regierung genau in der jederzeit drohenden Instrumentalisierung ein unkalkulierbares Risiko, dem sie zumeist durch präventive Verbotsmaßnahmen und Festnahmen zu begegnen sucht. Massives Misstrauen auf beiden Seiten, Schwankungen in der Haltung der Regierung gegenüber der Opposition und ernsthafte Glaubwürdigkeitsprobleme seitens der Opposition sind die unvermeidliche Folge. Verschärft wird die Situation noch durch die intransigente Haltung des Exils in Miami, das unverhohlen mit Revanche und Restauration droht, und durch die Verschärfung der Anti-Kuba-Politik der USA, die schon unter Clinton begonnen hatte und von Bush II weiter forciert wurde. Nicht zuletzt der Verlauf der Rekapitalisierung in Osteuropa bestätigt die schlimmsten Befürchtungen der kubanischen Führung.

Alle beteiligten Akteure – die kubanische Regierung, das kubanische Volk, die kubanische Opposition, die Linken außerhalb Kubas, aber auch die äußeren Feinde der kubanischen Revolution – stehen vor jeweils anderen Dilemmata, die sie nur durch eine Kosten-Risiko-Nutzen-Abwägung zur Bestimmung des kleineren Übels für sich auflösen können. Dabei steht jeder dieser Akteure in Bezug auf die anderen und für sich vor der Aufgabe, die Prioritäten richtig zu setzen.

Die Bedeutung Kubas für linke Politik kann man wie folgt umreißen: *Erstens* stellt Kuba aus historischer Sicht einen Restposten des sozialistischen Lagers dar, der trotz extrem ungünstiger Bedingungen überlebt und an seiner antikapitalistischen Orientierung festgehalten hat. Kuba belegt, dass die Implosion des Sozialismus nicht zwangsläufig war. *Zweitens* besteht die aktuelle Bedeutung Kubas darin, dass es schon allein durch seine Existenz den Spielraum für alternative Entwicklung in Lateinamerika erweitert.

Drittens besteht seine in die Zukunft reichende Bedeutung darin, dass es zwar nicht mehr Modell ist, aber dennoch ein wichtiger Aktivposten im Kampf gegen die neoliberale Globalisierung ist. Kuba ist der lebendige Beweis, dass Alternativen selbst im peripheren »Hinterhof« trotz neoliberaler Hegemonie und imperialer Politik seitens der einzigen Weltmacht USA möglich sind. Auf der Suche nach antikapitalistischen Alternativen hat Kuba in freier Entscheidung und unter schwierigen Bedingungen einen originären Weg beschritten, auf dem sich ein embryonaler Sozialismus ausgeformt hat, dessen wichtigste Errungenschaft die Sicherung sozialer Menschenrechte ist und der sich machtpolitisch in einer sich von westlichen Vorgaben abgrenzenden partizipativen Demokratie manifestiert. Die Anerkennung der bisherigen Ergebnisse des spezifisch kubanischen Weges zum Sozialismus impliziert zugleich zwei Einschränkungen: Der weitere Weg ist noch lang und das bisher Erreichte noch keineswegs gesichert. Es bleibt zu hoffen, dass die kubanische Revolution wie bisher aus ihren negativen wie positiven Erfahrungen lernen wird und fest genug verwurzelt ist, künftige Gefährdungen zu überstehen. Als äußerer Faktor sind dabei die Beziehungen zu den übrigen Ländern Lateinamerikas entscheidend. Die jüngste Linksentwicklung auf dem Halbkontinent, die Kuba aus der Isolierung der 1990er Jahre herausgeholt hat, gibt Anlass zur Hoffnung.¹³

13 Vgl. dazu besonders die kürzlich publizierten Artikel von Albert Sterr in: *iz3w*, Nr. 292, April-Mai 2002 sowie in: *ak – analyse & kritik*, Nr. 506, 19. 5. 2006. Dort ist auch weiterführende Literatur angegeben.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Das haben wir gern: Sich erst in Washington Streicheleinheiten verpassen und sich tätscheln lassen und nur wenig später an amerikanischen Geheimknästen in Osteuropa herummäkeln. Die seien mit ihren Vorstellungen von Demokratie unvereinbar. Oder so ähnlich. Mit Verlaub, Frau Merkel, das hätten Sie (oder besser: wir) doch schon früher haben können. Ähnliches gilt auch für die Irakkriegbegründungen, die ja letztsens nun auch amerikanisch-amtlich als erlogen und erstunken klassifiziert worden sind. »Unamtlich« galt das schon lange als gesichert, mindestens seit dem peinlichen UNO-Auftritt des damaligen US-Außenministers Powell, der sich dazu hergegeben hatte, schlecht gebastelte Schautafeln über irakische Chemiewaffenlabors vorzuführen. Schon zu dieser Zeit, Frau Merkel, damals noch Opposition, hätten Sie Ihre Verstimmung kundtun können. Haben Sie natürlich nicht, sondern Sie bezeichneten zaghafte Kritik aus den Reihen der SPD an der US-Politik und die deutlichere von links als »Antiamerikanismus«.

Könnte es sein, Verehrteste, daß Ihnen Ihre Berater geraten haben, angesichts der zunehmenden Kritik an Bush im eigenen Land und der Möglichkeit, daß demnächst immer neue seiner Durchstechereien (und die seiner Freunde) publik werden, sich jetzt in Sachen Bush allmählich zurückzunehmen oder sich gar abzusetzen? Das wäre doch verständlich. Nein, fein wär's nicht. Eben Politik.

Die Sache mit den Geheimknästen in Osteuropa ist von einigem Unterhaltungswert. Nehmen wir die Polen. Wenn meine Zeitrechnung nicht ganz aus der Spur ist, dann müßten doch die CIA-Gefangenen zur Zeit des Regierens der Kwasńieski-Sozialisten in Polen »geweiht« haben – was für eine Möglichkeit für die derzeit regierenden Nationalkonservativen der »Kommune« eins auszuwischen.

Geht aber nicht so richtig: Denn einem (einige Jahrzehnte lang als »Antisowjetismus« kaschierten) Antirussismus als Bestandteil polnischer Alltagskultur entspricht auf der anderen Seite ein ziemlich rigoroser Pro-Amerika-Fimmel. In dieser Beziehung lassen sich doch die Kaczyńskis nicht die Butter vom Brot nehmen. Aber ich bin mir sicher, daß wir über kurz oder lang wissen werden, in welchem polnischen (oder rumänischen) Ort die CIA-Gefangenen festgehalten wurden. Doch dem Mikrogeografischen ist natürlich kaum eine politische Dimension abzugewinnen, aber es ist von einigem Unterhaltungswert. Das ist doch auch schon was.

Ausgesprochen unspaßig (bis unappetitlich) finde ich hingegen die regelmäßig in osteuropäischen Regionen auflichternden Nationalitätendebatten. Als hätte der Balkankrieg nicht schon gereicht. Neulich brachte sich der polnische Erziehungsminister Giertych mit Überlegungen ins Gespräch, die deutsche Minderheit in Polen bei Wahlen nicht mehr durch den Wegfall der 5-Prozent-Klausel zu bevorzugen. Nahezu zeitgleich lese ich im *Neuen Deutschland* in einer Korrespondenz aus Bratislava, tönte ein slowakischer Nationalist anti-ungarisch herum und beglückwünscht die Tschechen, das Problem ihrer deutschen Minderheit zeitig gelöst zu haben. So etwas kann auch nicht durch ungarische Maßnahmen entschuldigt werden, die mit ihrem Anspruch, auch für ihre ungarischen Landsleute im einstigen Großungarn verantwortlich zu sein, die Slowaken verärgerten. Über die Esten und die Letten verliert kaum noch jemand ein Wort, sofern sie sich weiterhin fleißig antirussisch verhalten und den in ihren Republiken lebenden Russen (manchmal kaum als Minderheit zu klassifizieren ...) bestimmte Bürgerrechte vorenthalten. Sicher, alles hat Gründe, alles hat Ursachen. Doch wer es nicht schafft, sich aus dieser Retourkutschen-Ideologie zu lösen, hat – eigentlich – in der EU nichts verloren. Man liest und hört vielerorts nationalistischen Schwachsinn und meint, sich im falschen Film zu befinden. Sind sie denn alle verrückt geworden? Wollen sie irgendwann, vielleicht in dreißig oder vierzig Jahren, in Schlesien wieder Schlachten am Annaberg schlagen?

Und aus Brüssel? Ab und zu mal ein zaghaftes »Du-Du«chen anstelle schärfster Verurteilung jeglichen nationalistischen Grummelns. Gut, dieses Verhalten von Europapolitikern ist so unverständlich nicht, waren die meisten von ihnen doch vor gar nicht so langer Zeit noch herzlich daran beteiligt gewesen, kroatische oder bosnische oder slowenische oder mazedonische oder albanische Nationalisten – habe ich jemanden vergessen? – zu hofieren und zu unterstützen.

Ach, ja, der Papst war hier. Nun ist er wieder weg. Nein, nicht das Gepränge hatte verwundert, es gehört bei Katholiken dazu. Und die Massenaufläufe auch. Eher verwunderte schon die höfische Berichterstattung und deren Umfang in den Öffentlich-rechtlichen Anstalten. Sie verwunderte insbesondere angesichts des Umstandes, daß Deutschland – Bayern einmal separiert – ein Land leerer Kirchen ist (die dann mitunter aus Kostengründen verkauft und weltlichen Zwecken zugeführt werden), ein Land, in dem es kaum Priesternachwuchs und Ordensleute gibt, ein Land, in dem die Kirche vom Steuerbürger unterhalten werden muß (was eines Tages zu einer simplen Folklore-Geschichte geraten könnte ...). Doch das Fernsehen tat so, als ob. Aber nu issa ja wieder weg.

Andreas Diers:
Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat. Wolfgang Abendroth.
 Leben und Werk 1906-1948,
 VSA-Verlag Hamburg 2006,
 628 S. (39,80 €)

Im Mai dieses Jahres hätte mit Wolfgang Abendroth einer der wichtigsten marxistischen Wissenschaftler der Bundesrepublik seinen hundertsten Geburtstag gefeiert. Pünktlich zum Jubiläum ist nun eine Teilbiographie über den 1985 verstorbenen Rechtswissenschaftler und Politologen erschienen.

Die interdisziplinär angelegte Dissertationsschrift des Juristen Andreas Diers umfasst mit den Jahren 1906 bis 1948 etwa die erste Hälfte von Abendroths Leben. Sie zeichnet einen überaus bewegten Werdegang nach: Kindheit im Kaiserreich, Studium und politische Aktivität in der Weimarer Republik, Promotion im Schweizer Exil, Rückkehr nach Deutschland und Widerstand gegen die NS-Herrschaft, Einberufung ins »Strafbataillon 999« und Mitglied der griechischen Partisanen, Haft in den Knästen der Gestapo und später in britischen Kriegsgefangenenlagern, Professor in der Sowjetischen Besatzungszone und schließlich Flucht in die spätere Bundesrepublik.

Für Diers bilden die Erlebnisse dieser ereignisreichen Zeit die entscheidende Grundlage der wissenschaftlichen Theorien Abendroths. Statt einer rein systematischen Analyse der frühen Schriften legt er daher einen Schwerpunkt seiner Untersuchung auf jene Erfahrungen: »Eine abstrakt theoriegeschichtliche Herangehensweise könnte Abendroth (...) nicht gerecht werden, da bei ihm die Entwicklung von Theoriekonzeptionen und die politische Praxis eine untrennbare dialektische Einheit bildeten« (S. 21).

Überzeugend stellt Diers den Einfluss der Familie auf die Politisierung Abendroths dar. Die Eltern waren Sozialdemokraten, der Großvater trat während des Krieges der USPD bei. Früh wurde Abendroth selber politisch aktiv. Im Alter von knapp 14 Jahren wurde er Mitglied der Freien Sozialistischen Jugend, wenig später der KPD. Diers schreibt zu Recht, »dass Abendroth nicht als Intellektueller in die Ar-

beiterbewegung gekommen ist, sondern dass er ein Intellektueller war, der direkt aus der Arbeiterbewegung stammte« (S. 25).

Abendroth war Kommunist. Allerdings stand er, wie Diers aufzeigt, mit seinen politischen Positionen häufig gegen die offizielle Parteilinie der zunehmend stalinisierten KPD. So war Abendroth der Ansicht, dass die Arbeiterbewegung geeint handeln müsse, um soziale Fortschritte zu erkämpfen. Diese Einsicht zog er aus der Erfahrung verschiedener »Einheitsfront«-Aktionen bis 1926 – etwa dem von SPD und KPD gemeinsam initiierten Volksentscheid zur Fürstenenteignung oder dem Generalstreik, der zum Scheitern des Kapp-Putsches beitrug: »In dieser Zeit machte Wolfgang Abendroth die prägende Erfahrung, dass eine geschlossen agierende Arbeiterbewegung im Kampf für demokratische und soziale Rechte große Erfolge erringen kann, auch wenn große Teile des Staatsapparats genau gegen diese Rechte ankämpfen« (S. 92).

Abendroth musste jedoch miterleben, wie die KPD im Zuge ihrer Stalinisierung von der Einheitsfront-Politik Abstand nahm. Statt dessen vertrat die Parteiführung gegen Ende der 1920er Jahre die Ansicht, dass eine Zusammenarbeit mit der SPD, deren Mitglieder nun als »Sozialfaschisten« beschimpft wurden, nicht mehr möglich sei. Gerade in Anbetracht der heraufziehenden faschistischen Gefahr war dies für Abendroth eine unhaltbare Position. Für seine Kritik wurde er »beinahe verhauen« (S. 218) und 1928 aus der Partei ausgeschlossen. In den folgenden Jahren kämpfte er daher im Rahmen der Kommunistischen Partei Opposition (KPO) und der Gruppe »Neu Beginnen« für die Umsetzung seiner Bündnisstrategie.

Laut Diers waren die Verteidigung und der Ausbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaats zentrale Anliegen Abendroths. Er vertrat zwar den marxistischen Standpunkt, dass der bürgerlich-demokratische Staat ein Herrschaftsinstrument des Kapitals sei, und er war »sich auch darüber im Klaren, dass jeder Kampf um Demokratie, den die Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Gesellschaft führt, grundsätzlich begrenzt bleibt« (S. 36). Aber gerade die Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus und seine eigene Verfolgung und Inhaftierung während der NS-

Zeit – über die er selten sprach – ließen ihn zum Schluss kommen, dass die parlamentarische Demokratie der beste Rahmen für die Arbeiterbewegung sei, um für eine andere Gesellschaft zu kämpfen: »Ohne seine politische Utopie aus den Augen zu verlieren, machte sich Abendroth zugleich für die in der Verfassung verbrieften Rechte der Arbeiter stark« (S. 222)

Sein endgültiges Ziel war die »Verwirklichung eines demokratischen und humanistischen Sozialismus« (S. 481). Aus diesem Grund kritisierte Abendroth schon in den 1920er Jahren die Politik Stalins in der Sowjetunion. Und aus demselben Grund verließ er 1948 die Sowjetische Besatzungszone – trotz aller Karriereangebote, die ihm die dortigen Behörden machten. Ein Sozialismus ohne Demokratie war nicht sein Sozialismus.

Andreas Diers liefert mit seiner Arbeit einen sehr gut recherchierten, zumeist analytisch klaren und spannend zu lesenden Überblick über Abendroths Werdegang bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Er hat bei der Erstellung dieser voluminösen Biographie eine enorme Fleißarbeit geleistet und zahlreiche Quellen, darunter den gesamten privaten Nachlass Abendroths, ausgewertet. Allein das Quellen- und Literaturverzeichnis umfasst knapp 120 Seiten.

Leider macht der enorme Umfang auch einen der Mängel des Buches aus. Manchmal hätte eine Straffung dem Text gut getan – vor allem beim Kapitel über die Kindheit, das häufig spekulativ bleibt. Es wäre auch beispielsweise nicht nötig gewesen, detailliert jedes einzelne Seminar aufzulisten, das Abendroth im Lauf seines sechsjährigen Studiums besucht hat. Auf der anderen Seite fallen einige Unterkapitel deutlich zu knapp aus – so das halbseitige »Über Leo Trotzki«.

Nicht ganz klar wird zudem der Einfluss August Thalheimers auf Abendroths Faschismusanalyse. Diers bezeichnet zwar den früheren KPD-Vorsitzenden und KPO-Gründer als Vorbild des jungen Juristen. Aber leider liefert er an den entsprechenden Stellen keinerlei Hinweise darauf, ob und wie sich Abendroth auf Thalheimers Thesen stützte.

Diese kleineren Schwächen ändern aber nichts daran, dass es dem Autor gelungen ist, dazu beizutragen, »dass ein in Vergessenheit

geratenes Gedankengebäude und Werk wieder bzw. neu erschlossen und vor dem spurlosen Verschwinden bewahrt wird« (S. 19). Gemeinsam mit den kürzlich im Offizin-Verlag erschienenen »Gesammelten Schriften 1926-1948« hat Diers die Forschungslücke zum frühen Abendroth geschlossen.

MARCEL BOIS

Andrea Griesebner:
Feministische Geschichtswissenschaft. Eine Einführung,
 Löcker Verlag Wien 2005,
 202 S., (15 €)

Das Ergebnis kann vorweggenommen werden: Die an der Universität Wien lehrende Frühe-Neuzeit-Historikerin Andrea Griesebner hat mit diesem Buch eine sehr gute Einführung vorgelegt. Sie gibt einen Überblick über die verschiedenen Ansätze der Frauen- und Geschlechtergeschichte und die Entstehung der »modernen« Wissenschaft samt ihren Institutionen und schildert die darauf bezogene feministisch motivierte Kritik der letzten Jahrzehnte. Durch den ganzen Text hindurch wird deutlich, wie politisch Geschichte und Geschichtsschreibung ist, was sich allein schon an der Frage zeigt, wessen Perspektive als historische Wahrheit legitimiert werden soll. Feministische Geschichtswissenschaft lasse sich, so die Autorin, nicht über einen einheitlichen Gegenstand definieren, sie sei auch keine Teildisziplin – sondern im Gegenteil Geschichtsschreibung aus einer feministischen Perspektive.

Im ersten von drei Kapiteln erzählt Griesebner die Entstehung der Geschichtswissenschaft ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Frauen waren von der Wissenschaft ausgeschlossen, noch Anfang der 1980er Jahre gab es in ganz Österreich nur zwei geschichtswissenschaftliche Professorinnen. Frauen erkämpften sich nur sehr langsam und sehr verstreut den Einlass in die Trutzburg der Konkurrenz fürchtenden Männer.

Im zweiten Kapitel werden – nach einem kurzen Ausflug in die 1970er und 1980er Jahre, den Zeitraum der Gründung der zweiten

Frauenbewegung – chronologisch die verschiedenen theoretischen Ansätze einer feministischen Geschichtswissenschaft vorgestellt: von dem sehr prägenden Text von Maria Mies »Methodische Postulate zur Frauenforschung« von 1978 über die Kritik daran – vor allem durch die Mittäterschaftstheorie von Christina Thürmer-Rohr 1983 – bis zur grundsätzlichen Infragestellung von Gegensatzpaaren wie Natur/Kultur, öffentlich/privat und vor allem auch »Mann«/»Frau« in späteren Jahren. Aktuelleren Debatten nähert sich die Autorin ebenfalls, indem sie fragt, wie bestimmte Aspekte der Historischen Anthropologie oder auch das Bourdieusche Konzept der Praxeologie zur näheren Bestimmung und zur Aufhebung des Widerspruchs zwischen Struktur und Erfahrung benutzt werden können.

Im dritten Kapitel widmet Griesebner sich schließlich dem weiten Feld der Dekonstruktion und den Debatten um sex und gender: Sex als ein anatomisches Merkmal des Körpers und gender als kulturelles Konstrukt dessen, was eine Gesellschaft als »weiblich« oder »männlich« ansieht. Auch wenn die Einführung des Begriffs »gender« ein politischer und wissenschaftlicher Fortschritt gewesen sei, so Griesebner, verbleibe er doch einem körperlichen Substrat verhaftet und beachte zu wenig, dass geschlechtliche Identitäten in erster Linie ein Produkt von Normen und der individuellen Sozialisation seien – und weniger eines von körperlich feststellbaren »Tatsachen«. Zu untersuchen sei nun, wie sich in den letzten 150 Jahren die Geschlechterdifferenzen (bzw. ihre Wahrnehmung) herausbildeten. Dies würde auch bedeuten, von der Vorstellung Abschied zu nehmen, es gebe einen harten Kern individueller Identität – denn diese Identität entstehe schließlich immer in Auseinandersetzung mit anderen Menschen, sei also nicht zuletzt historisch. Zweitens könne Geschlecht nicht mehr als unverrückbare Kategorie angesehen werden, und »Erfahrung« sei ein diskursives Ereignis und nicht etwa unhinterfragbare Realität.

Die Autorin positioniert sich forschungspolitisch sehr parteilich, was schon allein deshalb zu begrüßen ist, da es in letzter Zeit etwas aus der Mode gekommen ist: Konstruktivistische Ansätze werden von der Autorin bevorzugt. Sie fordert im Hinblick auf eine hand-

lungsfähige Frauenbewegung einen Verzicht auf Identitätspolitik. Wie jedoch ein Handeln jenseits des »feministischen Paradoxons« (so die Historikerin Joan W. Scott), das immer schon gefangen ist in der Herstellung der Kategorie »Frau«, die aufzulösen es angetreten ist, aussehen könnte, bleibt weiter aktuell und in den täglichen Konflikten zu bestimmen. Emanzipatorische Bewegungen (und auch Wissenschaft) werde politisch erst wieder handlungsfähig, wenn sie auf die Anrufung kollektiver Identitäten verzichten. Angezeigt sei eine »Politik der Allianzen«, deren Verbindung über das auszuverhandelnde gemeinsame Ziel – und nicht im Rückgriff auf vorgeblich gemeinsame Identitäten (Arbeiter, Frau, etc.) – erfolgen sollte.

BERND HÜTTNER

Werner Rätz, Dagmar Paternoga,
Werner Steinbach:

Grundeinkommen: bedingungslos,
AttacBasisTexte 17, VSA-Verlag
Hamburg 2005, 94 S. (6,50 €)

Nicht nur in »UTOPIE kreativ«, sondern auch in der Bundestagsfraktion von Linkspartei und Wahlalternative macht neuerdings wieder eine alte Idee Karriere – das bedingungslose Grundeinkommen. Warum dem so ist, läßt sich nicht mit letzter Sicherheit erklären. Eine wesentliche Rolle dabei spielt jedoch auf jeden Fall die Einsicht, daß es in der computerisierten kapitalistischen Industriegesellschaft, in der tendenziell mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen werden, immer weniger gelingen kann, ein Erwerbseinkommen für alle (die arbeiten wollen beziehungsweise müssen) zu sichern. Wachsende Massenarbeitslosigkeit und die den Betroffenen von ratlosen, neo-liberal begeisterten Regierungen aufgeherrschten massiven Wohlstandsverluste erscheinen so als Fluch von Jahrhunderten erfolgreicher Produktivkraftentfaltung, die doch eigentlich das Gemeinwohl aller hervorbringen sollte. Wenn einerseits der Reichtum von Jahr zu Jahr wächst, aber andererseits ein immer größerer Teil der Bevölkerung davon ausgeschlossen wird, weil die Teilhabe bisher fast

ausschließlich über Beschäftigungsverhältnisse (und natürlich Eigentumsverhältnisse) vermittelt ist, dann liegt es nahe, über mehr Verteilungsgerechtigkeit und entsprechend mehr Zugang zu den Mitteln für ein besseres Leben nachzudenken. Und manche führt dieses Nachdenken zum »bedingungslosen Grundeinkommen«.

In die unübersichtliche Gemengelage, die durch die Gleichzeitigkeit von oft ähnlichen und doch konkurrierenden Konzepten hervorgerufen wird, versucht nun die ATTAC-Kampagne »genug für alle« etwas mehr Ordnung und Orientierung zu bringen – und zwar durch ein kleines Büchlein, das nicht Partei für dieses oder jenes Konzept ergreift, sondern grundsätzlich parteilich ist. Es setzt sich bedingungslos für die Idee eines Grundeinkommens, in welcher Variante auch immer, ein. Damit stellen die Autorin und die Autoren ihre Schrift bewußt in den Dienst einer Vision, für deren Durchsetzung nicht zuletzt die Aufgabe gewohnter Leitbilder und Wertvorstellungen – nicht weniger als das Durchbrechen einer psychologischen Barriere – notwendig erscheinen.

Da es ausdrücklich und vor allem um die positive Darstellung eines Konzepts geht, wird bewußt auf eine Auseinandersetzung mit den Gegnern des bedingungslosen Grundeinkommens verzichtet. Behandelt werden vielmehr Definition(en), Entstehungsgeschichte, Voraussetzungen, politische Kontexte, Kontroversen (aber nur unter den Befürwortern!) und schließlich – allerdings nur extrem kurzorisch – Finanzierungsmöglichkeiten, von denen behauptet wird, daß es bereits »eine Vielzahl genau durchgerechneter Modelle« (S. 87) gäbe.

Für die Gegner der Grundeinkommensidee bietet dies Büchlein also nichts oder nicht viel Neues. Es ist bestenfalls eine kurzweilige und lesenswerte, sachliche Zusammenstellung dessen, was von diesen ohnehin schon des öfteren attackiert wurde. Für jene jedoch, die das Konzept gut finden und die sich für seine Verwirklichung einsetzen wollen, kann es nur der Einstieg in eine komplexe, höchst umstrittene Materie sein – ein Basistext eben.

ARNDT HOPFMANN

Andrès Solimano (Hrsg.):
Vanishing Growth in Latin America. The Late Twentieth Century Experience,
 Edward Elgar Cheltenham,
 UK/Northampton, MA, USA 2006,
 245 S. (59,95 €)

Der »Linksruck« in Lateinamerika ist zur Zeit bei den Sozialwissenschaftlern ein beliebtes Gesprächsthema. Die Politik von Chavez und Morales hat nicht nur unter den Linken Lateinamerikas Hoffnungen geweckt. Verglichen mit Europa, Asien, Afrika und Australien, Kontinenten, in denen sich neoliberale Politik – nicht zuletzt durch das Diktat des IWF – immer stärker durchsetzt, schaut es ganz so aus, als ob in Lateinamerika die Uhren anders gehen. Linksorientierte deutsche Zeitschriften (z. B. *Argument*, *Prokla*) haben sich dem Thema zugewendet, wobei nicht nur die aktuellen Ereignisse in den Ländern südlich des Rio Grande zur Debatte stehen. Die Analysen umfassen auch längere Zeiträume. Häufig kommt jedoch gegenüber der Politik- und der Sozialanalyse die Ökonomie zu kurz. Die Wirtschaftsentwicklung ist jedoch ein wichtiger Erklärungsfaktor für Unzufriedenheit der Völker mit den Herrschenden. Deshalb sollten wegen der Langfristigkeit ökonomischer Prozesse vor allem jene Untersuchungen zur Wirtschafts- (und Sozialpolitik) Lateinamerikas auf besonderes Interesse stoßen, die sich über längere Zeiträume erstrecken.

Dass es bisher daran oftmals mangelt, hängt gewiss mit dem Rückgang der Bedeutung der Wirtschaftsgeschichte zusammen, deren Forschungskapazität in entsprechenden Einrichtungen in der Ex-DDR ganz und an den ostdeutschen Universitäten teilweise demontiert wurde – was auch der westdeutschen Wirtschaftsgeschichtsschreibung nicht gut tat.

Die ökonomische Vergangenheit als Forschungsgebiet entdeckt haben dagegen jene Wirtschaftswissenschaftler, die sich mit der Theorie und Empirie des wirtschaftlichen Wachstums befassen. Allerdings beschränken sie sich bei der Suche nach den Ursachen von Perioden »nachhaltigen Aufschwungs« bzw. »nachhaltiger Stagnation« ganz überwiegend

auf die »Faktoranalyse«, d. h. den Beitrag von Kapital und Arbeit sowie den Grad der Effektivität ihrer Anwendung im Produktionsprozess.

So aufgebaute Wirtschaftsanalysen sind zu den politischen Analysen wenig passfähig. Das hängt nicht nur mit der ausgeprägten speziellen Wissenschaftssprache der »Wachstumsökonomien« zusammen, sondern auch mit dem bei ihnen fehlenden umfassenderen theoretischen Hintergrund, wie er linken Analysen zugrunde liegt. Das muss der Leser berücksichtigen, wenn er sich dem »missing link« bei der Untersuchung des lateinamerikanischen »Linksrucks«, der ökonomischen Analyse zuwendet, wie sie im zu besprechenden Buch vorgenommen wird.

Der Band ist auf der Grundlage der Beiträge eines internationalen workshops zustande gekommen, das von der »Wirtschaftlichen Entwicklungsabteilung« der »Ökonomischen Kommission für Lateinamerika und die Karibik« (ECLAC) zusammen mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank veranstaltet wurde.

Schon der Buchtitel überrascht. Denn bisher galt, dass Lateinamerika nach dem »verlorenen Jahrzehnt« der 80er Jahre, als die bis dato dominierende Wirtschaftspolitik der Importsubstitution offensichtlich an die Grenzen ihrer Wirksamkeit gekommen war, nach Alternativen aber erst zögerlich gesucht wurde, den Weg zur Prosperität zurückgefunden hätte. Das sei aufgrund der Akzeptierung der Bedingungen des 1989 formulierten »Washington Consensus«, der einen Verzicht auf eigene nationale Industrialisierungspolitik zugunsten der vollständigen Öffnung gegenüber dem Weltmarkt predigte, möglich geworden. Anhand umfangreicher empirischer Untersuchungen kommen die Autoren des Bandes jedoch nicht umhin festzustellen, dass nicht nur die 1980er, sondern auch die 1990er Jahre durch eine »große Häufigkeit von Wachstumskrisen« bei durchschnittlich niedrigen Wachstumsraten gekennzeichnet waren (S. 22).

In dem vorliegenden Band wird erstmals zugegeben, dass sich der im »Washington Consensus« geforderte wirtschaftspolitische Wechsel nicht ausgezahlt hat. Die Ergebnisse der Wachstumsanalyse erschüttern einige Grundsätze der vom IWF gegenüber Dritte-

Welt-Ländern bis heute »empfohlenen« Wirtschaftspolitik. So haben die Autoren erstens nachgewiesen, dass der Verzicht auf ein eigenes Industrialisierungskonzept und die weitgehende Ausrichtung des wirtschaftlichen Wachstums auf den Export von Erzeugnissen der Landwirtschaft und der extraktiven Industrie die Unbeständigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in den betroffenen Ländern erhöht und die ökonomischen Wachstumsraten im Durchschnitt vermindert hat. Die Höhe der Inflationsrate – sie so niedrig wie möglich zu halten, stand in Lateinamerika im Zentrum der neoliberalen Politik der 1990er Jahre – so eine zweite Erkenntnis, habe dagegen über einen längeren Zeitraum kaum einen signifikanten Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum gehabt. (S.41)

Immer wieder finden sich im Buch Hinweise darauf, dass die geschmähte, weil die Erfordernisse der nationalen Wirtschaft über die Integration in den Weltmarkt stellende Importsubstitutionspolitik, so schlecht nicht gewesen sein könne. Dabei beschränkt sich die Gegenüberstellung der 80er und 90er Jahre auf die beiden vorangegangenen Jahrzehnte, als die von dem Argentinier Raoul Prebisch zur Theorie der »Dependencia« entwickelte Importsubstitutionspolitik ihre Periode größter Wirksamkeit bereits überschritten hatte. Ganz en passant wird drittens eine der von den Neoliberalen am heftigsten bestrittenen Thesen von Prebisch auch für die letzten vier Jahrzehnte des 20. Jahrhundert bestätigt: Die Terms of Trade, die preislichen Austauschrelationen zwischen den hauptsächlich aus Lateinamerika exportierten Rohstoffen und den vorwiegend aus den USA und Europa im bis in die jüngste Zeit gegen die Rohstofflieferanten, d. h. zuungunsten der Staaten Lateinamerika entwickelt.

Der Kennzeichnung der lateinamerikanischen Staaten als Rohstofflieferanten für die erste Welt scheinen allerdings jüngste Trends der Exportstruktur zumindest in Mittelamerika und der Karibik – eine der drei Regionen, denen je eines der sechs Kapitel des Buches gewidmet ist – entgegenzustehen. (Die anderen beiden Regionen sind die La-Plata-Staaten plus Chile und Brasilien sowie die Andenstaaten – minus Chile, plus Venezuela). Nach UN-Statistiken lag z. B. der Anteil der »Hochtechnologie-Produkte« in Mexiko bei einem

Drittel und in Costa Rica bei fast 60 Prozent der exportierten verarbeiteten Produkte. Bei näherem Hinsehen erweisen sich diese günstigen Prozentsätze jedoch als »handelsstatistisches Wunder«: Sie sind das Ergebnis der Errichtung von Wirtschaftszonen mit Lohnveredlung – an Mexikos Grenze zu den USA nennt man sie Maquiladora. Produkte der verarbeitenden Industrie, von Autoteilen bis zu elektronischen Komponenten, werden aus den USA ausgeführt, in der Maquiladora durch mexikanische Billigarbeitskräfte montiert und an die US-amerikanischen Auto- bzw. Elektronikproduzenten zurückgeliefert, statistisch gesehen exportiert.

Die einst mit der Maquiladora seitens der lateinamerikanischen Staaten verbundenen Hoffnung, dass von den neuen Industriezonen aus Impulse für die weitere Industrialisierung des gesamten Landes ausgehen würden, haben sich, so die Analyse der Autoren, nicht verwirklicht (S. 146).

Schließlich hat sich auch jene neoliberale Auffassung für Lateinamerika empirisch nicht nachvollziehen lassen, die besagt, dass im Interesse der Stärkung der Leistungsbereitschaft der Tüchtigsten eine weitere »Einkommensspreizung« der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung förderlich sei. Letztlich, so diese Auffassung, würden von dem durch erhöhte Belohnung unternehmerischer Tätigkeit ausgelösten wirtschaftlichen Aufschwung alle profitieren und die soziale Polarisierung von selbst zurückgehen. Die Wachstumsanalyse der vergangenen Jahrzehnte hat dagegen für Lateinamerika ergeben, dass ein hohes Niveau der Ungleichheit »ein Hindernis für einen wachstumsorientierten Prozess mit dem Ziel der Reduzierung von Armut« ist. (S. 141). Während die Hälfte aller Staaten mit ausgeprägter sozialer Polarisierung in den vergangenen beiden Jahrzehnten wiederholt Wachstumseinbrüche zu verzeichnen hatte, trat dieses Phänomen in Ländern mit ausgeglichenerer Einkommens- und Vermögensstruktur signifikant weniger häufig auf (S. 141-143).

Der vorliegende Band, der die Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums während der beiden letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts sehr solide und detailliert untersucht, wobei über das Thema hinausgehende wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge nur

angedeutet werden, lässt eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Gründe erkennen, warum es im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts zu einem oft aggressiv anti-neoliberal bzw. anti-amerikanisch firmierenden »Linksruck« gekommen ist. Er ist – auch – die Antwort auf eine zweites »verlorenes« Jahrzehnt, wobei die Enttäuschung um so schwerer wiegt, als sich der »Washington Consensus« vollmundig als Alternative zur vorhergehenden Wirtschaftspolitik angeboten hatte – sowohl in Hinsicht des anzuwendenden Instrumentariums als auch und vor allem hinsichtlich der nach der ordnungspolitischen Kehrwende erreichbaren positiven Ergebnisse.

JÖRG ROESLER

Seit 5 Jahren erscheint das

JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Das Periodikum erscheint seit 2002 dreimal im Jahr jeweils im Januar, Mai und September, mit einem Gesamtumfang von mindestens 660 Seiten. Es wendet sich an Fachhistoriker und an historisch Interessierte, veröffentlicht Ergebnisse der historischen Forschung zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, zur Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeitswelt, zur Geschichte anderer sozialer Bewegungen, zur Alltagsgeschichte u.a. Es gibt der an Marx und Engels orientierten Geschichtsforschung Raum und steht darüber hinaus allen demokratisch gesinnten Historikern der Arbeiterbewegung offen. Die Zeitschrift will einen Beitrag zur ausgewogenen Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung seit deren Entstehen im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart leisten. Sie enthält wissenschaftliche Aufsätze und Mitteilungen, auch aus der Regional- und Lokalforschung, Beiträge zur Diskussion, biographische Skizzen, Erinnerungen, Dokumente, Berichte über wissenschaftliche Tagungen, Informationen über wissenschaftliche Vorhaben, Rezensionen und Annotationen zu Neuerscheinungen.

Der Bezug ist über die Redaktion möglich:

Redaktion des JBzG, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin.

E-Mail: redakteur@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website: www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das Einzelheft kostet im freien Verkauf 10 €. Das Jahresabonnement

(3 Hefte) kostet im Inland 25 € (incl. Mehrwertsteuer und Versandkosten), im Ausland 35 € (incl. Versandkosten). Die Zahlungen für das

Abonnement bzw. die Einzelhefte sind zu richten an:

NDZ GmbH, Weydingerstr. 14-16, D-10178 Berlin

Konto-Nr. 57 44 56 10 10, Berliner Volksbank / BLZ 100 900 00.

HELMUT BOCK

Old Prussia's Twilight of the Gods Tragicomic Impressions

The author looks back upon October 14, 1806, when the Prussian army and state were irreversibly crushed on the battlefield, in the twin battles of Jena and Auerstedt, by the French army under Napoleon's command. He concludes with Gneisenau's verdict, that the French revolution had awakened the forces of the people and had given them their appropriate domain. Clausewitz, on the other hand, said the Prussians ignored the fact that although their military machine was still functional, it had lost its spirit and capability to fight.

HANNAH ARENDT

Rosa Luxemburg

This is a reprint of Hannah Arendt's essay written on the occasion of Peter Nettl's publication, in 1967, of Rosa Luxemburg's biography. She praises the author for having written such a comprehensive biography in English style – long, thoroughly documented, rich in footnotes and quotations – about the life of this exceptional woman. She particularly appreciated his description of the political differences between the Social Democratic Party of Poland and Lithuania, to which Rosa Luxemburg belonged as a founding member, and Lenin's Party of a New Type.

TANJA STORLØKKEN

Women in Obscure Times Rosa Luxemburg and Hannah Arendt

The Norwegian author reflects upon Rosa Luxemburg and Hannah Arendt, both of whom brought enlightenment to the obscurity of the periods of their lifetimes and continue to do so even today by encouraging people to challenge totalitarian, barbarian and authoritarian tendencies. Since a few years, Hannah Arendt's thoughts have been undergoing a remarkable and well-earned renaissance. The author argues that this renaissance should in part be also attributed to Rosa Luxemburg, because Hannah Arendt, despite her criticism of Marxism, was linked to the revolutionary through many values and views held in common.

JOACHIM TESCH

Social Aspects of Urban Renewal

The author discusses urban renewal, particularly in East Germany, where it is taking place under conditions of social and demographic transformations. Confronted with the fact that, despite all assistance programs and all efforts to re-urbanize, nearly all towns in East Germany (with the exceptions of Leipzig and Dresden) are losing inhabitants to migration to the countryside or to the West of the country. All policies that have been applied, the author says, have been helpless reactions and he predicts that the destruction of the GDR-built suburbs and a higher inflation in the urban centers will be the consequences.

RONALD LÖTZSCH

The SED-dominated GDR A State of Workers and Peasants Free from Exploitation?

This is the entire article, that had been published, in a slightly abridged version, already in 1991 in the »Berliner Linke« journal. The author calls for a thoroughly critical approach to the history of the German Democratic Republic, seeing it as the history of a State created and dominated by the Socialist Unity Party of Germany (SED) and inseparably and invariably connected to the contradictory development of the CP-USSR and the Soviet Union. He especially characterizes Stalinist »socialism« as a system of special exploitation, misusing the ideals of the workers movement.

ISABEL ERDEM

Anti-German Left or Anti-Leftist Germans?

The author analyses the aims and attitudes of the so called »Anti-Germans« (Anti-Deutsche), who, since a few years, have been provoking serious discussion among the radical Left. She critically examines the thesis of the »Anti-Germans« fighting what they call »typical German behavior«, investigates their anti-racist and anti-capitalist approach and pleads for an unambiguous dissociation from the »Anti-Germans« by the emancipatory Left.

PETER GÄRTNER

Civil Rights, Cuba and Left Politics

The author reflects debates that arose around three members of the Left Party/PDS Group in the European Parliament, who, February 2, 2006, voted in favor of an EU Resolution on Cuba. He sees a necessity in maintaining these discussions, because they are fundamental to Left politics. He does not support the resolution and pleads for a deeper understanding of the complexity of the civil rights question and its concrete influence on people's everyday lives.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.),
ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,
MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH
Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €